

**Frohe Weihnachten!**

# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Christkindlmärkte laden im ganzen Freistaat zum Besuch und zum Verweilen ein. Die Kommunen geben sich große Mühe, um den Besuchern eine stimmungsvolle Atmosphäre zu bieten und die Vorfreude auf das kommende Weihnachtsfest zu vertiefen. Unser Bild zeigt den Altöttinger Christkindlmarkt auf dem Kapellplatz mit Kapelle und Stiftskirche in schönster Winterpracht.  
Foto: Heiner Heine

## Horst Seehofer zieht vier Leitlinien

In seiner Regierungserklärung fordert der Ministerpräsident Mut und Selbstvertrauen in der Finanzkrise / Renaissance der sozialen Marktwirtschaft

In seiner wegen der Landesbankmisere um eine Woche verschobenen Regierungserklärung hat Ministerpräsident Horst Seehofer im Landtag Zuversicht ausgestrahlt, zunächst in den Jahren 2009 und 2010 ohne Etatkürzungen den Herausforderungen in allen entscheidenden Bereichen der Landespolitik gerecht zu werden. Bayern habe alle Chancen, die Finanz- und Wirtschaftskrise gut zu meistern.

Investitionen sollen vorgezogen, Liquiditätshilfen für den Mittelstand eingesetzt und die dringenden Investitionen im Bildungsbereich vom Kindergarten bis zur Hochschule und Forschung geleistet werden. Eine zielgenaue Zuordnung der Aufgaben auf die Kommunen soll der Verwaltungsvereinfachung und Bürgernähe nutzen.

### Identität, Geborgenheit und Sicherheit

Als erste Leitlinie nannte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung die Stärkung

der kulturellen Identität, Geborgenheit und Sicherheit. Dazu gehörten Familie und Kinderbe-



Horst Seehofer.

treuung. Deren konsequenter Ausbau werde gemeinsam mit den Kommunen erfolgen. Bis Ende 2012 soll ein verlässliches und bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder von ein bis 14 Jahren geschaffen werden. Im Sinne der Familienfreundlichkeit denkt Seehofer u. a. an mehr flexible Arbeitszeiten des Kindergartenpersonals.

### Druck auf den Bund

Bei den Schulen geht es auch um die Ganztagsbetreuung. Zusammen mit den Kommunen wollen Staatsregierung und Koalitionsfraktionen so schnell wie möglich dafür sorgen, dass sich alle Kinder an Ganztagschulen

gleichgültiges Nebeneinander geben. Seehofer betonte auch die stärkere Beteiligung der Frauen an führenden Positionen bis hin ins Parlament.

### Flächendeckend Ganztagschulen

Im Bildungsbereich kündigte der Ministerpräsident an, flächendeckend Ganztagschulen in allen Schularten anzubieten, kleinere Klassen zu bilden und mehr Lehrer einzustellen. Bereits im Doppelhaushalt 2009/2010 sollen 2.000 neue Lehrplanstellen finanziert werden. Für die Hochschulen sind zusätzlich 38.000 Studienplätze und 3.000 neue Stellen vorgesehen. Ohne auf den von der Opposition geforderten Verzicht auf Studiengebühren einzugehen, erklärte Seehofer, wer das Zeug dazu habe, müsse unabhängig vom Geldbeutel der Eltern studieren können.

### Nachhaltigkeit

Leitlinie Drei heißt Nachhaltigkeit aller Maßnahmen. Sie erfordere die Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft. Hier hob Seehofer besonders die Mitwirkung der FDP hervor. Herzstück der Politik sei der Mittelstand, mit Handwerk und Freiberuflern. Klima und Umweltschutz seien bei richtiger Dosierung keine Job-Killer sondern Job-Motor und für die Landespolitik schon seit langem von hohem Stellenwert. Wichtig sei überdies neben Senkung der

(Fortsetzung auf Seite 4)

ein Mittagessen leisten können. In diesem Sinne soll Druck auf den Bund gemacht werden, der eigentlich dafür zuständig sei.

### Medizinische Versorgung

Seinen Willen, sich gegenüber der Bundesregierung und Kanzlerin Angela Merkel noch stärker in Szene zu setzen, bekundete er auch bei der medizinischen Versorgung. Sollte sich herausstellen, dass diese unter dem ab nächsten Jahr für alle Kassenbeiträge geschaffenen Gesundheitsfonds leidet, „werden wir diesen in Frage stellen“.

### Teilhabe und Chance

Leitlinie Zwei fordert Teilhabe und Chance für alle Bürger, auch für Ausländer. Es dürfe kein



E.ON Bayern-Mitarbeiter:

Mit viel „Weihnachts-Energie“ zum Chartstürmer Die Beschäftigten des größten regionalen Stromversorgers im Freistaat, E.ON Bayern, haben eine Winter- und Weihnachts-CD aufgenommen, die derzeit in den Mitarbeiter-Shops alle Verkaufsrekorde bricht. Aber damit nicht genug: Käufer tun gleichzeitig noch etwas Gutes: Von jeder verkauften CD spendet E.ON Bayern fünf Euro für die Aktion Sternstunden (vgl. Seite 20). □

### Eine Geschichte zum Fest

Es war an der Zeit, das Neujahrsfest vorzubereiten. Der König im alten Persien wies seine Leute an: „Ich möchte, dass es ein wirklich königliches Fest wird. Die Gästeliste soll überquellen von illustren Persönlichkeiten. Die Tische sollen sich biegen unter Delikatessen; es gibt nur Wein aus erlesensten Trauben der besten Jahrgänge.“

Die Mitarbeiter schwärmten aus und brachten aus allen Landesteilen nur das Köstlichste. Aber der König war nicht zufrieden. „Im vergangenen Jahr habe ich ein durch nichts zu überbietendes Fest gegeben. Aber die ganze Stadt sprach nur von dem Fest bei Ramun, dem Maler. Da wurde getrunken und gelacht, die ganze Nacht, bis zum Nachmittag des nächsten Tages. Im Jahr davor war es dasselbe. Ebenso im Jahr davor und davor. Einmal muss es mir doch gelingen, diesen Wurm zu übertrumpfen, denn ich, ich bin der König.“

Einer der Mitarbeiter, ein kluger Mann, verneigte sich tief und fragte: „Mein König, habt Ihr je mit dem Maler gesprochen? Es muss doch einen Grund geben, warum die Leute sein Fest so lieben, obwohl sie in schäbiger Hütte ihre mitgebrachten Happen essen und den billigsten Wein trinken müssen.“

Der König nickte stumm und sagte: „Gut, schaff mir diesen Ramun heran.“ Und so geschah es. „Warum lieben die Menschen dein Neujahrsfest so sehr?“ fragte der König. Worauf der Maler antwortete: „Wir sind Freunde und brauchen einander - mehr brauchen wir nicht. Deshalb sind wir reich, fröhlich und glücklich.“

In diesem Sinn wünschen Ihnen  
Verlag, Redaktion und Anzeigenabteilung  
der Bayerischen Gemeindezeitung  
von Herzen besinnliche, frohe Festtage  
und für das neue Jahr echten Reichtum,  
Gesundheit, Lebensfreude, Zuversicht,  
Erfolg, Mut und Glück.

## Investitionssignal für die Kommunen

Finanzausgleich steigt trotz Krise auf 6,8 Milliarden Euro / Hoch- und Straßenbau werden forciert

Trotz aller Schwierigkeiten durch beginnende Rezession und Finanzkrise mit dem Milliarden-Rettungsschirm für die bayerische Landesbank soll der kommunale Finanzausgleich in Bayern nächstes Jahr weiter steigen.

Er erhöht sich von 6,1 Mrd. Euro um 3,4 % auf 6,8 Mrd. Euro im kommenden Jahr. Davon sind 6,3 Mrd. Euro (plus 3,6 %)

reine Landesleistungen. Dieser Rahmen wurde in der üblichen Spitzenkonferenz von Staatsregierung und kommunalen Spitzenverbänden jetzt festgemacht.

### Der Landtag entscheidet

Die Entscheidung trifft der Landtag, der den Doppelhaushalt 2009/2010 bis April beraten und verabschieden wird. Der neue Vorsitzende des Haushalts-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Neues von Sabrina



Zum Jahreswechsel heißt die Devise: „Abwarten und Tee trinken“, vor allem aber sich den Optimismus nicht nehmen zu lassen. Der Schriftsteller Max Frisch verbreitete in diesem Punkt Optimismus: „Eine Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“ Seite 19

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs	.. 2
GZ-Kolumne Heinrich Lenz: Rettungsschirm auch für finanziell angeschlagene Gemeinden?	3
Förderpreis „Kommunale Seniorenpolitik“	3
Leben findet Innenstadt	.. 4
Krankenhäuser befürchten Wortbruch	.. 4
Jahreskongress kommunaler Wirtschaftsförderer	.. 5
GZ-Fachthemen:	
Kommunal Finanzen	.. 6 - 10
IT-Ausstattung für die Kommunalverwaltung	.. 11 - 14
Kommunaler Bau · GaLaBau	.. 15 - 17
Aus den bayerischen Kommunen	.. 18 - 20

Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

## Zahlreiche Brennpunkte

Staat muss wieder stärker sparen  
Insgesamt geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung

„Haushaltsdisziplin sowie eine vorsichtige Finanz- und Ausgabenpolitik“ hat der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH), Dr. Heinz Fischer-Heidberger angemahnt. Bei der Vorlage des Jahresberichts 2008 wies er darauf hin, dass die Staatsregierung angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schon heute das Geld wieder stärker zusammenhalten müsse. Die Risiken für den Haushalt seien derzeit nicht abschätzbar.

Fischer-Heidberger attestierte, dass sich die Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren erfreulich und weit über die Erwartungen hinausgehend entwickelt hätten. Bayern habe 2006 und 2007 fast 4 Mrd. Euro mehr eingenommen als ursprünglich angenommen. Ob dieses Polster ausreichen wird, um die Risiken für den Haushalt abzufedern, bleibe abzuwarten. „Deshalb ist Vorsicht geboten“, so der Präsident. Es müsse das Ziel der Staatsregierung bleiben, in den nächsten Jahren an einem Haushalt ohne Neuverschuldung festzuhalten.

### Reagieren auf die Wirtschaftskrise

Der ORH sieht aber durchaus die Notwendigkeit, auf die drohende Wirtschaftskrise zu reagieren. Investitionen in Bildung, Universitäten, Bau- und Straßenunterhalt sowie in energetische Sanierungen seien der richtige Weg. Der hierfür notwendige Handlungsspielraum könne nur durch strikte Ausgabendisziplin geschaffen werden.

Viel Geld könne die Staatsregierung sparen, wenn sie den

Vorschlägen des ORH Folge leiste, betonte Fischer-Heidberger

### Vergabeflut an Gutachtens- und Beratungsaufträgen

So monierte er die Vergabeflut an Gutachtens- und Beratungsaufträgen während der Regierungszeit von Ex-Ministerpräsident Edmund Stoiber. Allein zwischen 2003 und 2006 hätten Staatskanzlei und Ministerien fast 1.000 Aufträge über 5.000 Euro für insgesamt 120 Mio. Euro vergeben. Die Prüfung ergab: Bei fast allen Gutachtensaufträgen wurde nicht kontrolliert, ob die Leistungen mit eigenem Personal hätten erbracht werden können. Drei Viertel der Fälle wurden ohne jeden Wettbewerb vergeben. Sehr häufig habe der spätere Auftragnehmer seine Leistungen selbst bestimmt. Der Nutzen für den Staat sei daher oft gering. Die Initiative für Forschungsaufträge ging überwiegend vom späteren Auftragnehmer aus. Bei einem Drittel der Fälle konnte ein Nutzen der Forschungsergebnisse für den Staat nicht festgestellt werden.

Immer wieder Anlass zur Kri-

stik bietet das Förderdickicht, das sich im Freistaat entwickelt hat. Mit großem bürokratischem Aufwand würden „Kleinstförderungen“ wie beim ökologischen Landbau verteilt. Oft werden Fischer-Heidberger zufolge Maßnahmen gefördert, die es schon lange nicht mehr nötig haben, wie etwa Hackschnitzelanlagen, oder aber es wird erst gar nicht geprüft, ob ein Projekt überhaupt sinnvoll ist – siehe Investitionsprogramm für Ganztagschulen.

### Unkoordinierte Vergabe

Um die Infrastruktur im Ganztagschulbereich zu verbessern, stellte der Bund für die Jahre 2003 bis 2009 über ein Investitionsprogramm 600 Mio. Euro bereit. An sich sollte hier gezielt gefördert werden. Tatsächlich wurde das Geld unkoordiniert nach dem Prinzip „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ verteilt. Keine entscheidende Rolle spielte, ob die Maßnahme überhaupt geeignet war. Alle Maßnahmen wurden mit dem Höchstsatz von 90 Prozent gefördert. Kein Wunder, dass das Geld dann schnell verbraucht war und das Programm vorzeitig geschlossen werden musste. Doch die Situation im Ganztagschulbereich war nach wie vor unbefriedigend. Deswegen musste erneut Geld bereitgestellt werden – diesmal aber bayerisches.

### Kosten nicht hinterfragt

Ein weiterer Negativpunkt: Bayern erhält jährlich 40 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds. Damit werden Projek-

te finanziert, die Beschäftigungsmöglichkeiten verbessern sollen. Weil die Kosten nicht kritisch hinterfragt wurden, ergaben sich trotz gleicher Bildungsziele immense Kostenunterschiede von bis zu 500 Prozent. So variierten die Kosten für das Bildungspersonal bei Projekten von Langzeitarbeitslosen von 19 bis 92 Euro pro Unterrichtseinheit. Ob die Maßnahmen die Beschäftigungsmöglichkeiten tatsächlich verbesserten, spielte offenbar keine Rolle. „Dieser Zustand wird dadurch begünstigt, dass zu viele Behörden beim Geldausgeben mitmischen“, so die Prüfer.

### Rationalisieren und modernisieren

Handlungsbedarf sieht der Oberste Rechnungshof auch bei den Finanzkassen, die dafür sorgen, dass die festgesetzten Steuern rechtzeitig und vollständig erhoben werden. Etwa 20 Prozent der Stellen könnten eingespart werden, wenn die bestehende Organisation rationalisiert und modernisiert würde. Auch bei den Beihilfeausgaben könnte der Staat zwischen 20 und 50 Mio. Euro jährlich einsparen. Anders als bei den privaten Krankenversicherungen fehlt derzeit in der Beihilfe ein spezielles Prüfprogramm und medizinisches Fachpersonal.

### Überbordende Bürokratie

Überbordende Bürokratie herrscht offensichtlich auch bei der Verwaltung der 3.000 staats-eigenen Wohnungen, für die insgesamt 250 verschiedene Behörden zuständig sind. Deswegen komme es zu geradezu grotesken Situationen, so der ORH: Bei Wohnungsübergaben erschienen bis zu fünf Mitarbeiter verschiedener Dienststellen. Die wesentlichen Objektdaten seien nicht feststellbar, die Einnahmen und Ausgaben könnten nicht den

## Netzwerk gegen Rechtsextremismus

Wenn Rechtsextreme übers Pflaster marschieren und über Glatzköpfen Fahnen wehen: Wie können sich Kommunen wehren? In der Stadt Wunsiedel fand zum zweiten Mal ein bayernweites Treffen der Kommunen gegen Rechtsextremismus statt. Das „Wunsiedler Forum“ hat sich als Plattform für die landesweite kommunale Netzwerkarbeit einen Namen gemacht. „Was tun, wenn Rechtsextreme anklopfen?“ - Unter diesem Motto tauschten sich Experten am runden Tisch mit Kommunalpolitikern aus, wie sich ein Ort verhalten kann, wenn dort Rechtsextreme tagen wollen oder eine Demonstration anmelden. Wie kann sich eine Kommune verhalten, wenn Rechtsextremisten eine Immobilie kaufen wollen, wenn sie versuchen, öffentliche Versammlungsräume oder Stadthallen zu mieten? Bei der Veranstaltung stellte sich die Allianz gegen Rechtsextremismus und Rassismus in der Metropolregion Nürnberg vor. Die Teilnehmer erörterten die Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft. Kontakt: manfred.riederle@bay-staedtetag.de. **IBSt**

jeweiligen Gebäuden zugeordnet werden. Letztlich trage keiner die Gesamtverantwortung. Eine Steuerung nach wirtschaftlichen Kriterien sei unter diesen Umständen nicht möglich.

Ähnlich verhält es sich in den 19 eigenen Werkstätten, die die bayerische Polizei für die Wartung ihrer 8.000 Fahrzeuge unterhält: Nur 60 Prozent der Mitarbeiter sind produktiv tätig, die restlichen 40 Prozent sind im Verwaltungsbereich beschäftigt. Es fallen ganz erhebliche Doppelarbeiten an, da u. a. zwei Informationssysteme parallel eingesetzt werden. Teilweise wird auch noch mit Karteikarten, Loseblattsammlungen und anderen „selbstgestrickten“ Hilfsmitteln gearbeitet, monieren die Prüfer.

### Aus dem Ruder gelaufen

Aus dem Ruder gelaufen sind die Kosten des neuen Warenwirtschaftssystems der Polizei: Es hat 16,6 Mio. Euro gekostet und war damit doppelt so teuer wie ge-

plant. Die Einsparungen von 1,7 Mio. Euro reichen nicht einmal aus, um die laufenden Systemkosten von 2 Mio. Euro zu decken. An eine Amortisation der Projektkosten ist gar nicht zu denken.

### Einspruchsflut

Von Einsprüchen regelrecht überflutet werden die Finanzämter. Ende 2007 gab es insgesamt 1,4 Millionen offene Einspruchsverfahren. Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, sollte der Gesetzgeber nach Auffassung des ORH tätig werden, damit der Bürger nicht zwingend Einspruch einlegen muss, um seine Rechte zu wahren. Zudem könnte der überlasteten Steuerverwaltung geholfen werden, wenn endlich ein IT-Verfahren eingeführt würde.

Dass Auslandsrentner faktisch von der Steuer befreit sind, sei ebenso ein Grund zur Beanstandung. Im Ausland lebende Personen erhalten jährlich über 1 Mrd. Euro Renten. In aller Regel werden diese Einkünfte nicht versteuert. Die Finanzämter kennen weder die Höhe der Renten noch die Anschriften der Empfänger. Sie wissen damit nicht, bei wem sie überhaupt Steuern einzutreiben hätten. Hinzu kommt noch, dass es bislang unterlassen wurde, klar zu regeln, wer für die „Auslandsrentner“ überhaupt zuständig ist.

### Unnötig, aber luxuriös

Als letztlich „unnötig, dafür aber luxuriös!“ wird die Erschließung eines Klinikgebäudes erachtet. 2 Mio. Euro wurden nach Angaben des Obersten Rechnungshofs für einen gläsernen Verbindungsgang bei einem Klinikgebäude der Universität Erlangen ausgegeben. Dieser ist sehr aufwendig gestaltet. Er verfügt über eine Heizung, eine Sprinkleranlage, ein Sonnenschutzsystem und bewegliche Lamellen-Fenster zur Belüftung, die über insgesamt 169 elektrische Antriebe gesteuert werden. Für die Erschließung des Klinikgebäudes war der Gang nicht notwendig, da bereits ein unterirdischer Verbindungstunnel und ein Fußweg vorhanden sind.

### Konsequenzen

„Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat Bayern auch für das Haushaltsjahr 2006 eine kompetente Haushalts- und Wirtschaftsführung bestätigt“, zeigte sich Finanzminister Georg Fahrenschon unterdessen zufrieden. „Der ORH erfüllt als externer und unparteiischer Prüfer eine sehr wichtige Aufgabe. Die Bürger haben ein Recht darauf, dass wir mit ihren Steuergeldern sorgsam umgehen. Deshalb werden wir mit den zuständigen Ressorts und Aufsichtsbehörden rasch die nötigen Konsequenzen aus dem Jahresbericht ziehen“, kündigte Fahrenschon an. **DK**

## Investitionssignal für die Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1) ausschusses, Georg Winter (CSU), war beim Spitzengespräch bereits dabei.

Finanzminister Georg Fahrenschon bezeichnete den Finanzausgleich als ein ganz klares Signal der Sicherung von Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken. Der kommunale Arm sei für öffentliche Investitionen der stärkste Arm. Auf die Konjunktur würden sich insbesondere die verbesserten FAG-Mittel für Straßen- und Schulbau sowie für die Sanierung öffentlicher Gebäude positiv auswirken. Im Krankenhausbau bleibe es dabei, nicht vom Bund und von Eigenfinanzierung abhängig zu sein.

### Die Einzelposten

Im Einzelnen sind für den kommunalen Straßenbau 45 Mio. Euro mehr vorgesehen, für den Straßenbau sind es in bayerischer Zuständigkeit 160 Mio. Euro (+ 30 Mio. Euro), ferner 250 Mio. Euro für den allgemeinen Straßenbau und Unterhalt. Die Krankenhausfinanzierung wird mit 500 Mio. Euro gefördert (+ 22,4 Mio.). Als Investitionspauschale stehen 173 Mio. Euro (+ 18,3 Mio.) im FAG.

Für den allgemeinen Steuer-verbund bringt der neue Finanzausgleich, wie der Minister nach der Abschlussbesprechung mit den Vorsitzenden der vier kommunalen Spitzenverbände im Finanzministerium der Presse mitteilte, dass die Schlüsselzuweisungen als Ergänzung der Steuereinnahmen um knapp 6 % auf 2,58 Mrd. steigen. Im Kfz-Steuerverbund steigen die Mittel von 50 % auf 51 %.

Innenminister Joachim Herrmann, der auch wieder an der Spitzenbesprechung teilgenommen hatte, nahm die in guter At-

mosphäre gelaufenen Verhandlungen als Zeichen, dass in Bayern der Staat der Anwalt der Kommunen sei. Mit den steigenden Mitteln im Kfz-Steuerverbund werde es möglich sein, lange geplante Projekte zu verwirklichen und Planungssicherheit für die Zukunft zu erlangen.

### Stabile Bezirksumlagen

Für die vier Spitzenverbände äußerte sich Landkreisesverbandspräsident Theo Zellner zufrieden über Gespräche und Ergebnis. Die strukturellen Verbesserungen im Finanzausgleich führten dazu, dass die Kommunen nicht Bittsteller, sondern Beteiligte seien. Er zeigte sich zufrieden, dass die langen Warteschlangen bei Straßen- und Hochbau wieder etwas abgebaut werden. Der neue Finanzminister habe seine Nähe zu den Kommunen gezeigt.

Übereinstimmend begrüßten Zellner und Manfred Hölzlein (Niederbayern) als Sprecher der sieben Bezirkspräsidenten, dass die Bezirksumlagen stabil gehalten werden können. Zu dem vor einem Jahr vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof erteilten Auftrag an den Gesetzgeber, das kommunale Selbstverwaltungsrecht klarer zu formulieren, teilte der Finanzminister mit, er und der Innenminister würden mit den kommunalen Spitzenverbänden noch verhandeln.

### Neuordnung

Nach dem auf Grund einer gemeinsamen Klage der Bezirke Oberbayern und Schwaben sowie von vier schwäbischen Städten und 232 Gemeinden im November 2007 ergangenen Urteil muss die gesetzliche Neuordnung nächstes Jahr erfolgen. Städtetagspräsident Hans

**Ab in Sonne und Schnee!**  
Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen  
direkt im Internet unter  
[www.1a-preisvergleichreisen.de](http://www.1a-preisvergleichreisen.de)

### Wir gratulieren

**ZUM 65. GEBURTSTAG**  
Bürgermeister Helmut Lackner  
85445 Oberding  
am 18.1.

Bürgermeister Rainer Kinzkofer  
97209 Veitshöchheim  
am 18.1.

**ZUM 60. GEBURTSTAG**  
Bürgermeister Rainer Richter  
85110 Kipfenberg  
am 24.12.

Bürgermeister  
Manfred Schafnitzel  
86679 Ellgau  
am 24.12.

Bürgermeister Rupert Oberhuber  
83549 Eiselting  
am 30.12.

Bürgermeister Franz Schwarz  
94501 Aldersbach  
am 31.12.

Bürgermeister Josef Berlinger  
93453 Neukirchen b. Hl. Blut  
am 31.12.

Bürgermeister Rupert Aigner  
84431 Rattenkirchen  
am 18.1.

Bürgermeister Oskar Ebert  
96181 Rauhenbrach  
am 19.1.

**ZUM 55. GEBURTSTAG**  
Bürgermeister Christian Mrosek  
96257 Redwitz a.d. R.  
am 25.12.

Bürgermeister Bruno Altrichter  
97616 Bad Neustadt a. d. Saale  
am 28.12.

Bürgermeister Alois Sauer  
63849 Leidersbach  
am 5.1.

Bürgermeister  
Elmar Schöninger  
86695 Nordendorf  
am 10.1.

Bürgermeister Bernhard Winter  
85570 Markt Schwaben  
am 11.1.

Bürgermeisterin  
Cornelia Vogelfänger  
85669 Pastetten  
am 12.1.

Bürgermeister Franz Schedlbauer  
94327 Bogen  
am 19.1.

**ZUM 50. GEBURTSTAG**  
Bürgermeister  
Johann Ostermüchener  
83677 Greiling  
am 13.1.

Bürgermeister Günter Stich  
92685 Floß  
am 15.1.

**ZUM 45. GEBURTSTAG**

Bürgermeister  
Manfred Brummer  
86695 Allmannshofen  
am 28.12.

Bürgermeister Gerhard Brosch  
87785 Winterrieden  
am 17.1.

**ZUM 40. GEBURTSTAG**

Bürgermeister  
Heinrich Thaler  
96154 Burgwindheim  
am 20.1.

### Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Förderpreis „Kommunale Seniorenpolitik“:

## Ausgezeichnete Pionierarbeit

Insgesamt 29 bayerische Kommunen wurden von Sozialministerin Christine Haderthauer mit dem Förderpreis „Kommunale Seniorenpolitik“ ausgezeichnet. Bei einem Festakt in der Münchner Residenz würdigte die Ministerin hervorragende Planung und Umsetzung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte.

Wie Ministerin Haderthauer erläuterte, stellen schon heute in einigen Städten und Gemeinden die über 65-Jährigen die größte Bevölkerungsgruppe dar - Tendenz steigend. Kommunen seien

der Gemeinde einen Seniorenbeauftragten zu bestellen, im Landkreis eine Seniorenvertretung und eine Koordinierungsstelle einzurichten, wurden bereits realisiert. Durch differenzierte Be-

gert. Besonders auszeichnungswürdige Einzelbeispiele sind das „Haus Sozial Aktiv“, ein Mehrgenerationenhaus sowie die Schaffung einer innovativen „Internet-Pflegeplatzbörse“ und einer „Freiwilligenbörse“ über die Homepage der Stadt Coburg.

### Broschüre

Die Stadt Ansbach und ihr Seniorenbeirat haben alle elf Handlungsfelder der Broschüre „Kommunale Seniorenpolitik“ in ihrem Konzept beschrieben. Alle Ansbacher Vereine und Institutionen, die sich dieser Aufgabe verstärkt annehmen, wurden einbezogen. Das Spektrum des Konzepts reicht von einem Seniorenwegweiser und einem Seniorenbüro über eine in Ansbach angesiedelte Klinik für geriatrische Rehabilitation, das Rehabilitationszentrum mit ambulanter/teilstationärer Rehabilitation, zehn ambulanten Diensten, sechs Anlagen des Betreuten Wohnens und den bestehenden Altenpflegeheimen bis hin zu einer Tagespflegeeinrichtung.

### Hospiz

In dem Bericht „Altenhilfestrukturen in Aschaffenburg“ wurden die vorhandenen Ressourcen und Defizite erfasst. Dabei werden die kurzfristigen möglichen Maßnahmen bereits umgesetzt. Hierzu zählen eine Verbesserung der Kooperation und Vernetzung, eine verbesserte Verbreitung des Seniorenratgebers oder die Beseitigung von Defiziten in den Bereichen stundenweise Hilfen für zu Hause lebende Ältere, sowie haushaltsnahe Dienstleistungen und Fahrdienste durch verstärkte Nutzung des ehrenamtlichen Potentials. Weiterentwicklungsmöglichkeiten werden gesehen bei der Beschaffung eines stationären Hospizes, dem Bau barrierefreier Wohnungen für finanziell schwächere Bürger, der Schaffung zusätzlicher Betreuer Wohnangebote und dem Aufbau für Treffpunktmöglichkeiten für Senioren außerhalb des Stadtzentrums.

Außerdem in der Kategorie „Kreisangehörige Städte und Gemeinden“ errangen erste Preise die Gemeinden Dietramszell und Bessenbach, die Marktgemeinden Lappersdorf, Weidenbach, Schöllkrippen und Dietmannsried sowie die Städte Geiselhöring, Rödental und Gunzenhausen. Zweite Preise gingen an die Gemeinden Eching, den Markt Regentstuf und die Stadt Eggenfelden. Mit Dritten Preisen wurden ausgezeichnet die Gemeinden Kinding, Mengkofen, Pettendorf und Niederwern.

### Integration und Mobilität

Schon frühzeitig wurden in der Gemeinde Dietramszell mit Hilfe eines Fragebogens alle wahlberechtigten Bürger zu Fragen der Orts- und Entwicklungsplanung eingebunden. Die Konzeption der Gemeinde Dietramszell bindet alle Handlungsfelder in ihre Überlegungen ein und trifft hierzu mit bemerkenswertem Ideenreichtum klare und aufeinander abgestimmte Maßnahmen hinsichtlich Integration und Mobilität, sowie Wohnen zu Hause.

### Nahversorgungsstruktur

Das Konzept der Gemeinde Bessenbach untersucht die Nahversorgungsstruktur. Ein Helferkreis unterstützt Hilfebedürftige beim Wohnen zu Hause. Es gibt vielfältige präventive Angebote mit dem Ziel, körperliche und geistige Beweglichkeit bis ins hohe Alter zu erhalten. Für Betreuung und Pflege stehen sta-



Stellvertretend für die zahlreichen Geehrten veröffentlichen wir an dieser Stelle die ersten Preisträger aus Oberfranken. Das Foto zeigt (v. l.): Regierungspräsident Wilhelm Wenning, 2. Bürgermeister Norbert Tessmer (Coburg), 1. Bürgermeister Gerhard Preß (Rödental), Staatsministerin Christine Haderthauer und Moderator Michael Sporer.

daher gefordert, Strukturen zu entwickeln, um älteren Bürgern eine möglichst hohe Lebensqualität und einen langen Verbleib in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung zu ermöglichen. Mit dem Förderpreis „Kommunale Seniorenpolitik“ wolle man die lokalen Akteure bei der Entwicklung und Umsetzung seniorenpolitischer Konzepte unterstützen. Alle Bewerber und insbesondere die Preisträger hätten Pionierarbeit geleistet, um den Paradigmenwechsel von der Altenhilfe hin zu differenzierten seniorenpolitischen Konzepten zu gestalten.

### Preisgelder

Den Förderpreis hatte das Bayerische Sozialministerium für die Kategorien „Landkreise und kreisfreie Städte“ sowie „Kreisangehörige Städte und Gemeinden“ ausgeschrieben. Die Auszeichnung war mit Preisgeldern in Höhe von 10.000 € für den ersten Preis, mit 7.000 € für den zweiten Preis und mit 5.000 € für den dritten Preis in jeder Kategorie verbunden.

In der Kategorie „Landkreise und kreisfreie Städte“ errangen erste Preise die Landkreise Dachau, Dingolfing-Landau, Schwandorf und Günzburg sowie die Städte Coburg, Ansbach und Aschaffenburg. Zweite Preise gingen an die Landkreise Tirschenreuth und Ostallgäu sowie an die Städte Bayreuth und Nürnberg. Mit dritten Preisen wurden die Landkreise Ebersberg und Neuburg-Schrobenhausen ausgezeichnet.

### Verschiedene Wohnformen

Beim seniorenpolitischen Gesamtkonzept des Landkreises Dachau ist besonders hervorzuheben, dass auf die örtlichen Belange differenziert und zielgerichtet eingegangen wird und Vertreter von seniorenpolitischen Interessensgruppen, wie Seniorenbeauftragte und Seniorenbeiräte einbezogen wurden. Was den künftigen Bedarf an verschiedenen Wohnformen im Alter anbelangt, wird das Augenmerk insbesondere auf die Betreuung gerontopsychiatrisch Erkrankter und für Menschen mit Behinderung gelegt. Es wird auch berücksichtigt, dass sich künftig ein stärkerer Versorgungsbedarf für Menschen mit Migrationshintergrund ergeben wird.

Im Landkreis Dingolfing-Landau wurde ein sehr umfassendes „Seniorenleitbild“ erarbeitet. Die übergeordneten Leitziele, in je-

ratungs- und Dienstleistungsangebote für das Wohnen zu Hause, Pflege und Betreuung sowie durch eine ehrenamtliche Hospizgruppe werden die Senioren und Angehörigen in den altersbedingten, unterschiedlichen Lebenssituationen unterstützt. Ihre kommunikativ zeitgemäße gesellschaftliche Teilhabe wird im Landkreis durch zielgruppenspezifische Angebote von PC-Grundkursen, Internet- und Handykursen gefördert.

### Netzwerkbildung

Schwerpunktaufgabe im Landkreis Schwandorf ist die Netzwerkbildung. Das „Netzwerk soziale Beratung und Dienstleistungen“ ist eine kooperative Plattform von Beratungsstellen, Behörden, Wohlfahrtsverbänden und sozialen Dienstleistern. 1996 wurde der „SeniorenKulturPool“ eingerichtet, mit dessen finanzieller Hilfe kulturelle Veranstaltungen für Ältere ermöglicht werden. Das von der Seniorenfachstelle mitkonzipierte Projekt „Sinneswelten“ im Oberpfälzer Freilandmuseum Neusath/Nabburg stellt insbesondere für Alzheimererkrankte eine Verbesserung der Lebenssituation dar. Im „Dialog der Generationen“ sind alle Realschulen des Landkreises mit Aktionen, Ausstellungen und Projekttagen aktiv.

### Eigenes Seniorenamt

Im Landkreis Günzburg wurde 1995 ein eigenes Seniorenamt geschaffen. Notwendige Maßnahmen wie die Wohnberatung, ein mehrteiliges Geronto-Angebot, Ausbildungsstätten für Pflege- und spezialisierte Betreuungsformen, Freiwilligenzentrum, Landkreis-Seniorenbeauftragter, Vernetzungs- und Kooperationsarbeit, drei ambulante betreute Wohngemeinschaften, Nachtpflege für Bedürftige in vorhandenen Einrichtungen etc. sind dort bereits umgesetzt. Das Konzept ist differenziert und zeitgemäß, offen für Ergänzungen und Veränderungen, praxisorientiert und zukunftsweisend.

### Internet-Pflegeplatzbörse

Durch breite und gezielte Informationen der Senioren und ihrer Familien und durch ihre moderne Öffentlichkeitsarbeit hat die Stadt Coburg bürgerschaftliches Engagement angestoßen sowie die selbst bestimmte gesellschaftliche Teilhabe der Senioren gefördert und gestei-



Kolumne  
Heinrich Lenz

### Liebe Leserinnen und Leser,

das jährliche Verhandlungsritual der Bayerischen Spitzenverbände mit dem Finanzministerium in Sachen innerstaatlicher bzw. interkommunaler Finanzausgleich wurde mit einem Forderungskatalog des Bayerischen Gemeindetags, Städtetags, Landkreistags und der Bezirke eingeleitet. Erstmals fordern unsere Schaltzentralen unisono gezielte und direkte Hilfen für den strukturschwachen, peripheren Raum, die deutlich über marginale Verbesserungen der bisherigen Jahre hinausgehen sollen. Der KPVLandesvorstand unter der Leitung von Landrat Stefan Rößle schließt sich diesem Ansinnen un-



den Bürgern nicht mehr bezahlt werden können. Nicht anders sieht es bei den Gemeindefahrten/Brückenbauwerken, bei der (energetischen) Gebäudesanierung und beim ÖPNV aus. Erschwerend kommt die immer noch fehlende Breitbandanbindung hinzu. Die bereits seit 2006 laufende Initiative zur flächendeckenden Einführung dieser wichtigsten Zukunfts-/Kommunikationstechnologie hat bisher nur den mit der Bedarfsermittlung und Markterkundung be-

auftragten Ingenieur- und Planungsbüros genützt und daran wird sich so schnell nichts ändern. Die digitale Spaltung, das Kommunikationsinfrastrukturgefälle zwischen den Ballungsräumen und ländlichen Gebieten wird noch zunehmen, zusätzlicher Ärger für Bürgermeister und Landräte ist vorprogrammiert. Es müssten auch die Zuwendungen für den kommunalen Hochbau, speziell für Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen dringend aufgestockt werden usw. usw. Man könnte die Liste beliebig fortsetzen.

### Der kommunale Finanzausgleich 2009: Rettungsschirm auch für finanziell angeschlagene Gemeinden?

eingeschränkt an und bläst ins gleiche Horn. Gerade in der jetzigen Krisensituation gehe es darum, den Kommunen Lösungen und Perspektiven aufzuzeigen und nicht darum, sie auf schlechte Zeiten einzustimmen. Das könne nicht die Botschaft der Politik sein und helfe niemandem weiter, so Rößle in der ersten Verhandlungsrunde. Ferner erkannte er das bisherige, ehrliche Bemühen aller Beteiligten um einen gerechten Ausgleich an.

Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Schon fast täglich werden Rettungsschirme aufgespannt für marode Banken und von der Rezession bedrohte Auto- und andere Industriezweige, wo aber bleibt die Auffangaktion für handlungsunfähige Gemeinden? Auch hier kann in der Tat nur noch über massive Finanz- und Investitionshilfen das Schlimmste verhindert werden. Zinsverbilligte Darlehen oder Zuwendungen in den bekannten Größenordnungen sind für schwierige Fälle keine Lösung mehr.

Die vor diesen Gemeinden liegenden Aufgaben sind so gigantisch wie deren Erwartungen. Besonders groß ist der Nachholbedarf im Ver- und Entsorgungsbereich, bei den Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen. Mit oft überzogenen gesetzlichen Forderungen der Gewässeraufsicht werden die kleinen und finanzschwachen Gemeinden in die Knie gezwungen. Neubauten, Verbesserungen und Sanierungen sind auch in den nächsten Jahren auf Grund der Wasserrechtsbescheide unabhängig von der Kassenlage durchzuführen. Sie werden hohe Millionenbeträge verschlingen und zu Beitrags- und Gebührensätzen führen, die von

Kein solide finanzieller Haushalt in Bayern wird die Mittel zur Verfügung stellen können, um den sich über Jahre, auch durch den rigiden Sparkurs Bayerns angehäuft Sanierungsstau auf einmal abarbeiten zu können. Auf Grund des Fiaskos bei der Bayern-LB dürfte dieses Unterfangen noch schwieriger sein. Gerade weil das überlieferte Ausgleichssystem zu keiner Angleichung der krassen Leistungsunterschiede führt, diese eher noch verstärkt, sollte mit einer direkten und sukzessiven Förderung der besonders klammen Gemeinden deren Finanzkraft und Wirtschaftsstruktur nachhaltig verbessert und den Menschen in diesen Gemeinden wieder eine Perspektive gegeben werden. „Vordringliches Ziel des Kommunalen Finanzausgleichs 2009 muss es daher nach unserer Auffassung sein, die Finanzausstattung der Kommunen so zu stärken, dass auch die finanzschwachen Kommunen ihre laufenden Aufgaben erfüllen und daneben wieder nachhaltig investieren können“ (Zitat aus dem Schreiben der Spitzenverbände v. 3.11.2008). Die zwischenzeitlich abgeschlossenen Verhandlungen tragen dieser Forderung zumindest in Teilbereichen Rechnung (Schlüsselmasse u. Investitionspauschale). Ansonsten ist von der angekündigten Gegensteuerung nicht viel übrig geblieben.

Die Solidarität zwischen den finanzstarken Zentrumsgebieten und unverschuldet strukturschwachen Landgemeinden ist, wenn man die Signale richtig deutet, in greifbarer Nähe gerückt. Was noch fehlt, ist der Beweis dafür, dass auf sie künftig tatsächlich ein besonderes Augenmerk gerichtet wird, so wie es von den Spitzenverbänden gefordert und im Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP vereinbart wurde.

Ihr Heinrich Lenz

tionäre und ambulante Angebote zur Verfügung, die auch Tagespflege anbieten. Die Unterstützung pflegender Angehöriger ist ebenso gewährleistet wie Angebote für Demenzzranke.

### Befragungen

Der Markt Lappersdorf (Landkreis Regensburg) führt im Rhythmus von sieben Jahren Befragungen zum Thema Senioren durch. Schwerpunkt der kommunalen Seniorenpolitik ist die Förderung des sicheren und selbst bestimmten Lebens der in der Gemeinde wohnenden Senioren. Großen Wert legt der Markt auf die Aktivierung seiner Senioren. Generationenübergreifende Treffmöglichkeiten, niederschwellige Betreuungsangebote wie Ausflugsangebote und Seniorennachmittage, sowie der marktgegene Citybus sollen die Beteiligung älterer Mitbürger am Leben in der Kommune fördern.

### Ambulant vor stationär

Das Konzept der kleinen Marktgemeinde Weidenbach (rund 2.200 Einwohner) baut auf dem Grundsatz „Ambulant vor stationär“ auf. Es geht über die traditionelle Pflegebedarfsplanung hinaus und entwickelt passgenaue Strukturen, um älteren Bürgern einen möglichst langen Verbleib in ihrer vertrauten häus-

lichen Umgebung zu ermöglichen. Dabei sollen die in Weidenbach ansässigen Landwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen der Lehranstalten Triesdorf bzw. deren Studenten und Schüler, mit einbezogen werden, z. B. in einem Mehrgenerationenhaus.

### Ehrenamtliches Engagement

Das Konzept des Marktes Schöllkrippen setzt sich mit der Nahversorgungsstruktur auseinander. Besonders herausragend an dem Konzept ist die starke Aktivierung des ehrenamtlichen Engagements über einen Nachbarschaftshelferkreis, der Betreuung und Unterstützungsdienste durch 30 geschulte ehrenamtlich tätige Männer und Frauen erbringt. Die Hospiz- und Palliativversorgung ist in der Gemeinde über die Caritas-Sozialstation sichergestellt.

### Generationensolidarität

In der Marktgemeinde Dietmannsried wiederum zeugen die Fokussierung auf die Solidarität der Generationen, die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen und seine Anerkennung sowie die konkret dargestellten erforderlichen Veränderungen und Verbesserungen im Sinne der Senioren, z. B. in der Ver-

sorgung und im Nahverkehr, davon, dass alles dafür getan werden soll, dass Ältere in jeder Situation ein möglichst sinnreiches Leben führen können. Das vorgelegte Gesamtkonzept verdeutlicht, dass den alten Menschen die notwendige Wertschätzung beigemessen wird.

### Barrierefreiheit

Im seniorenpolitischen Gesamtkonzept der Stadt Geiselhöring werden eine seniorenrechte Orts- und Entwicklungsplanung zur Schaffung barrierefreier Bereiche und zielgruppenorientierter Verweilflächen und Treffpunkte, ein differenziertes Nahversorgungsangebot mit Fahr- und Besuchsdiensten und die Einrichtung eines Bürgerbusses mit ehrenamtlichen Fahrern ergänzt durch bedarfsgerechte Hilfsangebote für einen möglichst langen Verbleib in der gewohnten Umgebung. Eine speziell für Demenzzranke organisierte, ehrenamtliche häusliche Betreuung zur stundenweisen Entlastung ihrer Angehörigen ist besonders zu erwähnen.

### Modellprojekte

Die Stadt Rödental hat viele innovative und fachlich qualifizierte Dienste und modellhafte Projekte der offenen Seniorenar-

(Fortsetzung auf Seite 4)

„Leben findet Innenstadt“:

## Kooperationspartner Sparkasse

Erläuterungen von SVB-Vizepräsident Faltermeier bei einer Fachtagung in Schweinfurt

**Attraktive Innenstädte und Ortszentren sind auch künftig unverzichtbar. Besonders für Gewerbetreibende und Immobilien-eigentümer ist eine positive wirtschaftliche Entwicklung innerörtlicher Standorte von existenzieller Bedeutung. Welche aktuellen Strategien es für eine nachhaltige Stadterneuerung der bayerischen Städte und Gemeinden gibt, darüber informierte eine in Schweinfurt von der Obersten Baubehörde veranstaltete Fachtagung mit dem Titel „Ausbau-Innen – Nachhaltige Stadterneuerung in Bayern“.**

Das bayerische Modellvorhaben „Leben findet Innenstadt – öffentlich-private Kooperationen zur Standortentwicklung“ hat sich zur Aufgabe gemacht, das Ziel einer wirtschaftlichen Tragfähigkeit in konkretes Handeln umzusetzen. Im Rahmen der Stadterneuerung arbeiteten in zehn Modellprojekten Städte und Gemeinden gemeinsam mit der lokalen Wirtschaft, Haus- und Grundstückseigentümern, Bürgern und weiteren Akteuren an der Aufwertung eines innerörtlichen Quartiers. Auf Landesebene wirkten insgesamt 13 Institutionen und Verbände als Kooperationspartner am Modellvorhaben mit – darunter auch der Sparkassenverband Bayern, der von seinem Vizepräsidenten Rudolf Faltermeier bei der Tagung in Schweinfurt vertreten wurde.

### Impulsgeber für die Region

Wie Faltermeier eingangs hervorhob, verstünden sich die Sparkassen als treibende Kraft und Impulsgeber für die Region. Als dezentral verankerte, kommunal getragene und rechtlich wie wirtschaftlich eigenständige Kreditinstitute hätten sie intensiven Kontakt zur Bevölkerung, zu Unternehmen und zu den Kommunen. Daraus resultiere eine besondere Informations-

kompetenz der Sparkassen. Als „Intermediäre“ zwischen den kommunalen Entscheidungsträgern, der lokalen Wirtschaft und der Bevölkerung seien Sparkassen in Zeiten der Globalisierung vielfach zentraler und unverzichtbarer Knotenpunkt regionaler Netzwerke. Als umfassender Finanzdienstleister, bedeutsamer Arbeitgeber vor Ort, Auftraggeber für die regionale Wirtschaft und wichtiger Steuerzahler für die Kommune seien Sparkassen ein wichtiger Standortfaktor für die Kommunen und die Region.

### Demografische Entwicklung

Am Beispiel Oberfrankens – dort wird für fast alle Landkreise bis 2020 ein negatives Bevölkerungswachstum prognostiziert – zeigte Faltermeier auf, dass die demografische Entwicklung in Bayern sich extrem auf Innenstädte und Ortszentren auswirkt. Als Folgen des Strukturwandels und der demografischen Entwicklung nannte er leer stehende Gebäude, nicht adäquat genutzte Grundstücke, vernachlässigten Baubestand, Flächen zehrende Neubaugebiete, eine unzureichende Infrastruktur (z. B. Straßen, öffentliche Einrichtungen) sowie eine geringe Attraktivität als Einkaufsstandort.

## Horst Seehofer zieht ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
Steuer- und Abgabenlast der Ab-  
bau bürokratischer Hemmnisse.  
Essenziell bleibe die kommunale  
Daseinsvorsorge.

### Bewährungschance für die Bezirksregierungen

Nachhaltige Politik für Bayern müsse sich auch in einem stabilen Gleichgewicht von Metropolen und ländlichem Raum bewiesen. Die Staatsregierung stehe für gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Bayern. Für wichtig erklärte der Ministerpräsident den leistungsfähigen Internetzugang. Spätestens in drei Jahren soll er überall gewährleistet sein. Dies sei auch eine Bewährungschance für die Bezirksregierungen, „vielleicht ihre letzte“.

### Starker Staat

Die vierte Leitlinie heißt starker Staat, wo nötig, Freiräume für Bürger, wo möglich. Dazu gehöre auch das Subsidiaritätsprinzip. Die kommunale Selbstverwaltung sei weiter zu stärken, damit möglichst bürgernah entschieden werden könne. Das schließe eine zielgenaue Zuordnung der Aufgaben auf Gemeinden, Landkreise und Bezirke ein. „Die Kommunen sind die Garanten für Bürgernähe und soziales Miteinander.“ Der Ministerpräsident wies insbesondere darauf hin, dass der kommunale Finanzausgleich heuer stärker steige als der allgemeine Haushalt. Zur Verwaltungsreform und Aufgabenüberprüfung wird ein Kabinettsausschuss unter Vorsitz des Leiters der Staatskanzlei, Minister Siegfried Schneider, eingesetzt. Der Ministerpräsident will sich hier auch ganz persönlich engagieren.

Die durch die Landesbankkri-

se ausgelöste Belastung des Staatshaushalts um zehn Milliarden Euro ist nach Seehofers Meinung zu meistern, „weil wir wirtschaftlich gut aufgestellt sind“. Sofort würden alle Haushaltsreste für staatliche Investitionen in Höhe von 350 Mio. Euro freigegeben und Investitionen, auch in den Kommunen, vorgezogen. Die in den Leitlinien enthaltenen staatlichen Leistungen könnten ohne Abstriche erfolgen. Was freilich das „Jahr drei“, also 2011, betrifft, ließ der Ministerpräsident noch alles offen, äußerte jedoch Zuversicht.

Während die Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid (CSU) und Thomas Hacker (FDP) dem Neuanfang eines guten Weges zustimmten und volle Unterstützung signalisierten, blieben SPD und Grüne dabei, die schöne Verpackung enthalte weitgehend leere Versprechungen. Franz Maget (SPD) befand, die CSU sei speziell in der Bildungspolitik mutlos, ziellos und schwach. Zum Beispiel habe der Ministerpräsident über die Kostenbefreiung im Kindergarten kein Wort gesagt. Wenn es neue Ganztagschulen gebe, kämen auf die Kommunen neue Millionenausgaben zu.

Sinngemäß gleich beurteilte Sepp Daxenberger die Regierungserklärung. Beim Klimaschutz dürften Umwelt und Ökonomie nicht länger als Gegensatz betrachtet werden. Der Grünen-Fraktionschef verwies auf die Gegenkonzepte seiner Partei.

Hubert Aiwanger (Freie Wähler) bot dagegen breite Unterstützung in vielen Dingen an, die seine Fraktion mittragen könne. Seine Aufforderung, der Ministerpräsident solle zu den Freien Wählern kommen, um es gemeinsam zu schaffen, quittierte Seehofer mit lautem Lachen. **RM**

Um zur Lösung dieser Probleme beizutragen, hätten die Sparkassen ihre Beteiligung am Modellvorhaben „Leben findet Innenstadt“ angeboten. Konkret unterstützten sie die Modellkommunen Kaufbeuren, Markt Langquaid, Neunburg vorm Wald, Passau, Wunsiedel, Bad Neustadt an der Saale, Bamberg, Erlangen, Forchheim sowie Fürstentfeldbruck. In einigen Quartieren habe die Sparkasse auch Sonderkreditprogramme aufgelegt, erklärte der Vizepräsident.

### Handwerkerprämie

Beispiel Kaufbeuren: Die Stadt Kaufbeuren beabsichtigte im Rahmen des Modellvorhabens, den süd-östlichen Teil der Altstadt umfassend aufzuwerten und damit dem Leerstand zu begegnen. Ziel war es, diesen Schlüsselbereich für die Altstadt durch eine markt- und standortgerechte Mischung von Einkauf, Arbeiten und Wohnen wieder zu stabilisieren.

Wie Faltermeier ausführte, habe die Sparkasse Kaufbeuren ihr Sonderkreditprogramm mit einer „Handwerkerprämie“ fortgeführt und weiterentwickelt. Im Rahmen von Bauausstellungen, Energiespartagen etc. sei in den Räumen der Sparkasse über Immobilienvermittlung, -entwicklung, Investorensuche und Projektpräsentation informiert worden. Zudem habe man sich aktiv in das regionale Netzwerk eingebracht, eine durchgängige Identifikation mit dem Projekt auf allen Ebenen aufgebaut, Überzeugungsarbeit geleistet, Plattformen geschaffen sowie Eigentümer und Kunden mobilisiert.

Beispiel Sanierungsgebiet „Sand“ in Bamberg: Das Projektgebiet im Herzen der Altstadt zwischen Domberg und dem lin-

## Ausgezeichnete Pionierarbeit ...

(Fortsetzung von Seite 3)  
beit geplant, unterstützt, gefördert und verwirklicht. Durch breit gefächerte und generationenübergreifende, offene und öffentlichkeitswirksame Angebote ist es gelungen, „Schwellenängste“ abzubauen sowie für mehr Mitwirkung und Aktivierung der Betroffenen zu sorgen. Als besonders auszeichnungswürdige Einzelbeispiele sind zu nennen: Schaffung einer durchgehend seniorenberechtigten kommunalen Infrastruktur - u. a. Aufstellen sog. strategischer Bänke, die den Weg der Senioren von der Wohnung zum Einkauf und zurück unterstützen, sowie das offene „Fitness-Studio für Senioren“.

### Alterswohnsitz

Die Stadt Gunzenhausen schließlich ist aufgrund seines hohen Freizeitwerts in Kombination mit den ortsansässigen Einrichtungen wie Kreis-Krankenhaus und Burkhard-von-Secken-dorff-Altersheim ein bevorzugter Alterswohnsitz. Zudem gibt es zwei Anlagen des Betreuten Wohnens mit 76 Wohneinheiten sowie ein Kurzzeitpflegeheim und die von örtlichen Krankenpflegevereinen angebotenen Hausnotrufdienste. Beim Gunzenhausener Konzept werden nicht nur die üblichen Institutionen und Dienste (u. a. gibt es zur Entlastung der Angehörigen ein ökumenisches Betreuungsangebot von Caritas und Diakonie), sondern auch spezielle Kulturveranstaltungen (Film, Theater) für Senioren erwähnt. **DK**

ken Regnitzufer hatte u. a. mit Leerständen im Erdgeschossbereich (Läden, Gaststätten) zu kämpfen. Im Rahmen des Modellvorhabens sollten städtebaulich-strukturelle Aspekte mit einer Vielzahl privater Aktivitäten gebündelt werden. Ziel war es, ein lebendiges Quartier zu entwickeln, in dem Kunst, Einkauf, Ausgehen und Wohnen nebeneinander existieren.

Als Vertriebsergebnis kann die Sparkasse Bamberg laut Faltermeier mit Finanzierungsabschlüssen über 2,4 Mio. Euro aufwarten; die Höhe des Sonderkreditprogramms beläuft sich auf 725.000 Euro. Aktuell werden Vorverhandlungen für anstehende Finanzierungen getätigt. Das Investitionsvolumen für 2007/2008 beträgt rund 2 Mio. Euro. In punkto Immobilienvermittlung sind interessierte Kunden der Vermögensberatung (Investoren) vorgemerkt. Etwa

sechs bis acht Eigentümer neigten derzeit zum Verkauf.

### Business Fitness Programm

Beispiel Passau: Im Rahmen des Modells sollten durch öffentlich-private Kooperationen Konzepte für eine Strukturverbesserung der Innenstadt entwickelt und umgesetzt werden. Eine veraltete Fußgängerzone aus dem Jahr 1975 bedurfte in Teilbereichen einer Aufwertung, der Branchenmix war verbesserungsbedürftig, Fassaden- und Schaufenstergestaltung sowie Warenpräsentation zeigten starke Defizite. Aufenthaltsqualität für Kinder, Jugendliche und Familien in der Innenstadt – Fehlanzeige.

Die Sparkasse Passau leistete ihren Beitrag zur Strukturverbesserung der Innenstadt durch eine Geschäfts- und Immobilien-Analyse und ein Business Fit-

ness Programm (Strategie-Entwicklung, Bilanzrating, Optimierung, Versicherungsscheck, Schulungsbedarf für Mitarbeiter). Auch hier sei ein Sonderkreditprogramm für Geschäftsinhaber und Immobilien-Eigentümer vorgelegt worden.

Faltermeiers Fazit: „Kreditinstitute sind durch ihre Gebäude vielfach wesentliche Gestalter der Innenstädte und Ortszentren. Das dichte Filialnetz der Sparkassen und Genossenschaftsbanken sichert den finanzwirtschaftlichen Wettbewerb in allen Regionen Bayerns. Sie sind ein wichtiges Element der Infrastruktur. Die Sparkassen können und wollen - aufgrund ihrer Marktposition und ihrer kommunalen Verankerung - die Kommunen aktiv bei der Standortentwicklung unterstützen. Die Innenstädte und Ortszentren stehen auch künftig im besonderen Fokus der Kreditinstitute.“ **DK**

## Bayerische Krankenhäuser befürchten Wortbruch in der Gesundheitspolitik

Kliniken sorgen sich, dass aus dem zugesagten Hilfspaket ein Kürzungsprogramm wird

**Aufgebrachte Stimmung herrschte bei der Mitgliederversammlung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) in München. Die Vertreter der 360 bayerischen Kliniken befürchten, dass ihnen am Ende einer Auseinandersetzung in der Koalition um die aktuelle Krankenhausfinanzierungsreform die ohnehin geringe zugesagte Hilfe zur Finanzierung der tariflichen Lohnsteigerungen durch neue Kürzungen wieder entzogen wird.**

Im September hat das Bundeskabinett den Entwurf der Finanzierungsreform für die Krankenhäuser beschlossen.

Darin ist eine Finanzhilfe von rd. 1,3 Mrd. Euro vorgesehen, die die rd. 8 %-igen Personalkostensteigerungen in den Kliniken in Folge der diesjährigen Tarifrunde wenigstens zur Hälfte ausgleichen soll. Vorausgegangen waren mehrere aufsehenerregende Demonstrationen der Krankenhausbeschäftigten unter anderem auch in Bayern, die im September in einer zentralen Kundgebung in Berlin mit 135.000 Teilnehmern gipfelte.

### Nicht finanzierte Kostensteigerungen

Das 1,3 Mrd.-Hilfspaket kritisierten die Krankenhäuser mit Hinweis auf nicht finanzierte Kostensteigerungen in Höhe von 6,5 Mrd. Euro. Angesichts der sich in den letzten Wochen drastisch verschlechterten Wirtschaftslage begannen sich Kliniken mit dieser Teilfinanzierung abzufinden.

„Wie es sich jetzt aber herausstellt scheint das erhoffte Licht am Ende des Tunnels ein entgegenkommender Zug zu sein, der die Krankenhäuser zu überrollen droht“ brachte der BKG-Vorsitzende Oberbürgermeister Franz Stumpf die Fassungslosigkeit der Krankenhausmitarbeiter über die derzeitige gesundheitspolitische Debatte bildlich auf den Punkt.

### Kostendämpfungsprojekt

„Denn mit den jetzt vom Bundesgesundheitsministerium nachgeschobenen Formulierungshilfen für Änderungsanträge würde das Gesetz auf den Kopf gestellt werden. Aus einem Hilfspaket soll nach dem Willen des BMG ein Kostendämpfungsprojekt werden, das den Krankenhäusern dauerhaft erhebliche finanzielle Mittel entziehen würde“ so Stumpf weiter.

So soll nach dem Willen des Bundesgesundheitsministeriums das Morbiditätsrisiko, also zusätzliche Ausgaben weil immer mehr Menschen öfter und schwerer erkranken, vollends auf die Kliniken übertragen werden. Deren Vergütungen für die Behandlung sollen im Gegenzug reduziert werden, um die Ausgaben möglichst stabil zu halten.

Auf Empörung stößt bei der

BKG-Mitgliederversammlung.

### Beistand von Söder

Der neue bayerische Gesundheitsminister Dr. Markus Söder hat die Kürzungsvorschläge des BMG scharf abgelehnt und ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Krankenhäuser dies als Wortbruch empfinden würden. Die BKG hat eindringlich an Söder und die Bayerische Staatsregierung appelliert, sich in der Koalition dafür einzusetzen, dass man eine zugesagte Hilfe nicht ins Gegenteil verkehren dürfe.

### Bedeutender Arbeitgeber

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft ist der Zusammenschluss von über 340 Krankenhäusern in Bayern mit insgesamt knapp 80.000 Betten. Rund 2,5 Millionen Patienten werden jährlich in den bayerischen Krankenhäusern umfassend stationär behandelt. Die bayerischen Krankenhäuser erbringen hierfür das gesamte Leistungsspektrum der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Die Einrichtungen sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber Bayerns. Über 150.000 Menschen der verschiedensten Berufe beziehen ihr Einkommen von den in der BKG zusammengeschlossenen Krankenhäusern.  
Internet: [www.bkg-online.de](http://www.bkg-online.de). **□**

## Bayern verbessert Krankenhausversorgung

Söder: 19 Mio. Euro neu zu investieren

**Die Krankenhausversorgung wird in Bayern weiter verbessert - in seiner jüngsten Sitzung hat der Krankenhausplanungsausschuss die Weichen dafür gestellt. Das teilte Gesundheitsminister Dr. Markus Söder jüngst in München mit.**

Söder: „Wir haben die Möglichkeit, frei werdende Krankenhausfördermittel in Höhe von 19 Millionen Euro neu zu investieren. Damit sollen insbesondere Krankenträger von ihren Vorfinanzierungskosten für Baumaßnahmen entlastet werden.“ So wird Bayern nach Söders Worten seiner Verantwortung gerecht und unterstützt die Krankenhäuser dabei, für die Patienten eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung herzustellen. Schwerpunkte setzte der Krankenhausplanungsausschuss im Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie und der palliativmedizinischen Versorgung. Dem in den letzten Jahren gestiegenen Bedarf in der psychosomatischen Medizin wurde durch die Zustimmung zum Ausbau der Kapazitäten um rund 200 Betten Rechnung getragen. Der Krankenhausplanungsausschuss bewertet laut Söder jährlich über 50 Anträge der einzelnen Krankenhäuser. Dabei prüfen Gesundheitsministerium und Experten der Krankenträger, Ärzteschaft und Krankenkassen die Anträge in partnerschaftlichem Miteinander.

Über die Fortschritte bei der palliativmedizinischen Versorgung zeigte sich Gesundheitsstaatssekretärin Melanie Huml erfreut. Huml: „Jeder unheilbar kranke und sterbende Mensch hat Anspruch darauf, unter menschenwürdigen Bedingungen behandelt, gepflegt und begleitet zu werden. Dafür muss eine ausreichende palliativmedizinische und hospizliche Versorgung gewährt werden.“ Informationen: [www.gesundheit.bayern.de](http://www.gesundheit.bayern.de). **□**

Jahreskongress kommunaler Wirtschaftsförderer in Berlin:

## „Standortfaktor Personal“

Mangel an qualifizierten Arbeitskräften droht  
Kommunen, Bund und Länder müssen gemeinsam gegensteuern

Die Verfügbarkeit qualifizierten Personals wird zu einem entscheidenden Standortfaktor der Zukunft. Aus diesem Grunde machten Städte, Landkreise und Gemeinden beim ersten Forum Deutscher Wirtschaftsförderer in Berlin auf den drohenden Fachkräftemangel aufmerksam und präsentieren Best-Practice-Beispiele der Kommunen. Erstmals fand somit ein Wirtschaftsförderungskongress statt, der von den drei kommunalen Spitzenverbänden und dem Deutschen Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften getragen wurde.

„Der prognostizierte Mangel an Arbeitskräften droht in Zukunft zu einem Wohlstandsverlust in unserer Gesellschaft zu führen. Hier muss dringend gegengesteuert werden. Die Kommunen engagieren sich beispielsweise bereits beim Ausbau flexibler Kinderbetreuung, fördern die Ausbildung von Fachkräften nach regionalen Bedürfnissen und unterstützen Initiativen zum lebenslangen Lernen“, unterstrich der Vorsitzende des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Mönchengladbachs Oberbürgermeister Norbert Bude, bei der Eröffnung des Forums.

### Gegenläufige Entwicklungen

Nach Prognosen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit werden im Jahr 2015 zwei gegenläufige Entwicklungen zusammentreffen: Einerseits gehen die aus geburtenstarken Jahrgängen stammenden Fachleute in Rente, andererseits lassen sich diese Arbeitskräfte nur zu einem Teil aus den nachfolgenden Jahrgängen ersetzen. Hinzu kommt, dass nach Erkenntnissen von Bildungsforschern die nachfolgenden Jahrgänge im Durchschnitt eine schlechtere Ausbildung haben als die Generation, die in den 70er Jahren ihre Bildungskarriere durchlaufen hat. Dabei weisen regional bezogene Studien auch für ostdeutsche Standorte mit hoher Arbeitslosigkeit nach, dass ein erheblicher Personalbedarf besteht. Experten stimmen darin überein, dass die von der Wirtschaft geforderten Erleichterungen im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit allein nicht zur Veränderung der Situation beitragen

### Krankenversicherung:

## Belastung für Bayern noch höher als befürchtet

Brossardt: „Mehrbelastung durch höhere Kassenbeiträge beträgt 700 Mio. Euro“

Der von der Bundesregierung beschlossene einheitliche Beitragssatz zur Krankenversicherung in Höhe von 15,5 Prozent wird für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Bayern weit höhere Belastungen mit sich bringen als bisher angenommen.

Insgesamt kommen auf die Arbeitgeber und die 7,5 Millionen Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherungen in Bayern im nächsten Jahr Mehrausgaben von 700 Millionen Euro zu. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. in Auftrag gegeben hat.

Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw: „Wir befinden uns mitten in der Wirtschaftswendungsphase. Die ganze Welt macht sich Gedanken darüber, wie man die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stützen kann. Gerade in dieser Situation bürdet die Bundesregierung den Arbeitnehmern und den Unternehmen durch eine vermurkste Gesundheitsreform Zusatzkosten in dreistelliger Millionenhöhe auf. Das passt nicht zusammen!“

Laut Studie werden die bayerischen Arbeitgeber im kommenden Jahr knapp 200 Millionen Euro mehr an Krankenkassenbeiträgen für ihre Mitarbeiter zahlen müssen als noch in die-

sem Jahr. Die Arbeitnehmer werden durch die gestiegenen Beiträge ebenfalls um 200 Millionen Euro zusätzlich belastet. Die restlichen 300 Millionen Euro entfallen vor allem auf erhöhte Belastungen für freiwillig gesetzlich Versicherte, wie z.B. Selbstständige, aber auch auf erhöhte Beiträge von Rentnern und Arbeitslosen.

„Bund und Länder müssen dazu beitragen, dass das bestehende Personal qualifiziert wird und mehr Frauen und ältere Arbeitnehmer eine Erwerbsarbeit aufnehmen können. Auch die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt sollte gefördert werden“, erklärten die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände Dr. Stephan Articus (Deutscher Städtetag), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag) und Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund).

### Verantwortungsvolle Arbeitgeber

Insgesamt acht Workshops wurden bei der Jahrestagung mehr als 20 erfolgreiche Beispiele aus der kommunalen Praxis vorgestellt und diskutiert. Dazu gehörten spezielle Ausbildungsprojekte, Beispiele für die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft, zur Sicherung des Arbeitskräftepotentials durch berufliche Ausbildung, für die Integration von Älteren und Migranten sowie für familienfreundliche Maßnahmen in Betrieben und Verwaltungen.

Frank Thyroff, stellvertretender Vorsitzender der Fachkommission Wirtschaftsförderung des Deutschen Städtetages und Leiter des Amtes für Wirtschaft in Nürnberg, stellte die These auf, dass familienfreundliche Unternehmen als attraktive, verantwortungsvolle Arbeitgeber wahrgenommen werden und Vorteile im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte verzeichnen. Zudem erkennen sie, dass zufriedene Eltern motivierter und damit produktiver arbeiten; auch könnten sie qualifizier-

### Verdoppelung der Hochbetagten

Besonders die Gruppe der älteren Menschen wird überproportional ansteigen. Bis 2025 wird die Zahl der über 80-Jährigen in Deutschland um 70 Prozent zunehmen. Damit verdoppelt sich der Anteil der Hochbetagten an der Gesamtbevölkerung nahezu und steigt auf über 8 Prozent. Spitzenreiter dieser Entwicklung werden ostdeutsche Städte wie Hoyerswerda (15,3 Prozent), Suhl (12,7 Prozent) und Dessau (12,1 Prozent) sein. Aber auch westdeutsche Städte wie Baden-Baden (10,8 Prozent) werden ihr Gesicht verändern. Kommunen mit diesem Trend müssen nach Auffassung der Bertelsmann Stiftung rasch umsteuern, weil beispielsweise durch den höheren Pflege- und Betreuungsaufwand altengerechte Wohn- und Infrastrukturangebote aufgebaut werden müssen.

### Steigende Kosten und mehr Bürokratie

In den einzelnen Bundesländern wird die Bevölkerungsentwicklung sehr unterschiedlich verlaufen. Bis zum Jahr 2020 wird sie in allen neuen Bundesländern und im Saarland um mehr als 2 Prozent abnehmen. Stabil bleiben (bei einer Schwankungsbreite zwischen -2 Prozent und +2 Prozent) wird

Produkt geht man von einem Wohlstandsverlust von 4,6 Billionen Euro aus. Diese Entwicklung, so Böllhoff, bringe enorme Risiken für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Gesellschaft. „Diejenigen aber, die sich heute bereits darauf einstellen und gemeinsam gut aufstellen, werden die Gewinner sein“, prognostizierte Böllhoff.

Produkt geht man von einem Wohlstandsverlust von 4,6 Billionen Euro aus. Diese Entwicklung, so Böllhoff, bringe enorme Risiken für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Gesellschaft. „Diejenigen aber, die sich heute bereits darauf einstellen und gemeinsam gut aufstellen, werden die Gewinner sein“, prognostizierte Böllhoff.

### Steigende Arbeitsnachfrage

Laut Studie wird die Arbeitsnachfrage vor allem in unternehmensnahen Dienstleistungen steigen, z. B. in Logistik, Beratung, Zeitarbeit. Ebenso im Gesundheitswesen, bedingt durch die alternde Bevölkerung. Weniger Menschen werden dagegen in den Branchen Handel, Verkehr sowie im öffentlichen Dienst beschäftigt sein. Auch die Industrie wird an Bedeutung als Arbeitgeber verlieren. Der Arbeitskräftemangel tritt dabei zunächst vor allem bei Akademikern auf, verstärkt bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern. Doch zunehmend werden auch andere Fachrichtungen und Berufsfelder davon betroffen sein.

### Wohlstandsverlust

Wie Böllhoff weiter ausführte, ermöglichten familienfreundliche Rahmenbedingungen und Infrastrukturen jungen Eltern eine umfassende Erwerbstätigkeit, erhöhten die Attraktivität einer Region für junge Arbeitskräfte vor und nach der Familiengründung und unterstützten die Bindung und den Zuzug junger Familien in der Region. Dadurch förderten sie die Bestandsentwicklung regionaler Unternehmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen durch Sicherung des Arbeitskräfteangebots, die Bedingungen für Gründungen durch Entlastung der Gründer im Familienleben, die nachhaltige Sicherung der Kaufkraft durch günstigere Bevölkerungsentwicklung und schließlich die Sicherung kommunaler Steuereinnahmen. **DK**

## Deutschland wird immer älter

Aber München trotz dem Trend - In Bayern große regionale Unterschiede bei insgesamt zunehmender Bevölkerung

Auf diesen Trend haben sich die Kommunen noch kaum eingestellt. Deutschland wird immer älter. Während im Jahr 2006 noch jeder zweite Bundesbürger jünger als 42 Jahre alt war, wird die Hälfte der Bevölkerung im Jahr 2025 älter als 47 Jahre sein – in den ostdeutschen Bundesländern sogar älter als 53 Jahre. Das zeigt eine neue Bevölkerungsprognose der Bertelsmann Stiftung für alle Kommunen ab 5000 Einwohnern. Dabei ergeben sich starke regionale Unterschiede. Was die Verjüngung der Bevölkerung betrifft, dürfte München als Boomtown Spitzenreiter bleiben.

„Unsere Analysen zeigen, dass sich das Leben und Zusammenleben in den Städten und Gemeinden durch den rasch fortschreitenden Alterungsprozess erheblich verändern wird“, sagte Johannes Meier, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, bei der Vorstellung der Bevölkerungsprognose 2025. Zwar sei das Bewusstsein für die Folgen des demographischen Wandels inzwischen deutlich gewachsen. Allerdings fehlten vielerorts immer noch kommunalpolitische Schlussfolgerungen aus dieser Entwicklung und überzeugende Handlungskonzepte.

### Verdoppelung der Hochbetagten

Besonders die Gruppe der älteren Menschen wird überproportional ansteigen. Bis 2025 wird die Zahl der über 80-Jährigen in Deutschland um 70 Prozent zunehmen. Damit verdoppelt sich der Anteil der Hochbetagten an der Gesamtbevölkerung nahezu und steigt auf über 8 Prozent. Spitzenreiter dieser Entwicklung werden ostdeutsche Städte wie Hoyerswerda (15,3 Prozent), Suhl (12,7 Prozent) und Dessau (12,1 Prozent) sein. Aber auch westdeutsche Städte wie Baden-Baden (10,8 Prozent) werden ihr Gesicht verändern. Kommunen mit diesem Trend müssen nach Auffassung der Bertelsmann Stiftung rasch umsteuern, weil beispielsweise durch den höheren Pflege- und Betreuungsaufwand altengerechte Wohn- und Infrastrukturangebote aufgebaut werden müssen.

In den einzelnen Bundesländern wird die Bevölkerungsentwicklung sehr unterschiedlich verlaufen. Bis zum Jahr 2020 wird sie in allen neuen Bundesländern und im Saarland um mehr als 2 Prozent abnehmen. Stabil bleiben (bei einer Schwankungsbreite zwischen -2 Prozent und +2 Prozent) wird

Produkt geht man von einem Wohlstandsverlust von 4,6 Billionen Euro aus. Diese Entwicklung, so Böllhoff, bringe enorme Risiken für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Gesellschaft. „Diejenigen aber, die sich heute bereits darauf einstellen und gemeinsam gut aufstellen, werden die Gewinner sein“, prognostizierte Böllhoff.

### Steigende Arbeitsnachfrage

Laut Studie wird die Arbeitsnachfrage vor allem in unternehmensnahen Dienstleistungen steigen, z. B. in Logistik, Beratung, Zeitarbeit. Ebenso im Gesundheitswesen, bedingt durch die alternde Bevölkerung. Weniger Menschen werden dagegen in den Branchen Handel, Verkehr sowie im öffentlichen Dienst beschäftigt sein. Auch die Industrie wird an Bedeutung als Arbeitgeber verlieren. Der Arbeitskräftemangel tritt dabei zunächst vor allem bei Akademikern auf, verstärkt bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern. Doch zunehmend werden auch andere Fachrichtungen und Berufsfelder davon betroffen sein.

### Familienfreundliche Rahmenbedingungen

Wie Böllhoff weiter ausführte, ermöglichten familienfreundliche Rahmenbedingungen und Infrastrukturen jungen Eltern eine umfassende Erwerbstätigkeit, erhöhten die Attraktivität einer Region für junge Arbeitskräfte vor und nach der Familiengründung und unterstützten die Bindung und den Zuzug junger Familien in der Region. Dadurch förderten sie die Bestandsentwicklung regionaler Unternehmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen durch Sicherung des Arbeitskräfteangebots, die Bedingungen für Gründungen durch Entlastung der Gründer im Familienleben, die nachhaltige Sicherung der Kaufkraft durch günstigere Bevölkerungsentwicklung und schließlich die Sicherung kommunaler Steuereinnahmen. **DK**

## Deutschland liest. Treffpunkt Bibliothek

Erste bundesweite Bibliothekswoche erfolgreich beendet  
Über 600 Veranstaltungen allein in Bayern

Vom „Tag der Bibliotheken“ und der Eröffnung der Aktionswoche im Rahmen der Auszeichnung „Bibliothek des Jahres“ an die Bayerische Staatsbibliothek München bis zur Abschlussveranstaltung in Leipzig stand ganz Deutschland eine Woche lang im Zeichen der Bücher und Medien. Mit über 4.500 Veranstaltungen und 15.000 Stunden Programm lockten große und kleine Bibliotheken mit Lesungen, Bibliotheksnächten, Gesprächsreihen und Mitmachaktionen zahlreiche Besucher an. Allein in Bayern fanden über 600 Veranstaltungen statt.

Von der kleinen Gemeindebücherei bis zur großen Staatsbibliothek – sie alle machten mit bei der ersten bundesweiten Bibliothekswoche unter dem Motto „Deutschland liest. Treffpunkt Bibliothek“. Eine Woche lang rückten sie mit außergewöhnlichen Präsentationen und Aktionen ihren Bücherschatz ins Rampenlicht.

Viele Bibliotheken luden zu langen Lesenächten ein, zum Beispiel die Stadtbibliothek Nürnberg. Zwei Bibliothekarinnen stellten dort auf unterhaltsame Weise ihre Buchliebhaber als Lesetipps vor. Auch die aktuelle Politik kam bei „Treffpunkt Bibliothek“ nicht zu kurz. So hieß es im Deutsch-Amerikanischen Institut in Nürnberg: „Acting Out – Obama vs. McCain“. Schauspieler ließen die bekanntesten Slo-

gans und Statements der beiden Kontrahenten im US-amerikanischen Wahlkampf zu einem Fest der wörtlichen Rede werden. Während in München eine Führung durch die Zentralbibliothek Am Gasteig, der größten kommunalen Musikbibliothek Deutschlands angeboten wurde, verwandelte sich in Grünwald die Gemeindebibliothek mit Erzählungen aus dem Morgenland, arabischer Musik und Bauchtanz in einen Orientalischen Basar. Passende Kostümierung war hierbei ausdrücklich erwünscht.

Unter dem Motto „Tisch und Tafel am Hofe des Markgrafen“ nahm die Schlossbibliothek Ansbach Besucher mit auf eine Zeitreise ins 18. Jahrhundert. Die Eintönigkeit des höfischen Tagesablaufs suchte man auch am Hof in Ansbach aufzulockern.

### Verband der Bayerischen Bezirke:

## Manfred Hölzlein als Präsident wiedergewählt

Bad Windsheim. Der niederbayerische Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein steht für weitere fünf Jahre an der Spitze des Verbandes der bayerischen Bezirke. Die Delegierten der konstituierenden Verbandsversammlung bestätigten ihn in Bad Windsheim im Amt des Verbandspräsidenten.

Zum 1. Vizepräsidenten des Verbandes der bayerischen Bezirke wurde der oberfränkische Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Franz Jungwirth an, der nicht mehr für dieses Amt kandidiert hatte. Als 2. Vizepräsidenten des Verbandes der bayerischen Bezirke wurde Fritz Körber aus Mittelfranken wieder gewählt.

auch die alten Bundesländer. So wird in Bayern die Zahl der Kinder im Primärstufenalter etwa in München um 21 Prozent zunehmen, während der Kreis Kronach 32 Prozent dieser Altersgruppe verlieren wird. Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich auch in Nordrhein-Westfalen ab: So kann Köln noch einen leichten Zuwachs von 5 Prozent verzeichnen, während der Kreis Höxter 27 Prozent seiner Bevölkerung im Primärstufenalter verlieren wird. Für die kommunale Infrastrukturplanung wird das erhebliche Folgen haben: beispielsweise Schulgebäude mieten statt neu bauen oder stärkere räumliche Kooperationen zwischen einzelnen Schulen eingehen.

### Trend zur Urbanisierung

Schließlich wird sich der Trend zur Urbanisierung deutlich verstärken. Dabei wird es in Ost- und Westdeutschland gegensätzliche Entwicklungen geben. Während Dresden (+ 8 Prozent), Potsdam (+ 7 Prozent) und Leipzig (+ 3,3 Prozent) Bevölkerungszuwächse verzeichnen, wird die Einwohnerzahl in Chemnitz (- 15 Prozent), Halle (- 12 Prozent), Rostock (- 8,6 Prozent) und Magdeburg (- 8 Prozent) deutlich abnehmen. In Westdeutschland bleiben München (+ 11,7 Prozent), Köln (+ 5,8 Prozent) oder Hamburg (+ 3,9 Prozent) Wachstumsstädte. Hagen (- 10 Prozent), Gelsenkirchen (- 10 Prozent) oder Wolfsburg (- 8,7 Prozent) werden schrumpfen.

(Ausführliche Hintergrundinformationen, Grafiken und Kurzberichte zum demographischen Wandel in allen Bundesländern sind im Internet unter [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de) oder [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de) zu finden). **dhg.**

## Deutschland liest. Treffpunkt Bibliothek

Erste bundesweite Bibliothekswoche erfolgreich beendet  
Über 600 Veranstaltungen allein in Bayern

Man speiste ausgiebig, gerne an verschiedenen Orten und repräsentativ. Anhand einschlägiger Texte wurde dieser spezielle Teil des Hofzeremoniells beleuchtet - zeittypische Schmankerl inklusive. In der Universitätsbibliothek Würzburg wiederum hieß es „Augen zu – Ohren auf“. Dort erklangen historische Originalaufnahmen bedeutender Schriftsteller und Philosophen.

Während Bernaus Bürgermeister Klaus Daiber in der Bücherei in bayerischer Mundart Geschichten von Ludwig Thoma und Leopold Kammerer las, ging in Teuschnitz eine Krimi-Nacht über die Bühne. Bayreuth machte sich auf eine literarische Reise durch die moderne Türkei und in Regensburg wurde aus Schriften von Joseph Ratzinger gelesen. Außerdem waren viele bekannte Autoren wie Tanja Kinkel in der Stadt- und Schulbücherei Gunzenhausen sowie Wladimir Kaminer in Dachau zu Gast.

Zufrieden zog die Vorsitzende des Deutschen Bibliotheksverbandes, Prof. Dr. Gabriele Beger, Bilanz: „Die Aktionswoche war ein voller Erfolg!“ **DK**

Kommunalfinanzierungen in der Finanzmarktkrise:

# Wie sich Spielregeln und Verhaltensweisen ändern

Von Direktor Stefan Wedel, Commerzbank AG, Frankfurt

**Welche Auswirkungen haben die Mechanismen der Finanzmarktkrise in Deutschland auf die Kommunalfinanzierungen? Welche Effekte und Folgen sind als Resultate für die Marktteilnehmer zu erwarten? Nachfolgend werden einige Auswirkungen prognostiziert.**

Die Finanzmarktkrise in Deutschland entwickelte sich seit Sommer 2007 und hat sich in den letzten beiden Quartalen 2008 noch deutlich verschärft. Zu den auslösenden Problemen der schwächelnden US-Immobilienbranche haben zuletzt im Inland auch die Konjunkturreinbrüche beigetragen. Nach der erfolgten Insolvenz einer US-Investmentbank kam zudem im Interbankengeschäft Misstrauen und Risikoaversion in Bezug auf gegenseitige Geldausleihungen auf. Die Bankenkrise eskalierte letztlich durch den Zusammenbruch des Interbankengeldhandels.

## Gekipptes Geschäftsmodell

Probleme bekamen insbesondere kommunale Spezialfinanzierungsinstitute, die aufgrund der sehr geringen kommunalen Finanzierungsmargen bei Kreditausleihungen an den Fristentransformationen der Refinanzierung zusätzlich verdienen mussten. Langfristig ausgeliehene Gelder wurden kurzfristig refinanziert. Dies funktionierte, solange Zinssätze für Kurzfristfinanzierungen unter Banken deutlich billiger waren als langfristige Finanzierungen. Doch genau diese Preisgestaltung drehte sich um und mit dem anschließenden Zusammenbruch des Interbankengeldhandels brach dieses Geschäftsmodell dann ebenfalls zusammen.

Kreditinstitute horten gegen-

wärtig offenbar ihre Liquidität lieber bei der Zentralbank, als sie kurzfristig rentierlich an andere Institute auszuliehen. Die Angst vor ausbleibender Rückzahlung steht im Vordergrund. Kreditinstitute in Deutschland befinden sich derzeit in den Finanzmarkturbulenzen in einer simultanen Störung mehrerer bedeutender Refinanzierungsmärkte. Dies betrifft neben dem Interbankenmarkt auch den Verbriefungs-, Devisenwap-, Pfandbrief- und Repomarkt. Zudem befinden sich diverse Institute in Schwierigkeiten bei der Aufnahme längerfristiger Refinanzierungsmittel, bestätigt die Deutsche Bundesbank.

## Null Prozent Zinsen bei Staatsanleihen

Jüngste Folge dieser Investorensuche nach risikoloser Geldanlage bei gleichzeitig vernachlässigtem Renditeinteresse ist die Tatsache, dass der US-Staat aktuell für kurzfristige amerikanische Staatsanleihen (vierwöchige „Treasury-Bills“) keine Zinsen zahlen muss. Die Versteigerung der T-Bills zu null Prozent Verzinsung war zudem mit 126 Milliarden Dollar Angebot vierfach überzeichnet, wie die US-Regierung am 9. Dezember mitteilte.

## Ratings für Kommunen

Solche extremen Effekte sind in Deutschland bis dato nicht zu

erwarten, aber die Kapitalmarkt-ergiebigkeit für Staatsfinanzierungen ist auch bei uns weiterhin enorm und ungebrochen, was die sinkenden Renditen des letzten Quartals im deutschen Anleihe-

markt beweisen. Gilt diese Liquidität des Marktes auch gegenüber Kommunen? Gelegentlich ist von der Sorge zu hören, dass die Krise diverser kommunaler Spezialfinanzie-



Stefan Wedel.

rungsinstitute und eine vermutete Zurückhaltung in Neukreditvergaben einzelner Marktteilnehmer zu Kreditengpässen bei kommunalen Kreditaufnahmen kommen könnte. Diese Sorge kann in der Praxis aber nicht bestätigt werden, da die Kommunalkreditvergabe ein wichtiger Bestandteil der Portfoliosteuerung bleiben wird. Kommunen werden sich aber zukünftig stärker an Prosperitätsaspekten wie z. B. demographische Entwicklung, Pro-Kopf-Verschuldung, durchschnittliches Familieneinkommen, Haushaltssituation oder auch Lebensqualität messen lassen müssen.

In der Folge werden Kommunalkreditvergaben zwar immer noch sehr günstige Konditionen besitzen, aber Kreditinstitute werden bei den Konditionen stärker diversifizieren. Kommunalratings, also individuelle Beurteilungen kommunaler Leistungsfähigkeiten, werden an Bedeutung gewinnen. Voraussetzendes Handeln der Manager des „Konzerns Kommune“ wird zukünftig durch Konditionioptimierung auch belohnt. Passivität kann jedoch auch zu

Zinsaufschlägen führen. In Finanzierungs- und Strategiegesprächen gegenüber Kreditinstituten werden ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklungsstrategien in der Region häufiger thematisiert werden. Konditionenspreizungen in Abhängigkeit der aufgezeigten Entwicklungsperspektiven und -strategien sind die absehbare Folge.

## Relationship und Kreditausschreibungen

Die Gefahr, dass in der Folge der Finanzmarktkrise einzelne Kämmerer nicht mehr zu Kommunalkreditaufnahmen gelangen könnten, besteht jedoch nicht. Gerüchte, dass die Kreditversorgung gegenüber Kommunen inzwischen gefährdet sei, entbehren jeder Grundlage. In der deutschen Wirtschaft sind bisher keinerlei Probleme durch restriktive Kreditvergaben im Zuge der Finanzmarktkrise erkennbar. Das derzeit etwas gedämpfte verlaufende Kreditwachstum im Inland ist fast vollständig auf traditionelle Einflussfaktoren wie sinkende Exportnachfrage und vor allem die verunsicherte bzw. pessimistische Erwartungshaltung der Marktteilnehmer zurückzuführen.

## Druck auf Konditionen

Eine Kommune und Gebietskörperschaft bleibt juristisch natürlich weiter insolvenzunfähig. Sinkende Angebotsvolumina auf der Seite der Kreditinstitute, insbesondere bei Spezialfinanzierern aus dem In- und Ausland, steigende grundsätzliche Einstandskosten des Liquiditätseinkaufs sowie stärkere Risikosensibilisierungen werden aber allgemeinen Druck auf die Konditionen ausüben. Solche Kommunen, die in der Vergangenheit stets den Preis als alleiniges Kriterium bei der Auswahl des Finanzierungsinstituts definiert haben, könnten durch den vorübergehenden oder dauerhaften Marktrückzug von Finanzadressen möglicherweise in ungewohnte Situationen geraten. Jahrelange Partnerschaften zwischen Kommune und Bank, die z. B. auch ohne konkreten Finanzierungsanlass von steter wechselseitiger Kommunikation und Meinungsaustausch geprägt sind, werden die Effekte der Finanzmarktkrise problemlos überstehen.

## Auswirkungen auf Public Private Partnership-Strategien

Was für die Kommunen in Bezug auf die Konditionenentwicklungen gilt, wird sich bei kommunalen Eigengesellschaften und Investoren im Infrastruktur-

bereich ebenso zeigen. Ratingprozesse, Transparenz in Bezug auf das Projektrisiko, sinkende Angebotsvolumina auf der Finanzierungsseite und gestiegene Ansprüche des Risikomanagements in Kreditinstituten werden die Finanzierungen von PPP-Modellen verteuern. Dies gilt unabhängig vom gewählten Finanzierungskonstrukt eines PPP-Beschaffungsverfahrens. Die in Deutschland üblichen Finanzierungsinstrumente von PPP-Modellen sind Leasing-Varianten, kommunale Forfaitierungslösungen und Projektfinanzierungen.

## Moderates Ansteigen der Finanzierungsmargen

In Bezug auf die Preisentwicklung bei Forfaitierungen mit kommunalnahen Konditionen gilt das bereits zum klassischen Kommunalkredit Gesagte. Die Finanzierungsmargen werden moderat steigen. Dieser Effekt ist ebenso bei Projektfinanzierungen unter nicht kommunalem Risiko erkennbar, jedoch deutlich verstärkt. Klassischerweise stehen die kommunalen Forfaitierung und der Projektfinanzierung in einem Wettbewerb.

## Entscheidungsgrößen

Entscheidungsgröße in Bezug auf die Umsetzung ist neben dem Projektvolumen – Projektfinanzierungen sind unterhalb von 30 Mio. Euro aufgrund der zusätzlichen Transaktionskosten für Fachanwälte und Gutachter oft nicht sinnvoll – die Frage der Risikoallokation. Nicht zuletzt durch einen intensiven Bankennettwettbewerb, der die Finanzierungsrisiken zugunsten des Ertragsdrucks in Teilen vernachlässigte, waren die Konditionenun-

terschiede bis zum Beginn der Finanzmarktkrise nicht besonders hoch. Warum sollte eine Kommune das Finanzierungsrisiko voll übernehmen (kommunale Forfaitierung), wenn sie es für rund 0,30 % p. a. Konditionenaufschlag auf den privaten Investor abwälzen konnte (Projektfinanzierung)? Dieser auffallend geringe Konditionen-Spread ist inzwischen vorbei.

## Kein Rückfall in alte Verhaltensmuster

Ein Rückfall der Kreditinstitute in alte Verhaltensmuster ist auch dann nicht zu erwarten, wenn sich die Lage am Finanzmarkt nachhaltig entspannt. Die im Zuge des staatlichen Banken-Rettungspakets gegründete Finanzmarktstabilisierungsanstalt SoFFin wird dies nicht gutheissen.

## Leasinglösungen

Am Markt ist derzeit eine verstärkte Nachfrage nach Leasinglösungen erkennbar. Leasinggesellschaften werden in der Finanzmarktkrise offenbar deutlicher als „Finanzdienstleister mit Zusatznutzen“ wahrgenommen. Der Leasingexperte erbringt erweiterte Leistungen in Bezug auf die Strukturierung der Finanzierung, als Makler für die Liquiditätsbeschaffung und beim Auswahlprozess des Refinanzierers. Diese Aufgaben überlassen Kommunen oder kommunale Eigengesellschaften im Sinne eines Outsourcings nun offenbar verstärkt den Leasingexperten.

Es bleibt festzuhalten, dass machbare PPP-Projekte, die vor der Finanzmarktkrise einen Finanzierer gefunden hätten, sicher auch aktuell finanzierbar sein werden, aber in einem Umfeld größeren Risikobewusstseins. □

## Beschleunigungsprogramm für Investitionen der Kommunen:

# Grünes Licht für zusätzliche Schulbaumaßnahmen

Zur Stabilisierung der Konjunktur in Bayern hat das Kabinett auf seiner Klausurtagung ein Beschleunigungsprogramm für Investitionen beschlossen. Wesentlicher Bestandteil dieses Programms ist die Beschleunigung von Unterstützungsmaßnahmen für die kommunale Hochbauförderung, die Finanzminister Georg Fahrenschon jetzt durch die Freigabe eines neuen Bauvolumens von 600 Millionen Euro umgesetzt hat. Fahrenschon hat zugleich in einem persönlichen Schreiben an Regierungspräsidenten die Regierungen mit der schnellstmöglichen Umsetzung der Baufreigabe beauftragt.

„Allen Gemeinden und Städten kommt zur Stabilisierung der Konjunktur eine Schlüsselrolle zu, weil sie den Großteil der öffentlichen Aufträge vergeben“, betonte Fahrenschon in München. „Ab heute können Gemeinden, Städte und Landkreise bayernweit für Bauvorhaben mit förderfähigen Kosten im Umfang von bis zu 600 Millionen Euro eine schnelle Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erhalten. Der Freistaat ermöglicht es damit seinen Kommunen, notwendige Bauvorhaben - von der Generalsanierung bis zum Neubau - sofort in Angriff nehmen.“ Der hierfür in den nächsten Jahren notwendige staatliche Fördermittelbedarf errechnet sich auf 210 Millionen Euro.

Nach dem Finanzausgleichsgesetz bezuschusst der Freistaat Bayern unter anderem Baumaßnahmen an Schulen, deren Sachaufwand durch die Kommunen zu tragen ist. Die Höhe der Förderung richtet sich dabei vorwiegend nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kommune.

„Viele Kommunen wollen möglichst schnell mit geplanten Schulbauprojekten beginnen.

Diesem Anliegen vieler Kommunalpolitiker kommt der Freistaat Bayern nun entgegen: Wir stellen schon heute einen Abschlag in Höhe von 600 Millionen Euro auf ein künftiges förderfähiges Investitionsvolumen zur Verfügung“, hob Fahrenschon hervor.

## Neuaufnahmeverolumina

Bis zu diesem Volumen können bayerische Kommunen nach Zustimmung der Regierung sofort zu bauen beginnen, also noch bevor sie einen Förderbescheid für ihre Baumaßnahme erhalten (sog. vorzeitiger Maßnahmebeginn). Die endgültige Festlegung der Neuaufnahmeverolumina erfolgt voraussichtlich im ersten Quartal des Jahres 2009.

## Signal der Stärke

„Ich bin zuversichtlich, dass wir mit dieser kommunalfreundlichen Entscheidung den bayerischen Gemeinden, Städten und Landkreisen bestmöglich dabei helfen, ihre dringlichen Investitionen zeitnah durchzuführen. Dies ist ein Signal der Stärke in der aktuellen Situation“, schloss Fahrenschon. □

## Minister Herrmann nach dem Urteil zur Pendlerpauschale:

# Jetzt gerechtes Steuerkonzept mit spürbaren Entlastungen!

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Urteil zur Pendlerpauschale dazu aufgefordert, jetzt ein stringentes gerechtes Steuerkonzept vorzulegen und selbst entschlossen Steuersenkungen anzugehen. „Der Gesetzgeber sollte mit Steuersenkungen nicht immer solange warten, bis ihn das Bundesverfassungsgericht – wie mit dem heutigen Entscheid zur Pendlerpauschale – dazu zwingt“, sagte Herrmann. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei schon mit dem Spruch des Bundesfinanzhofes im Januar dieses Jahres absehbar gewesen. „Der Gesetzgeber hätte sich nicht erst diese Watschn durch das Bundesverfassungsgericht abholen müssen.“

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sei ein klarer Hinweis, dass Bayern stets den richtigen Ansatz vertreten habe. Herrmann: „Die Bundesregierung sollte sich nunmehr unseren Vorschlägen für umfassende Steuersenkungen und für ein gerechtes Steuerkonzept nicht weiter verschließen.“

Das Bundesverfassungsgericht habe den Gesetzgeber nicht zum ersten Mal dazu verpflichtet, eine Neuregelung im Einkommensteuergesetz zu treffen, weil das Gesetz nicht mit dem Gleichheitssatz des Grundgesetzes vereinbar ist. Schon am 13. Februar 2008 habe das Gericht ähnlich beim Sonderausgabenabzug von Krankenversicherungsbeiträgen geurteilt. □

## Wirtschaftsminister Glos ändert Verteilungsschlüssel:

# Sondermittel des Bundes auch nach Bayern

Einschließlich Kofinanzierung mehr als 22 Millionen Euro für Infrastruktur-Maßnahmen

Im Rahmen des in Berlin beschlossenen Wachstumspaketes werden zusätzlich 200 Millionen Euro zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ von der Bundesebene bereitgestellt. Auf Initiative des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, werden diese Sondermittel je zur Hälfte auf alte und neue Bundesländer verteilt, so dass auch Bayern mit einem Anteil von insgesamt 11,2 Millionen Euro davon profitiert. Zusammen mit der Kofinanzierung des Freistaats stehen damit für die Jahre 2009 bis 2011 zusätzlich 22,4 Millionen Euro zur Förderung von regionaler Infrastruktur in Bayern zur Verfügung.

Nachdem die Mittel durch den Bund bereitgestellt wurden, entscheidet nun der Freistaat Bayern, welche Maßnahmen konkret gefördert werden. Neben dem bayerisch-tschechischen Grenzraum sind auch die unterfränkischen Landkreise Bad Kissingen, Rhön-Grabfeld und Hassberge als Fördergebiete ausgewiesen.

## Stärkung der regionalen Wachstumskräfte

Glos, der auf die rasche Einigung zur Verteilung auf die Bundesländer gedrängt hatte, verspricht sich von dem Sonderprogramm bundesweit einen Investitionsschub von bis zu 1,5 Milliarden Euro. „Die regionalen Wachstumskräfte in strukturschwachen Regionen werden damit in der gegenwärtigen Konjunkturlage zusätzlich gestärkt“, so der Minister.

Nur für die Sondermittel wird damit der reguläre Verteilungsschlüssel der Gemeinschaftsaufgabe, nach dem sechs Siebtel der GRW-Bundesmittel in die neuen Bundesländer einschließlich Berlin fließen, außer Kraft gesetzt. Der spezielle Verteilungsschlüssel für die 200 Millionen Euro des Sonderpro-

gramms stützt Wachstum und Beschäftigung in Ost und West gleichermaßen.

## Sonderprogramm mit besonderem Charakter

Glos zufolge spiegelt der Beschluss den besonderen Charakter des Sonderprogramms wider. Die zusätzlichen 200 Millionen Euro werden rasch und zielgenau im gesamten Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe eingesetzt werden können. Nun komme es darauf an, dass die Bundesländer den Beschluss in wachstumsorientierte Infrastrukturförderung und Investitionen umsetzen.

## Optimaler Hebel

Glos weiter: „Über die Kofinanzierung durch die Bundesländer, die ebenfalls insgesamt 200 Millionen Euro bereitstellen, wird ein optimaler Hebel für zusätzliche Investitionen erreicht. Gerade deshalb war eine schnelle Einigung über die Mittelverteilung so wichtig. Die regionalen Wachstumskräfte in strukturschwachen Regionen werden damit in der gegenwärtigen Konjunkturlage zusätzlich gestärkt.“ dhg.

# Sparkassen versorgen Mittelstand mit Kredit

Von Dr. Siegfried Naser,  
Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern

Das Geschäftsklima und die Wirtschaftsdynamik haben sich zwar zum Jahreswechsel hin auch in Bayern abgeschwächt. Doch es besteht Hoffnung, dass die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise die reale Wirtschaft nicht mit voller Härte treffen.

Noch bis in den Sommer hinein zeigte sich Bayern als Bollwerk gegen die in Gesamtdeutschland und auch in der EU bereits früher einsetzende rückläufige Wirtschaftsdaten. Im September drehte der „Geschäftsklima“-Indikator aber auch in Bayern.

## „Hort der Stabilität“

Nach einer vorübergehenden Aufhellung im Sommer beurteilt der Großhandel die Lage jetzt nur noch in mittleren Farbtönen. Negative Stimmen kommen auch aus dem Einzelhandel. Sichtbar verbessert errechnet sich allerdings das Geschäftsklima im Dienstleistungsgewerbe, trotz etwas weniger guter Urteile zur aktuellen Lage.

## Hoffnung für 2009

Die stabilisierenden Wirkungen der staatlichen Programme für die Finanzwirtschaft und für die Konjunktur geben Hoffnung, dass im Jahr 2009 die Talsohle durchschritten werden kann.

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass sich das dreigliedrige Bankenmodell in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bewährt. Die Sparkassen haben ihren Nimbus als „Hort der Stabilität“ ausbauen können.

## Solides Geschäftsmodell

Ihr solides Geschäftsmodell wird hoch geschätzt. Das Vertrauen in die Sicherheit der Geldanlagen fällt bei den Sparkassen gemäß einer GfK-Untersuchung vom Oktober 2008 mit Abstand am höchsten aus. 69 % der Deutschen sind der Meinung, dass das Geld bei der Sparkasse sicher angelegt ist.

Bei einer aktuellen Forsa-Un-

## Zinssenkung der EZB:

### Wichtiges Signal gegen drohenden Abschwung

„Die deutliche Zinssenkung von 75 Basispunkten auf 2,5 Prozent ist ein wichtiges Zeichen an die Märkte und hilft, merklich verbesserte Refinanzierungsbedingungen zu schaffen. Der Zinsschritt ist auch mit Blick auf den internationalen Zinszusammenhang wohl begründet“, so Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), anlässlich der Zinsentscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB).

So seien zuletzt auch in den USA und heute in Großbritannien die Leitzinssätze gesenkt worden. Die Eurozone habe im Vergleich der weltweit bedeutenden Zentralbanken immer noch den höchsten Leitzinssatz. „Damit besteht nach wie vor die Möglichkeit, bei weiter anhaltender Verminderung des Preisniveaus mit weiteren Zinssenkungen die wirtschaftlichen Auftriebskräfte zu stärken.“

Die EZB setze mit ihrer heutigen Entscheidung ein klares Zeichen zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Entscheidend sei jetzt, dass auf den Geldmärkten das Vertrauen für die Kreditvergabe unter den Banken gestärkt werde. □

tersuchung wird dies bestätigt. Bei der Frage „Bei welchem Kreditinstitut ist aus Ihrer Sicht Ihr Geld am sichersten?“ (nur eine Antwortmöglichkeit!) entscheidet sich über die Hälfte der Bevölkerung für die Sparkassen. Das ist ein enormer Vertrauens-Bonus für die Sparkassen-Finanzgruppe.

## Mehr Darlehenszusagen

Die konsequente Ausrichtung auf die mittelständische Wirt-

schaft ermöglicht es den Sparkassen, in diesem Umfeld einen konstruktiven Beitrag zur Kreditversorgung der heimischen Wirtschaft zu liefern.

Trotz der Meldungen über eine Abschwächung der Konjunktur verzeichneten die Sparkassen in Bayern eine deutliche Belebung der Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbstständige. Die Darlehenszusagen stiegen dabei in den ersten neun Monaten des Jahres 2008, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, um 6,6 Prozent oder, absolut gesehen, um 1,5 Mrd. Euro auf 7,2 Mrd. Euro.

## Keine Kreditklemme

Die Sparkassen verfügen über ausreichend Eigenkapital, um die Kreditvergabe an Unternehmen weiter auszudehnen. Wirtschaftlich sinnvolle Investitionen werden somit auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht an einer Finanzierung scheitern. Die Sparkassen haben damit die wirtschaftliche Entwicklung abgesichert. Sinnvolle ökonomische Vorhaben werden wir auch künftig mit Krediten versorgen. Von Kreditklemme kann nicht die Rede sein.

## Kompetente Partner

Dass sich kleine und mittlere Unternehmen gerade in Bayern verstärkt ausländischen Märkten zuwenden können, wird auch dadurch ermöglicht, dass sie in den bayerischen Sparkassen und der BayernLB kompetente Partner für dieses Geschäft finden. □

## Bayerische Sparkassen:

### Beratung über Stabilisierungskonzept BayernLB

Die 75 bayerischen Sparkassen und ihre Träger haben über das Konzept der bayerischen Staatsregierung zur Stabilisierung der BayernLB beraten. In einer außerordentlichen Verbandsversammlung diskutierten in Landshut rund 180 Landräte, Oberbürgermeister, Verwaltungsratsmitglieder und Sparkassen-Vorstandsvorsitzende und Sparkassen-Vorstandsmitglieder zusammen mit der Geschäftsleitung des Sparkassenverbandes Bayern und Vorständen der BayernLB über die Konsequenzen der Landesbank-Stabilisierung.

## Projektentwicklung

Abstimmungsergebnisse lagen bis Redaktionsschluss die-

ser Ausgabe noch nicht vor. Deutlich wurde, dass die Sparkassen unabhängig von möglichen Änderungen der Eigentümerstrukturen ihre Geschäftsverbindungen zur BayernLB intensivieren wollen. Dazu wird ein spezielles Projekt entwickelt.

## Tragfähiges Konzept

Ziel sei, so hieß es, für die BayernLB ein tragfähiges Konzept zu finden, das die Sparkassen in die Lage versetzt, als Marktführer im Privat- und Firmenkundengeschäft weiterhin die Kreditversorgung des bayerischen Mittelstandes sowie der Kommunal- und Privatkunden in den Regionen sicherstellen zu können. □



## Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – und liebt wie E.ON Bayern unsere Region!

Seit mehr als 100 Jahren liefern wir den Menschen in Bayern Strom, Erdgas und Wärme – an 365 Tagen im Jahr, 24 Stunden täglich. Wir engagieren uns für die Region und sind für alle Fragen rund um das Thema Energie gerne für Sie da.



Sparen Sie 150 Euro beim Strom – wertvolle Tipps finden Sie im EnergieSpar-Paket:

[www.eon-bayern.com/energiesparen](http://www.eon-bayern.com/energiesparen)

Mit Sicherheit faire Preise

e.on | Bayern

Kommunalforum der Kreis- und Stadtparkasse Hof:

## Sparkassen - zeitgemäßer denn je

Landrat Theo Zellner hebt Bedeutung für die mittelständische Wirtschaft hervor

Zahlreiche Bürgermeister und Kämmerer hatten sich zum zweiten Kommunalforum der Kreis- und Stadtparkasse Hof eingefunden. Im zweijährigen Turnus tauschen sich dort Politiker und Unternehmen über die Finanzierung kommunaler und regionaler Projekte aus. Heuer stand die Veranstaltung unter dem Motto „Kommune und Sparkasse als Partnerschaft verstehen und nutzen“.

Kompetente Referenten wie Jörg-Uwe Fischer, Bereichsleiter Erneuerbare Energien bei der deutschen Kreditbank, und Michael Schmitt von der Energant AG Bayreuth setzten sich in ihren Vorträgen mit erneuerbaren Energien bzw. der Energieberatung für Kommunen auseinander. Der Frage, wie kommunale Baumaßnahmen künftig zu finanzieren sind, widmete sich Dr. Martin Kornek von der Firma Bayerngrund. Dass nicht nur Energie gespart, sondern der Strom auch direkt vor Ort erzeugt werden kann, demonstrierte der Nailer Landwirt Wolfgang Matthes am Beispiel seines Hackstrichheizwerks.

Der Schwarzenbacher Bürgermeister Alexander Eberl berichtete wiederum davon, wie seine Gemeinde mit Unterstützung der Sparkasse ihre „Kinder- und Jugendstiftung“ ins Leben rufen konnte.

### Konservative Risikopolitik

Theo Zellner, Chamer Landrat und Präsident des Bayerischen Landkreistags, machte seinerseits „die Bedeutung der Sparkassen für die mittelständische Wirtschaft aus Sicht der Landkreise“ deutlich. Mit Blick auf die Finanzmarktkrise stellte er unmissverständlich fest, „dass die Sparkassen keine der beiden großen Krisen dieses Jahrzehnts

mit verursacht oder gefördert haben“ - im Gegenteil: „Die Sparkassen haben sich in beiden Krisen als ein Hort der Stabilität erwiesen.“ Sie seien es gewesen, die nach dem Zusammenbruch der New Economy-Blase in weitem Umfang die Finanzierung des Mittelstands sichergestellt haben und sie jetzt weiter sicherstellen. „Und sie sind es heute wieder, die der Bankenwelt das richtige Geschäftsmodell vorleben: Nah am Kunden, nah an der realen Wirtschaft, mit einer konservativen Risikopolitik.“

### Moderne Geschäftsmodell

Jetzt stelle sich heraus, „dass nichts so modern ist wie das Geschäftsmodell der Sparkassen“, fuhr Zellner fort. Vieles von dem, was zwischenzeitlich als modernes „Banking“ angesehen wurde, mit komplizierten Finanzmarktprodukten auf internationalen Kapitalmärkten jenseits von Kunden, gebe es jetzt faktisch nicht mehr.

Der Sparkassenverband sei im Jahr 2001 der erste Regionalverband gewesen, der das kommunale Eigentum an den Sparkassen anerkannt hat. Dies habe damals auch Kritik ausgelöst. Formulierungen aus dieser Zeit seien inzwischen in viele Ländergesetze eingegangen. Der enge Schulterschluss zwischen Kom-

mune und Sparkasse sei unverzichtbar, betonte der Landrat: „Gerade das kommunale Eigentum schützt die Sparkassen in Bayern, einem Land mit starken Kommunalpolitikern, vor mancher Anfechtung.“ An die Adresse der kommunalen Eigentümer gerichtet, meinte Zellner: „Die Leistung aus Leidenschaft besteht darin, kommunales Eigentum gemeinsam erfolgreich in die Zukunft zu führen. Das beinhaltet auch, dass Ihnen die Sparkassen nicht zu spekulativen Finanzgeschäften raten, bei denen sie dann hohe Verluste erleiden, während eine Bank, die mit ihrer Leistung aus Leidenschaft wirbt, dabei sehr gut verdient.“

### „Kommunale Sparkasse“

Gesellschaftspolitisch und politisch habe das Modell „Kommunale Sparkasse“ gesteigerte Anerkennung gefunden, hob Zellner hervor. Allgemein werde anerkannt, dass der Verbraucher infolge des harten Wettbewerbs in Deutschland bei der Auswahl von Bankdienstleistungen beste Bedingungen vorfindet. Zudem werde festgestellt, dass die Finanzverbände in Zeiten der Finanzkrise infolge ihrer Diversifizierung und aufgrund ihres realwirtschaftlichen Modells einen stabilisierenden Faktor für die Wirtschaft darstellen. Auch im kommunalen Bereich denke man allgemein teilweise wieder über die Rekommunalisierung zuvor privatisierter öffentlicher Dienstleistungen nach, insbesondere im Energiesektor.

### Umwandlung in Stiftungen

Das kommunale Sparkassenwesen gehöre auch zum verfassungsmäßig geschützten Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Kein Landesgesetzgeber könne daher das Modell „Kommunale Sparkasse“ gegen den Willen der Kommunen angreifen. Zellner: „In diesem Zusammenhang verstehe ich auch nicht den Ansatz des Sachverständigenrats, der in seinem Gutachten für die Bundesregierung vorschlägt, Sparkassen in Stiftungen umzuwandeln, wobei die Kommune bis zu 49 Prozent privates Kapital aufnehmen kann.“

Für Landkreise und Gemein-

den gehe es längst nicht mehr bloß darum, Geld in Pfandbriefen anzulegen, auf einem Festgeldkonto zu parken oder nach den Konditionen für Kommunalkredite zu fragen, stellte Zellner fest. In Deutschland habe man es mittlerweile mit einer neuen Generation von Bürgermeistern und Kämmerern zu tun, „die sich nicht scheuen, auch die Angebotspalette des privaten Banksektors zu erkunden“. Dies spiegelte sich in einer Erhebung aus dem Jahr 2005 wieder, wonach „die wachsende Bereitschaft der Kommunen, mit unterschiedlichen Kreditinstituten zusammenzuarbeiten, deutliche Spuren in der Marktanteilsstatistik hinterlassen hat“. Danach stellen die Sparkassen nur noch 14,8 Prozent und die Landesbanken 39,4 Prozent der Kredite an Gemeinden, Kreise und Städte zur Verfügung.

Hinzu kommt folgender Gesichtspunkt: Den Sparkassen sitzt in vielen Fällen nicht mehr die klassische Gemeinde als Verhandlungspartner gegenüber, sondern mehr eine Art „Gemeindekonzern“, wie der Chamer Landrat erläuterte. Die Verselbständigung einzelner kommunaler Aufgabenbereiche in Tochtergesellschaften (in der Regel in der Form der GmbH) und Kommunalunternehmen (als Anstalten des öffentlichen Rechts) schreie unaufhaltsam voran.

### Installation des „KKB“

Öffentlich-rechtlichen Kommunalunternehmen würden Betreiber-GmbHs nachgeschaltet. Stadt- und Gemeindegewerke in GmbH-Form gründeten wiederum Töchter, oftmals als KG. Ehemals biedere Beamte übten sich als Geschäftsführer dieser GmbHs nun in gewinnorientiertem Denken. Zellner: „Meines Erachtens hat die Sparkassenorganisation vor einigen Jahren den richtigen Weg eingeschlagen und mit der Installation des ‚KKB‘, also des Kommunalkundenbetreuers, eine gute Antwort auf diese neuen Herausforderungen gefunden.“

Die Sparkassen hielten ihren Schirm über den Kredit suchenden Mittelstand auch dann noch, wenn die private Konkurrenz ihn bereits zu klappert. Das mittelständische Gewerbe und der kreisangehörige Bereich seien aufs Engste miteinander verflochten. Zellner: „Wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, dass Sparkassen gemeinwohlorientiert denken und handeln und



Forumsgäste: Hof's Landrat Bernd Hering (3. v. l.) neben dem Chamer Landrat Theo Zellner (Mitte).

nicht dem shareholder value mit Gewinnmaximierungsstrategien opfern, hier ist er erbracht.“

### Auf Stärken vertrauen

Wie auch immer diese internationale Finanzkrise ausgehen mag – eines steht für Landrat Zellner schon heute fest: „Das Modell der rechtlich und wirt-

schaftlich selbstständigen kommunalen Sparkasse hat sich auch in dieser Krise bewährt und es wird diese Krise gut überleben. Das sollte uns allen weiterhin Mut und Zuversicht geben, auf unsere Stärken zu vertrauen, um das Modell ‚Kommunale Sparkasse‘ weiterhin erfolgreich gemeinsam in die Zukunft zu entwickeln.“

DK

### Stiftungsmanagement der Kreissparkasse Augsburg:

## „Zeit zu handeln“

Unter dem Motto „Zeit zu handeln“ will die Kreissparkasse Augsburg Bürgerinnen und Bürger im Raum Augsburg zum Stiften anstiften. Dazu stellte sie im Rahmen einer Auftaktveranstaltung ihr neues Kompetenzzentrum „Nachlass- und Stiftungsmanagement“ vor. Zur Vortragsveranstaltung kamen rund 400 Kunden und Gäste in die Stadthalle Gersthofen.

Habisch, Lehrstuhlinhaber für Christliche Sozialethik und Gesellschaftspolitik an der Katholischen Universität Eichstätt, thematisierte das bürgerschaftliche Engagement durch Stiftungen. Er verwies darauf, dass das klassische Spendenwesen nur kurzfristig helfe, z. B. beim Sponsoring von Kulturveranstaltungen. „Stiften dagegen kann langfristig viel bewegen.“ Gefragt sei kontinuierliches Engagement, aber „bitte nicht nach dem Gießkannenprinzip!“ Habisch betonte, dass Stiftungen professionelle Bildungs- und Gesundheitspolitik betreiben und in der Öffentlichkeit als Geldgeber wahrgenommen werden. „Letztendlich können und wollen sie den Staat aber nicht aus seiner Lastverantwortung entlasten.“

### Tendenz steigend

Stiftungen in Augsburg haben Tradition, erklärte Manfred Stöckl, Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Augsburg: der Fuggerstiftung von 1521 folgten bald weitere. Heute nimmt die Stadt unter den bundesdeutschen Städten mit der größten Stiftungsdichte Platz 13 ein: Knapp 44 Stiftungen kommen hier auf 100.000 Einwohner. Auch der Regierungsbezirk Schwaben kann sich sehen lassen. Er zählte Ende 2007 461 Stiftungen (ohne die Kirche), wobei allein im letzten Jahr 30 neue gemeinnützige Stiftungen mit einem Stiftungskapital von 18 Mio. € gegründet wurden.

Die Tendenz sei auch weiterhin steigend, freute sich Stöckl. „Mit rund 16.000 Stiftungen bürgerlichen Rechts ist Deutschland „Europameister im Stiften“. Allein 2007 wurde mit 1134 Neugründungen erstmals die 1.000er Marke übersprungen, was einem 26-prozentigen Anstieg entspricht.“

Stiften sei nicht mehr allein die Sache von Multimilliardären. Auch Menschen mit kleinerem Vermögen haben verschiedene Möglichkeiten, sich in Stiftungen zu engagieren. Treibende Kraft sei das Bedürfnis, anderen ein schweres Schicksal erträglicher zu machen, Not zu lindern oder dort zu helfen, wo es nötig ist. Nicht selten handelt es sich bei Stiftern um kinderlose Personen, oder um Unternehmer, denen ein geeigneter Erbe bzw. Nachfolger fehlt.“

Neben den vier selbstverwalteten Stiftungen der Kreissparkasse (Zukunft, Bürgerstiftung Augsburg Land, Bunter Kreis und

Klinikum; Spende oder Zustiftung bereits ab 1 €) sind im Rahmen der neuen Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Augsburg Engagements ab 25.000 € möglich. Individuell zugeschnittene Lösungen finden sich bei der individuellen Treuhandstiftung (ab 100.000 €) oder einer selbstständigen Stiftung (ab 500.000 €). Bemerkenswert findet der Banker, dass „Wohltäter der neuen Generation zunehmend zu Lebzeiten stiften“.

Wer mit einer Stiftung dauerhaft Gutes tun wolle, der sollte auf individuelle Beratung und ein professionelles Stiftungsmanagement nicht verzichten, so Stöckl. Mit ihrem neuen Kompetenzzentrum „Nachlass- und Stiftungsmanagement“ unter der Leitung von Holger Carstens steht die Kreissparkasse dabei als erfahrener Partner zur Seite. Spezialisten zeigen Wege auf von der Gründungsphase über die Etablierung des Stiftungsanliegens bis zur Verwaltung des Stiftungsvermögens und bringen Klarheit in eine rechtlich und steuerlich durchaus komplexe Materie.

### Kreativität ist gefragt

Nachdem Fernsehjournalist Ulrich Wickert über die Sehnsucht nach verlässlichen Werten referiert hatte, dankte Horst Erhardt, Geschäftsführer des beta instituts und Gründungsmitglied des Bunten Kreises, der Kreissparkasse für ihr Engagement beim Bunten Kreis. Seit seiner Gründung 1992 sind neun Stiftungen mit einem Kapital von 1,4 Mio. € entstanden.

Erhardt betonte, dass bei der Finanzierung sozialer Projekte zukünftig ein „Drittelmix“ aus öffentlicher Hand, Wirtschaft und Bürgerengagement eine wichtige Rolle einnehmen werde. Viele Projekte wie z. B. das Präventionsprogramm „Papilio“, das Kleinkinder gegen die Entwicklung von Sucht und Gewalt schützen will, werden schon heute nicht mehr aus der öffentlichen Hand finanziert. Da sei Kreativität bei der Finanzierung und natürlich auch Bürgerengagement gefragt.

Papilio profitiert von einer Ausschüttung der Stiftung Zukunft in Höhe von 5.000 Euro. Bereits seit Mitte 2006 setzt sich die Kreissparkasse zusammen mit der betapharm Stiftung dafür ein, dass das Programm flächendeckend im Landkreis Augsburg eingeführt wird.

dsp

### Feuersozietät Berlin:

#### Barbara Schick ist neues Vorstandsmitglied

München/Berlin. Barbara Schick (48) wird stellvertretendes Vorstandsmitglied der Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG und der Öffentlichen Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG, beides Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer Bayern. Die Aufsichtsräte der Unternehmen haben Barbara Schick zum 1. Januar 2009 offiziell berufen. Sie verantwortet das Ressort Leben, Komposit Privat, Schaden und IT. Die Juristin ist seit 1991 in leitenden Positionen für den Konzern Versicherungskammer Bayern tätig – zuletzt als Leiterin der Hauptabteilung öffentlich-rechtliche Kunden. Barbara Schick ist Nachfolgerin von Klaus Vangerow, der ab 1. Januar 2009 als Sprecher der Geschäftsführung der GaVI Gesellschaft für angewandte Versicherungs-Informatik mbH tätig sein wird.

LEW

Lechwerke



DIE LECHWERKE DANKEN IHNEN FÜR IHRE TREUE IM JAHR 2008 UND WÜNSCHEN IHNEN EINEN GUTEN START INS NEUE JAHR.

VORWEG GEHEN

# Landesbausparkasse erwartet zweitbestes Neugeschäft

260.000 neue Bausparverträge abgeschlossen / Riesterförderung gibt Impulse

München. Bausparer können in der Finanzkrise gelassen bleiben, sie brauchen sich keine Sorgen um ihre Einlagen zu machen. Diese Zusage gab Franz Wirmhier, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern bei der Jahresabschluss-Presskonferenz in München. Der durch die Krise verstärkte Trend zur Sicherheit beim Vermögensaufbau trage dazu bei, dass das Institut 2008 mit voraussichtlich 260.000 Bausparverträgen über eine Summe von 7,2 Milliarden Euro das exzellente Absatzniveau des Vorjahres noch einmal toppen werde. „Wenn unsere Prognose eintrifft, werden wir 2008 das zweitbeste Neugeschäft unserer Firmengeschichte erreichen“, erklärte Wirmhier.

Dabei profitiert der Marktführer in Bayern vom Sicherheitsdenken und der zunehmenden Sparneigung der Kunden. Hinzu kommt ein Sondereffekt durch Veränderungen bei der Wohnungsbauprämie, die im neuen Jahr in Kraft treten. Die Sparquote wird 2008 auf über 11 Prozent steigen und damit auf dem höchsten Stand seit 1994 liegen. Die anhaltend starke Bausparneigung wird nach Wirmhier außerdem getragen durch den Modernisierungsbedarf im Wohnungsbestand. Zahlreiche Haushalte würden mit einem Bausparvertrag Vorsorge für energetische Sanierungsmaßnahmen treffen.

## Schlüssel zum Erfolg

In den letzten Wochen und Monaten hat sich nach Aussage der LBS das Umfeld für die Branche in einer nie gekannten Dimension und Geschwindigkeit verändert. Zugleich gebe es eine erstaunliche Rückbesinnung auf die traditionellen Aufgaben von Kreditinstituten. Das bewährte System des Bausparens sei der wichtigste Schlüssel zum Erfolg. Weil es zu einer soliden Eigenkapitalbildung und zu zinsicheren Wohnbaudarlehen führe, sei es gerade wieder besonders aktuell. „Mit Bausparen wäre die Katastrophe der amerikanischen Eigenheimbesitzer und Wohnbaufinanzierer nicht passiert“, betonte Wirmhier.

Erfreulich gut laufen, so die LBS, auch die Finanzierungen. Mit einer Summe von 670 Millionen Euro werden 2008 rund 20 Prozent mehr Bauspardarlehen ausbezahlt als im Vorjahr. Die ge-

## Ergebnis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung:

# Kunden schätzen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken haben die zufriedensten Kunden aller bayerischen Bankengruppen. Das ergab eine repräsentative Befragung, die das Marktforschungsinstitut GMS (Hamburg) im Auftrag des Genossenschaftsverbands Bayern unter 1.008 Personen über 18 Jahren im Freistaat durchgeführt hat.

53 Prozent aller Stammkunden von Genossenschaftsbanken bewerten die Sicherheit von Geld und Anlagen bei ihrer Hausbank mit ausgezeichnet oder sehr gut. 40 Prozent halten sie für gut. Deutlich schlechter beurteilen dagegen die Stammkunden von Sparkassen (ausgezeichnet/sehr gut: 38 Prozent) und Geschäftsbanken (ausgezeichnet/sehr gut: 33 Prozent) ihre Hausbanken.

Sicherheit gibt Vertrauen und schafft Treue. Bei den Stammkunden von Genossenschaftsbanken zeigt sich, dass nahezu drei Viertel der Kunden ihre Bank sicher oder sehr wahrscheinlich erneut auswählen würden. Wesentlich schwächer ist die Treuebindung bei Kunden von Sparkassen und Geschäftsbanken ausgeprägt. Nur 61 Prozent der Sparkassenkunden würden ihr Institut erneut auswählen. Bei den Kunden der Geschäftsbanken liegt der Anteil lediglich bei 50 Prozent.

Wer mit seiner Bank zufrieden ist, empfiehlt sie auch gerne weiter. Das gilt insbesondere für die Kunden der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken.

samen Kapitalauszahlungen werden mit 2,24 Milliarden den Vorjahreswert um über 14 Prozent übertreffen. Vom Wohnungsneubau werden nach Wirmhier keine positiven Impulse ausgehen. Von Januar bis September sei die Zahl der Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser in Bayern im Jahresvergleich um acht Prozent auf 13.392 zurückgegangen. Der Handel mit Eigenheimen aus dem Bestand laufe dagegen gut.

## Impulse für das Neugeschäft

Von der neuen Riester-Förderung für Bausparen und Wohneigentum verspricht sich die LBS erhebliche Impulse für das Neugeschäft. Mit der rückwirkend zum 1. Januar 2008 erfolgten Integration des Wohneigentums in die staatlich geförderte Altersvorsorge können die Riester-Zulagen und Steuervorteile nun auch für den Bau, den Kauf oder - zu Beginn der Auszahlungsphase - für die Entschuldung der eigenen Immobilie verwendet werden. Der Bausparvertrag wird als Altersvorsorgeprodukt staatlich anerkannt.

Bereits seit Ende Juli hatte die LBS Bayern Bausparverträge mit Riester-Option angeboten. Nachdem die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Riester-Produkte der LBS Bayern Anfang November zertifiziert hatte, wurden die Optionsverträge kostenfrei auf die zertifizierten Tarife umgestellt.

Jeder Sparer, der noch in diesem Jahr vier Prozent seines Brutto-Vorjahreseinkommens abzüglich der ihm zustehenden Riester-

Prämien auf einen geförderten LBS-Bausparvertrag einzahlt, erhält schon für 2008 die vollen Zulagen. Gefördert werden Spar- und Tilgungsleistungen bis zu einem Maximalbetrag von jährlich 2.100 Euro (abzüglich der Zulagen). Jeder Förderberechtigte bekommt eine Grundzulage von 154 Euro im Jahr. Zusätzlich erhält er jährlich 185 Euro je Kind. Ist ein Kind 2008 oder später geboren, erhöht sich dieser Betrag auf 300 Euro.

## Zur Umfrage

Zielgruppe der Befragung war die voll geschäftsfähige, d.h. erwachsene, in Privathaushalten lebende Bevölkerung ab 18 Jahren in Bayern. Die Zielpersonen wurden auf der Basis einer mehrstufig geschichteten Zufallsstichprobe ausgewählt. Auf jeder der Auswahlstufen (Gemeinde, Haushalt, Zielperson im Haushalt) wurde streng das Zufallsprinzip angewandt, so dass die Stichprobe ein getreues Abbild der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung ab 18 Jahren widerspiegelt. Die Feldarbeiten fanden in der Zeit vom 6. bis 10.10.2008 statt. Insgesamt wurden 1.008 Interviews durchgeführt. Mit der Umfrage war die GMS Dr. Jung GmbH für Markt- und Sozialforschung Hamburg beauftragt. □

Zudem kann man die Altersvorsorgebeiträge von der Steuer absetzen. Für Bausparer, die zu Beginn des Beitragsjahres das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, gibt es einen einmaligen Einsteigerbonus in Höhe von 200 Euro. Die Förderung ist nicht an Einkommensgrenzen gebunden. Alle Arbeitnehmer und eine Reihe weiterer Berufsgruppen können die Vorteile in Anspruch nehmen.

Fördermechanismen

„Die Fördermechanismen führen zu mehr Eigenkapital, weniger Kreditbedarf, weniger Tilgungsaufwand - und zum Wegfall der Mietbelastung im Alter“, betonte Wirmhier. Wer sie nutze, komme noch schneller und sicherer in die eigenen vier Wände. Für viele Bürger, die sich Wohneigentum bisher finanziell nicht zutrauen, könnten die neuen Fördermöglichkeiten sogar der entschei-

## Fördermechanismen

den Antriebs sein, den Schritt zu wagen.

## Enorme Dimensionen

Wirmhier verdeutlichte an Hand von Beispielen, dass die Förder Vorteile enorme Dimensionen annehmen können. Sowohl bei der Finanzierung als auch bei der Entschuldung selbst genutzter Immobilien sind demnach Beträge von mehreren zehntausend Euro zu erzielen. „Die nachgelagerte Besteuerung der geförderten Spar- und Tilgungsleistungen im Ruhestand ist dagegen ein Klacks“, erklärte der LBS-Chef. Beispielrechnungen, die das belegen und unterschiedliche persönliche Voraussetzungen (wie Haushaltstyp, Einkommen und Alter) individuell berücksichtigen, bietet die LBS im Internet unter [www.eigenheim-renten-rechner.de](http://www.eigenheim-renten-rechner.de). Das Online-Programm ermittelt auch die ersparte Miete im Alter - für mehr als 12.000 Standorte in Deutschland.

## Neugeschäftsniveau von 2008 soll auch 2009 erreicht werden

Wirmhier äußerte sich begeistert über die Möglichkeiten der neuen Förderung. Bis Ende des Jahres erwarte die LBS Bayern rund 8.000 Abschlüsse in Riester-Tarifen. Für 2009 geht die Geschäftsleitung davon aus, dass etwa 15 bis 20 Prozent der vermittelten Verträge Riester-gefördert sein werden. Wirmhier: „Etwa 30 Prozent der Riester-Verträge werden wir nach unseren Schätzungen mit jungen Leuten unter 25 Jahren abschließen. Insgesamt planen wir ein Neugeschäft auf dem Niveau von 2008.“ E. Scholl

## Kommunale Sachversicherung:

# Schutz für Gebäude und Inventar

Die Aufgaben von Kommunen sind vielfältig und anspruchsvoll. Beispielsweise bauen und verwalten sie öffentliche Gebäude wie Kindergärten, Schulen, Sporthallen und Amtsstuben. Daraus erwächst eine große Verantwortung, diese Einrichtungen für die Bürger zu bewahren, denn schnell kann ein Sturm oder Feuer sie beschädigen oder zerstören.

Kommunale Gebietskörperschaften sollten sich daher gegen vielfältige Risiken absichern. Eine Sachversicherung etwa bietet Schutz vor den finanziellen Folgen eines Schadens, verursacht durch Feuer, Leitungswasser, Sturm und Hagel, Elementargefahren sowie Einbruchdiebstahl oder Glasbruch.

Neu bei der Kommunalen Sachversicherung der Versicherungskammer Bayern ist, dass nicht mehr Einzelverträge gegen jede dieser Gefahren abgeschlossen werden müssen, sondern alle Gebäude- und Inventarversicherungen in einem Rahmenvertrag zusammengefasst werden können. Das hat den Vorteil, dass ein Gesamtkontrakt mit einheitlichem Bedingungsnetzwerk für alle Gebäude und mitversichertes Inventar besteht. Dies ermöglicht ein hohes Maß an Übersichtlichkeit und Transparenz und reduziert damit den Verwaltungsaufwand sowohl für das Versicherungsunternehmen als auch für die Kommune.

Die Versicherungskammer Bayern bietet nicht nur umfassenden Versicherungsschutz, sondern auch eine umfassende Beratung, etwa in allen Fragen des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes, zum technischen Umweltschutz, der Anlagensicherheit oder zum Schutz gegen Einbruchdiebstahl. Sie hilft so den Kommunen, Gefahrenquellen zu erkennen und Präventionsmaßnahmen zu ergreifen, bevor ein Schaden entstehen kann.

Gegen manche Risiken können auch die besten Vorsichtsmaßnahmen nichts ausrichten. Im Fall

eines Schadens trägt die Kommunale Sachversicherung der Versicherungskammer Bayern etwa zusätzlich die Kosten für Aufräumungs-, Absper- und Abbrucharbeiten. Kommt es in einem Eigenbetrieb zu einer Betriebsunterbrechung - beispielsweise nach einem Brand in einer Bäckerei - ist dieser Einnahmeausfall im Rahmen der Kommunalen Sachversicherung bis 5.000 Euro kostenfrei mitversichert. Bei höheren Einnahmen kann eine individuelle Versicherungssumme vereinbart werden. □



Das gab es in den vergangenen 26 Jahren noch nie: Ein Schülerteam der Kreissparkasse Augsburg stellt beim Planspiel Börse den europäischen Herbstmeister. Die sechs Kollegiaten der 12. Jahrgangsstufe des Gymnasiums Königsbrunn wurden auf dem Bayerischen Börsentag gekürt. Mit einem Depotwert von 115.077,96 Euro führte die Schülergruppe „sowohl-als-beraubt“ zur Schlussabrechnung am 31. Oktober nicht nur die bayerische Siegerliste an, sondern auch die bundesdeutsche und europäische. Mit den erfolgreichen Jung-Börsianern Paul Savin und Fabian Lang vom Gymnasium Königsbrunn (2. und 3. v. l.) freuen sich: Gamze Miozga, Referentin Sparkassenverband Bayern, Hans G. Lindner, Herausgeber des Anlegermagazins Börse Online, Matthias Übelhack von der Kreissparkasse Augsburg sowie Holger Zechmann, Börse München (v. l.). □

## 100 Jahre Sparkasse in Dorfen:

# Für die Zukunft gut gerüstet

Seit bereits 100 Jahren ist die Sparkasse Dorfen zuverlässiger Partner der Bürger und Geschäftsleute. Im Jubiläumsjahr wartete das Geldinstitut mit einer Reihe von Veranstaltungen und Aktionen auf, die begeisterten Zuspruch fanden. Dazu gehörte neben dem Beach-Cup in der „Sparkassen-Arena“, der im Rahmen der Gewerbeschau Dorfen stattfand, auch ein Fußball-Erlebnistag mit dem ehemaligen Profispieler des TSV 1860 München, Harald Czerny. Ein Höhepunkt des Jubiläumsjahres und gleichzeitig krönender Abschluss war die Ausstellung „Zeitreise“, die 100 Jahre Sparkasse in Dorfen für einige Momente wieder lebendig werden ließ.

Vorstandsvorsitzender Willy Neupärtl würdigte im Rahmen der Ausstellung die Bedeutung des Kreditinstituts für die Stadt. Die Zahlungsmittel, so Neupärtl, hätten sich im Laufe der Zeit geändert. Das zeitgemäße Motto „aus der Region, für die Region“ aber sei stets gleich geblieben.

Das Jubiläum 100 Jahre Sparkasse in Dorfen finde in bewegten Zeiten statt, fuhr der Vorsitzende fort, befänden sich die internationalen Finanzmärkte doch in einer Vertrauenskrise. Dass die Sparkassen hiervon nicht direkt betroffen seien, zeige, „dass sich unser Geschäftsmodell bewährt hat“.

## Fortschritt in der Region

Neupärtl verwies darauf, dass der Sparkassenleiter früher oft im Hauptamt noch kommunaler Verwaltungsbeamter gewesen sei und seine Aufgabe als Ehrenamt ausgeführt habe. Im Vordergrund seien erste Kredite an Handwerker und Gewerbetreibende gestanden, die so die Möglichkeit erhielten, selbstständig zu arbeiten und erstmals einen Mittelstand zu bilden. Auch richtete man das Augenmerk auf die Finanzierung des

Fortschritts in der Region, sprich Kommunalkredite für sauberes Trinkwasser, Kanalisation, Straßenbau und Elektrifizierung der Straßenbeleuchtung.

## Sicherung der Arbeitsplätze

Unverändert bis heute sei, dass die Sparkasse weiterhin flächendeckend kreditwirtschaftliche Leistungen bietet, während sich die privaten Banken aus der Fläche zurückgezogen haben, bemerkte Neupärtl. Die Sparkasse Erding-Dorfen finanziere rund 40 Prozent des Mittelstands und des Handwerks sowie nahezu jede zweite Existenzgründung im Geschäftsgebiet. Damit würden die regionalen Wirtschaftsstandorte mit modernen Technologien gefördert und deren Zukunft und die Arbeitsplätze gesichert.

Dass die Sparkasse Erding-Dorfen mit ihrem Geschäftsmodell auch für die nächsten 100 Jahre gut gerüstet ist und zusammen mit ihren Eigentümern eine gute wirtschaftliche Entwicklung der Region und der in ihr lebenden Menschen gewährleisten wird, davon zeigte sich der Vorstandsvorsitzende überzeugt. DK



**Bayerische Landessiedlung**  
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU  
KOMMUNALE ENTWICKLUNG  
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



**Baulandbeschaffung**  
mit Baureifmachung, Erschließung und Bodenordnung

Bayerische Landessiedlung GmbH  
Franziskanerstraße 14 - 81669 München  
Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99  
info@bls-bayern.de

Obersees, Oberfranken  
Umfeldplanung u. integriertes  
Entwicklungskonzept der Thematik

[www.bls-bayern.de](http://www.bls-bayern.de)

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Durch falsch verbuchte Abschlagszahlungen und US-Bewertung:

## Ernstere Probleme für die Bauwirtschaft

Auch Kommunen können tangiert sein / „Bilanzpapst“ Küting: Fair-Value-Prinzip Hauptursache der Finanzmarktkrise

Wenn ein Unternehmen bilanziert, ist das mehr, als nur vorhandene, feststehende Positionen in eine Ordnung zu einander zu bringen. Es geht darum, als was die einzelnen Positionen wirtschaftlich anzusehen und wie sie zu bewerten sind. Unterschiede, die dabei gemacht werden, können zu unbedeutenden, aber auch zu sehr schwerwiegenden wirtschaftlichen Konsequenzen bis hin zur Insolvenz eines Unternehmens führen. Auf zwei Bilanzierungsprobleme haben jetzt vor der Presse in München Prof. Thomas Bauer, Vorstandsvorsitzender der Bauer AG in Schrobenuh und Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, sowie Prof. Karlheinz Küting, Direktor des Instituts für Wirtschaftsprüfung an der Universität Saarbrücken, eindringlich aufmerksam gemacht.

Im ersten Fall geht es um die korrekte Verbuchung von erhaltenen Abschlagszahlungen, im zweiten Fall um die drohende Gefahr, dass das US-amerikanische Fair-Value-Prinzip zum bestimmenden Rechnungslegungsprinzip in Deutschland wird. Küting sieht in diesem Fair-Value-Prinzip eine Hauptursache für die aktuelle Finanzmarktkrise, „die es mit der ‚alten‘ deutschen HGB-Rechnungslegung nie gegeben hätte.“ Die angesprochenen Probleme dürften auch für Kommunen hinsichtlich der Betrachtung und Bewertung von Bilanzen außenstehender Baufirmen, von Immobilienfirmen und auch von Eigenbetrieben von Relevanz sein.

### Eigenkapitalquote

Zunächst zum Problem der erhaltenen Abschlagszahlungen und Langfristfertigkeiten. Sie haben in der Bauwirtschaft sowie im Anlagen- und Maschinenbau nicht nur eine hohe praktische Bedeutung, sondern auch große bilanzielle Auswirkungen bei der Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie bei den damit im Zusammenhang stehenden Unternehmensfinanzierungen. Besonders deutlich

wird dies bei der Feststellung der in vielerlei Hinsicht, zum Beispiel bei der Kreditgewährung, so wichtigen Eigenkapitalquote eines Unternehmens, die durch die Art der Verbuchung von erhaltenen Anzahlungen gravierend verändert werden kann.

### Pure Verweigerung

Auf die damit zusammenhängenden, besonders für kleine Unternehmen oft Existenz bedrohenden Probleme weist der in Deutschland als Bilanzpapst bekannte Küting mit Nachdruck hin. Selbst die Bundesbank, so der Saarbrücker Professor, habe lange Jahre die hier angesprochenen Probleme nicht erkannt, inzwischen sich aber überzeugen lassen und ihre Meinung zu diesem Problem geändert. Als Folge der langjährigen Haltung der Bundesbank aber gebe es in Deutschland noch immer Banken, „nicht zuletzt in Sparkassen-Kreisen“, die sich bei der Bilanzprüfung zur Kreditvergabe den inzwischen weitgehend unbestrittenen Erkenntnissen verweigerten.

Im Prinzip geht es darum, ob eine erhaltene Anzahlung auf der Passivseite der Bilanz verbucht wird (Bruttoausweis), was

die Bilanz verlängert und dadurch die Eigenkapitalquote, also das Verhältnis von Eigenkapital zu Bilanzsumme, mindert, oder ob die erhaltene Anzahlung auf der Aktivseite der Bilanz mit dem Posten Vorräte/unfertige Leistungen saldiert wird (Nettoausweis), was dann auf der um den Posten erhaltene Anzahlungen entlasteten Passivseite zu einer höheren Eigenkapitalquote führt. Eine höhere Eigenkapitalquote aber verbessert erheblich die Chancen, Kredite zu bekommen.

### Benachteiligte Branchen

„Das Totrechnen der Bauwirtschaft durch einige Bilanzanalysten muss eine Ende haben“, fordert „Baupräsident“ Bauer hinsichtlich der bilanziellen Behandlung erhaltener Abschlagszahlungen. Mit ihm stimmt „Bilanzpapst“ Küting überein: „Eine sachgerechte Bilanzanalyse ist nur möglich, wenn vorher die Posten erhaltene Abschlagszahlungen und Unfertige Leistungen saldiert werden.“ Die bilanzielle Behandlung erhaltener Abschlagszahlungen sei, so beide Experten, von großer Bedeutung für die Bauindustrie, aber auch für den Anlagen- und Maschinenbau. Klassische Beispiele seien Werften und Flugzeugbauer. Lange Zeit seien diese Branchen durch die Passivierung erhaltener Abschlagszahlungen bei Kreditvergabeentscheidungen und auch bei der Beurteilung durch die Deutsche Bundesbank benachteiligt worden.

### Bruttobetachtung

Die Gründe für die Bruttobetachtung beider Bilanzposten (erhaltene Anzahlung sowie unfertige Leistungen) seien im Missbrauch des handelsrechtlichen Wahlrechtes in der Vergangenheit zu sehen. So seien in großen Konzernen sachlich nicht zusammenhängende Vorräte und Anzahlungen miteinander verrechnet worden. Die dadurch beeinflusste Eigenkapitalquote sei aber Grundlage vieler bilanzanalytischer Kennzahlen. „Durch den Missbrauch des Wahlrechtes konnte man die Bilanzkennzahlen tanzen lassen“, sagte Küting. Bei Abschlagszahlungen, also Zahlungen für eine bereits erbrachte (Teil-) Leistung, sei das vollkommen anders: Sie müssten saldiert betrachtet werden.

### Internationale Rechnungslegungsstandards

Inzwischen sind die internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS (International Financial Reporting Standards) und US-GAAP (United States Generally Accepted Accounting Principles) auf dem Vormarsch. Für die großen Unternehmen, die nach IFRS bilanzieren, bestehe das Problem nicht, so Küting. Die internationalen Rechnungslegungsstandards forderten verpflichtend einen Ausweis langfristiger Fertigungsaufträge entsprechend des Fertigungsfortschritts. Die bis zum Bilanzstichtag erbrachte Leistung müsse als Forderung dargestellt und mit den erhaltenen Anzahlungen saldiert werden. Seine Untersuchungen zeigten, dass die Anwendung dieser sogenannten „Percentage-of-Completion-Methode“ zu deutlich besseren Eigenkapitalquoten bei großen Unternehmen wie der Bilfinger Berger AG oder der Hochtief AG führten.

Bauer legte dar, dass die überwiegende Zahl der Bauunternehmen kleine, daher nach dem deutschen Handelsgesetz (HGB) bilanzierende Unternehmen seien, und forderte: „Diese Unternehmen dürfen nicht gegenüber den nach internationalen Standards bilanzierenden Unternehmen benachteiligt werden! Auch das spricht dafür, die Posten Abschlagszahlungen und Unfertige Leistungen auf jeden Fall zu saldieren.“ Zusätzlich zur wissenschaftlichen Sicht spricht laut Küting die internationale Bilanzpraxis dafür.

In einem Gutachten von Anfang 2005 hat Küting eindeutig die bislang in der Wissenschaft teilweise erfolgte Ablehnung des offenen Absetzens der erhaltenen Anzahlungen und Abschlagszahlungen vom Bilanzposten Unfertige Leistungen zurückgewiesen und einzig die Nettobetachtung, also die Saldierung, dieser Posten, als sachgerecht gelten lassen. In der Bilanzanalyse- und Ratingpraxis finde diese Sichtweise immer mehr Zustimmung. Eine Entkräftung oder gar überzeugende Widerlegung seiner Argumentation sei bislang jedenfalls nicht eingetreten.

Überzeugt von seiner Argumentation habe die Deutsche Bundesbank ihre zuvor vehement verteidigte Abneigung gegen den Nettoausweis dieser beiden Posten bei der Analyse von Baubilanzen aufgegeben. Niemand könne sich daher mehr auf die Bundesbank berufen, wenn er sich, aus welchen Gründen auch immer, dem offenen Absetzen der Abschlagszahlungen vom Posten Unfertige Leistungen verweigert, so Küting.

### Gefahrenpotenzial

Das Vordringen der internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS und US-GAAP bringe aber die Gefahr mit sich, dass große und kleinere Bauunternehmen ungleich behandelt werden. Die börsennotierten großen Bauunternehmen seien bei Langfristfertigung zwingend zur Saldierung der Posten Unfertige Bauleistungen und Abschlagszahlungen verpflichtet, wenn sie nach IFRS oder US-GAAP bilanzieren. Im Prinzip wäre bei der Bilanzanalyse die Rückrechnung von der Nettosition zu den Bruttoposten Anzahlungen und Unfertige Bauleistungen anhand der Anhangangaben möglich. Es sei aber höchst fraglich, ob sich die Bilanzanalysten diese Mühe machen und ob sie dies korrekt vollzögen. Zu befürchten sei daher eine Ungleichbehandlung von großen und kleinen Bauunternehmen: Wer nach HGB (Handelsgesetzbuch) bilanzieren, habe allenfalls ein Ausweismittel zum offenen Absetzen der erhaltenen Anzahlungen.

### Massive Verzerrung

Da einige Analysten dahinter nicht den wirtschaftlichen Gehalt sähen, sondern lediglich bilanzpolitische Gestaltungen vermuteten, müssten es sich diese Unternehmen im Zweifel gefallen lassen, dass ihre Bilanzen durch die Bruttobetachtung der Posten Unfertige Bauleistungen und Abschlagszahlungen künstlich verlängert würden und sich so ihre Kennzahlen verschlechterten – und zwar massiv.

Seine aktuelle Analyse der Bilanzen börsennotierter deutscher Bauunternehmen habe ergeben, dass sich im Extremfall die Eigenkapitalquote nahezu halbiere, wenn statt der nach IFRS vorgeschriebenen Saldierung der Posten Unfertige Bauleistungen und Abschlagszahlungen diese jeweils brutto ausgewiesen würden. Ziel jeder Bilanzanalyse sei der Vergleich des untersuchten Unternehmens mit anderen Unternehmen derselben Branche und anderer Branchen sowie im Zeitablauf. Gerade der Vergleich über alle

Branchen werde aber durch diese Vorgehensweise massiv verzerrt, denn in keiner anderen Branche sei die Bedeutung der Posten Unfertige (Bau-) Leistungen und Abschlagszahlungen auch nur annähernd so groß wie in der Bauindustrie, in keiner anderen Branche könnten somit die relevanten Bilanzkennzahlen so massiv nach unten verzerrt werden wie in der Bauindustrie, und zudem verringerte sich so die nach den starken Einbrüchen der Bauindustrie in den zurückliegenden 12 Jahren in vielen Bauunternehmen ohnehin bereits niedrige Eigenkapitalquote nur aufgrund unterschiedlicher Bilanzierungsnormen und Ausweisvorschriften weiter. Das gelte genauso für alle anderen Kennzahlen, die sich auf die Bilanzsumme beziehen.

### Sachgerechte Bilanzanalyse

Weil die Ergebnisse bei der Bruttomethode in der Bauindustrie und im Anlagenbau so verzerrt werden könnten, plädiert Küting für ein generelles offenes Absetzen der Posten Abschlagszahlungen von der Position Unfertige (Bau-)Leistungen bei der Bilanzanalyse und Kennzahlenberechnung. Nur bei Anzahlungen i.e.S., wenn also den erhaltenen Anzahlungen noch keine bereits angeschafften Vorräte oder Teilleistungen gegenüberstünden oder aber das zu untersuchende Unternehmen keine eindeutigen Angaben zur wirtschaftlichen Einordnung der erhaltenen Anzahlungen mache, ist laut Küting die Bruttomethode vorzuziehen.

In allen anderen Fällen entsprechen ein Nettoausweis der Posten Unfertige Bauleistungen und Abschlagszahlungen besser der wirtschaftlichen Betrachtungsweise. „Ein solches Vorgehen bildet den hinter dem Bilanzausweis stehenden wirtschaftlichen Sachverhalt deutlicher ab und dient damit dem Ziel einer sachgerechten Bilanzanalyse.“ Mit der zunehmenden Verbreitung der internationalen Bilanzstandards IFRS und US-GAAP habe sich die Bedeutung der Nettomethode noch erhöht: Ohne sie würden willkürlich die kleineren, nach HGB bilanzierenden Bauunternehmen nur aufgrund ihrer Bilanznormen massiv benachteiligt.

Banken und andere Finanzinstitutionen beraubten sich damit ohne eingehende Beschäftigung mit der Thematik der Abschlagszahlungen der Chance, Kredite

und Finanzierungsmittel nach sachgerechten Kriterien zu vergeben, stellt der „Bilanzpapst“ fest.

Im zweiten Fall geht es darum, dass über ein Bilanzmodernisierungsgesetz (BilMoG) das US-amerikanische Fair-Value-Prinzip zum bestimmenden Rechnungslegungsprinzip in Deutschland wird. „Dieser Gesetzesentwurf darf in dieser Form nicht zum Gesetz werden“, so Küting. „Dafür werde ich mit aller Kraft kämpfen – öffentlich, als Sachverständiger (bei einer Anhörung im Dezember in Berlin) und auch als Hochschul-lehrer.“ Wegen des Gefahren- und Krisenpotentials dieses Fair Value-Prinzips hat Küting „Die Saarbrücker Initiative gegen den Fair Value“ gegründet. Beim Auftaktkongress in Saarbrücken waren nach seinen Angaben mehr als 800 Experten des Rechnungswesens von dieser Initiative überzeugt.

Beim Fair Value-Prinzip, das aus der amerikanischen Rechnungslegung kommt und als Hauptziel hat, den Anleger kontinuierlich über den aktuellen Unternehmenswert zu informieren, müssen Unternehmensaktivität und Passiva nach aktuellen, objektiv nachprüfbareren Werten bewertet und bilanziert werden. Im Unterschied dazu hat die deutsche HGB-Rechnungslegung das Vorsichtsprinzip als obersten Maßstab: Demnach werden alle Vermögenswerte nie höher als zu ihren Anschaffungskosten, Verpflichtungen nie niedriger als zu ihren Nominalwerten bewertet.

### Ruhe und Konstanz

Dazu Bauunternehmer und Bayerische Bauindustrie-Präsident Bauer: „Diese Werte nach dem Handelsgesetzbuch mögen als reine Willkür erscheinen, aber in der Praxis ist diese Methode richtig. Denn das bringt Ruhe und Konstanz in die Bilanzen, in die Unternehmen und damit auch in die ganze Volkswirtschaft.“ Die dadurch bewirkten „Stillen Reserven“, die als Differenz des aktuellen Wertes zum Bilanzwert entstehen (können), seien ein wichtiges Mittel einer sinnvollen Bilanzpolitik. „In Krisenzeiten eines Unternehmens sind Stille Reserven Gold wert“, so Bauer. Küting ist sogar der festen Überzeugung, dass die Finanzmarktkrise durch das Fair Value-Prinzip massiv verstärkt worden ist: „Mit der ‚alten‘ deutschen HGB-Rechnungslegung hätte es diese Krise nie gegeben.“ dhg.

### Münchener Hypothekenbank:

## Stabile Ertragsentwicklung

Die Münchener Hypothekenbank eG weist auch im dritten Quartal des Jahres 2008 eine stabile Ertragsentwicklung auf. Der Zinsüberschuss bewegt sich mit 92,3 Mio. Euro weiter auf dem Niveau des Vorjahres. Der Zins- und Provisionsüberschuss hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 74,0 Mio. Euro auf 72,2 Mio. Euro leicht reduziert.

Der Grund hierfür sind aber vor allem Provisionszahlungen, die durch das weiterhin organisch wachsende Hypothekenneugeschäft anstiegen. Das Betriebsergebnis nach Risikoversorge erreichte mit 22,3 Mio. Euro ebenfalls das Vorjahresniveau. Diese Kontinuität in der Ergebnisentwicklung wird durch die konservative Risikopolitik – insbesondere die Entwicklung unserer Erträge zeigt, dass wir über ein robustes Geschäftsmodell verfügen. Das sorgt vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise für Stabilität“, sagte Erich Rödel, Vorstandsvorsitzender der Münchener Hypothekenbank.

Das Hypothekenneugeschäft konnte die MünchenerHyp auch im dritten Quartal ausweiten. Bis 30. September 2008 wurden Hypothekendarlehen in Höhe von 3,9 Mrd. Euro zugesagt, nach 2,9 Mrd. Euro im Vorjahreszeitraum. Zuwächse konnten sowohl in der privaten wie in der gewerblichen

Immobilienfinanzierung erzielt werden. Mit der guten Entwicklung des Neugeschäfts stiegen die Bilanzsumme und die Hypothekenbestände. Die Bilanzsumme erhöhte sich seit Ende 2007 um 1,7 Mrd. Euro auf 34,6 Mrd. Euro. Die Bestände an Hypotheken und sonstigen Darlehen wuchsen um 9 Prozent auf 15,5 Mrd. Euro.

Ende August 2008 konnte die MünchenerHyp erfolgreich einen dreijährigen Öffentlichen Jumbo-Pfandbrief über 1 Mrd. Euro platzieren. Die Emission war deutlich überzeichnet, zudem waren mehr als 40 Prozent der Investoren ausländische Zentralbanken.

Die Geschäftsguthaben nahmen um 8 Prozent auf 137,1 Mio. Euro zu. Viele Mitglieder stockten ihre Anteile auf, nachdem die Bank die Beteiligungsgrenze für Privatpersonen im Frühjahr 2008 heraufgesetzt hatte. „Dies ist ein Vertrauensbeweis unserer Teilhaber in die Geschäftspolitik der Münchener Hypothekenbank“, so Erich Rödel. □

### Finanzgipfel 2008 in München:

## Plädoyer für mehr Nachhaltigkeit

Mit der internationalen Finanzkrise und möglichen Konsequenzen daraus beschäftigte sich der zweite Bayerische Finanzgipfel in München. Eingeladen hatten das Bayerische Finanzzentrum und die Finanzplatz München Initiative.

Paul Atkins, bis vor kurzem Commissioner der amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde SEC, forderte eine intelligentere Überwachung des Finanzsystems. Zudem müssten die Regulierer ihren Aufgaben besser nachkommen. Allerdings solle beispielsweise das Risk Management auch weiterhin eine Sache der Unternehmen bleiben, denn „sonst verlassen sie sich auf die Regulierer“, so Atkins' Befürchtung.

Dr. Christine Bortenlänger, Geschäftsführerin der Börse München und Sprecherin der Finanzplatz München Initiative, plädierte dafür, die unterschiedlichen Geschäftsmodelle und Zielgruppen der Banken zu berücksichtigen. „Wir benötigen keine Überregulierung, sondern eine bessere Regulierung“, lautete ihr Appell.

Wirtschaftsminister Martin Zeil wies darauf hin, dass der Staat die Wirtschaft mit neuen Regeln nicht strangulieren dürfe, jedoch sicherstellen müsse, dass der Finanzsektor künftig nur verantwortbare Risiken eingeht. Angesichts des Ausmaßes der Finanzkrise sei das deutsche Finanzmarktstabilisierungsgesetz alternativlos gewesen. Folgen müssten nun langfristige Reformen mit Augenmaß.

Dass die Auswirkungen der Finanzmarktkrise nicht drastischer ausgefallen seien, sei auch dem

bewährten Dreisäulensystem zu verdanken, so der Minister. Gerade in Zeiten turbulenter Kapitalmärkte habe es sich als stabilisierend und mittelstandsfreundlich erwiesen. Der intensive Wettbewerb zwischen Sparkassen, Genossenschafts- und Geschäftsbanken garantiere auch in der Region einen verlässlichen Service.

Eine Lehre aus der Finanzkrise ist laut Zeil, „dass wir in Zukunft vor allem mehr Nachhaltigkeit auf den Finanzmärkten brauchen“. Nachhaltigkeit bedeute zunächst: verantwortbare Risiken, mehr Transparenz und Anreizsysteme, die sich an langfristigen Erfolgen orientieren. Nachhaltigkeit bedeute für den Finanzsektor aber auch, wieder stärker auf Tuchfühlung mit der Realwirtschaft zu gehen. Und schließlich bedeute Nachhaltigkeit gerade aus deutscher Sicht, auf Bankensysteme zu setzen, die auf mehreren festen Säulen ruhen und daher in sich stabiler sind.

In der einsetzenden Reformdebatte spielten die Finanzunternehmen selbst natürlich eine große Rolle, meinte Zeil abschließend. Sie hätten massiv Vertrauen verloren und es liege an ihnen selbst, dieses zurück zu gewinnen – „auch durch eine vernünftige Kooperation mit dem Staat“. DK

30 Jahre AKDB-Geschäftsstelle sowie Hausmesse Regensburg:

## Zwei Großereignisse in der Oberpfalz

Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums gratulierte Martin Zeil, frischgebackener bayerischer Wirtschaftsminister, in einer seiner ersten Amtshandlungen der AKDB-Geschäftsstelle Regensburg zu ihrer langjährigen erfolgreichen Arbeit. Die AKDB stehe für Qualität, Effizienz, Professionalität und Kompetenz, so Zeil in seiner Festrede.

Sie trage entscheidend zur Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Regensburg bei. Zeil nahm die Gelegenheit wahr, sich zu diesem erfreulichen Anlass in der Oberpfalz vorzustellen.

### Start am Hauptbahnhof

Zahlreiche Landräte und Bürgermeister aus allen Teilen der Oberpfalz waren der Einladung der AKDB gefolgt und in den Barbinger Rathaussaal gekommen, wo sie von Bürgermeister Albert Höchstetter begrüßt wur-

den. Sie nutzen das Treffen für wertvolle Gespräche und persönliche Kontakte.

Ende 1978 hatte die AKDB - damals noch als Kommunale Datenzentrale KDZ - mit fünf Mitarbeitern in angemieteten Räumen der Bundesbahn am Regensburger Hauptbahnhof ihre Arbeit begonnen. Damit begann eine richtige Erfolgsgeschichte. Inzwischen arbeiten über 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Regensburg, vor allem in den Verfahrensbereichen Verkehrswe- sen und Sozialwesen, beides

zentrale Säulen der AKDB.

### Ganzheitliche Produktbetreuung

In den zwei Bereichen wird von Regensburg aus bundesweit eine ganzheitliche Produktbetreuung gewährleistet. Von der Planung, über die Entwicklung, die Vor-Ort-Installation bis hin zu Schulung und Beratung - alles kommt aus einer Hand. Diese Rundum-Sorglos-Betreuung wissen die Oberpfälzer Kunden zu schätzen. Die Kommunalen Verwaltungen sind schließlich für ihre Bürger da und nicht in erster Linie dazu, EDV-Systeme zu betreiben. Die Kfz-Zulassungssoftware ist z.B. bundesweit Marktführer, sie entlastet die Verwaltungen und bringt direkten Nutzen für die Bürger.

### Dank an die Mitarbeiter

Der Vorsitzende der AKDB-Hauptversammlung, der Ismaninger Bürgermeister Michael Sedlmair, betonte als weiterer Festredner die Bedeutung der AKDB für die Oberpfalz: Es gebe im gesamten Regierungsbezirk praktisch keine Verwal-

tungseinheit, die nicht irgendein Verfahren der AKDB einsetze. Die AKDB überzeuge als modernes, leistungsfähiges Unternehmen, das ständig den hohen Nutzen unter Beweis stellt, den ihre Produkte und Dienstleistungen für die Kommunen sowie für ihre Bürgerinnen und Bürger haben. Sedlmair dankte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die täglich zum großen Erfolg der Geschäftsstelle beitragen, und ganz besonders dem Geschäftsstellenleiter Eduard Ackermann für sein erfolgreiches Wirken. Er wünschte weiterhin eine glückliche Hand beim Erhalt der bestehenden kommunalen Verbindungen sowie bei der Gewinnung neuer Kunden.

### AKDB-Hausmesse

Zwei Tage später fand ebenfalls im Barbinger Rathaussaal die diesjährige Hausmesse der AKDB-Geschäftsstelle Oberpfalz statt. Vorstand Alexander Schroth durfte dabei knapp 100 Besucher begrüßen.

Auf der Hausmesse war das Kundenangebot breit gefächert. Zahlreiche Präsentationsplätze und Infopoints waren den ganzen Tag rege besucht. Messe-schwerpunkte waren Produktneuheiten wie zum Beispiel der vorausgefüllte Meldeschein (VAMS). Erfolgreich waren auch das Finanzwesen mit dem Datelexport-Tool, die Präsentationen der AKDB-Verfahren für das Kindeswohl (OK.KIWO) sowie die neue Dienstleistung Landesfamilienkasse. Die Kunden aus dem kommunalen Bereich hatten wieder die Gelegenheit genutzt, um sich bei den Fachvorträgen über die Produktpalette der AKDB zu infor-

## Größtes IT-Fortbildungsangebot für die Kommunalverwaltung

AKDB-Seminarkatalog für das 1. Halbjahr 2009

Die organisatorischen Anforderungen in den Kommunalverwaltungen nehmen weiter zu, nicht zuletzt wegen neuer Vorgaben durch den Gesetzgeber. Die Abläufe sollen bürgernah, aber auch kostensparend gestaltet sein. Die integrierten und innovativen Softwarelösungen der AKDB mit ihrer umfassenden OK-Produktfamilie sind wesentliche Faktoren, um diese Ziele zu erreichen. Sie machen die Kommunalverwaltung fit für die Zukunft.

Aufgrund wachsender Anforderungen ist beim Einsatz dieser Softwarelösungen eine laufende Kompetenzerweiterung durch Fortbildungen erforderlich. Mit dem Seminarprogramm für das 1. Halbjahr 2009 bietet die AKDB als führender IT-Komplettanbieter im Kommunalbereich maßgeschneiderte Lösungen für eine effiziente und kostengünstige IT-Fortbildung an. Realisiert wird dieses Angebot in praxisnahen, kompakten Lerneinheiten in modernen Schulungsstätten nahe beim Kunden. Mehr als 60% der Seminare sind eintägig. Die Lerninhalte aller Seminare wurden überprüft und aktualisiert, nahezu 20% der Seminare sind neu im Angebot - und dies alles bei unveränderten Seminarpreisen.

Die systematische fachliche und didaktische Fortbildung der Trainer und die jahrzehntelange Erfahrung aus der Arbeit mit jährlich weit über 5.000 Schulungsteilnehmern garantieren einen optimalen Lernerfolg.

Alle Seminare können auch als Inhouse-Schulungen in der Verwaltung gebucht werden.

Wie die gesamte Informationstechnik, so ist auch dieses Schulungsangebot ständig im Fluss. Das Schulungsangebot wird laufend ergänzt und steht tagesaktuell unter [www.akdb.de](http://www.akdb.de) im Bereich Fortbildung für Online-Buchungen zur Verfügung. Zur Offline-Nutzung kann der Halbjahreskatalog dort auch heruntergeladen werden. □



BSI-Abteilungspräsident Bernd Kowalski (l.) überreicht dem AKDB-Vorstandsvorsitzenden Alexander Schroth das Zertifikat des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik. □

## Konformitätsprüfung erfolgreich bestanden

AKDB-Verfahren OK.EWO erhält Zertifikat des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik

Das von der AKDB angebotene Einwohnerfachverfahren OK.EWO hat die Konformitätsprüfung zur Bearbeitung von Passanträgen nach den Technischen Richtlinien des BSI (BSI-TR 03104) erfolgreich absolviert. Aus diesem Anlass hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) der AKDB das entsprechende Zertifikat erteilt. Das BSI trägt mit der Zertifizierung nach den international anerkannten Common Criteria zur Sicherheit von IT-Produkten bei.

Die AKDB hatte ihren Kunden das neue Datenaustauschformat XPass in ihrem Einwohnermeldeverfahren termingerecht zum 1. November 2008 zur Verfügung gestellt. Anlässlich der diesjährigen Fachmesse Moderner Staat in Berlin überreichte Bernd Kowalski, BSI-Abteilungspräsident, der AKDB das Zertifikat nach ISO 27001 auf der Basis von IT-Grundschutz.

Der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth nahm

das Zertifikat entgegen und zeigte sich dabei hoch zufrieden: „Die dokumentierte Erfüllung eines international anerkannten Standards durch eine neutrale Instanz schafft bei Kunden und Partnern ein hohes Maß an Transparenz und Vertrauen.“ Das Zertifikat macht einmal mehr deutlich: Bei der Vorgangsbearbeitung mit den Anwendungsverfahren der AKDB nimmt die Sicherheit der Verfahren einen hohen Stellenwert ein.

## AKDB-Forum „Personalwirtschaft“

Über 50 Vertreter der größten Kunden ihrer Personalprodukte, überwiegend aus dem öffentlichen Bereich, waren bei der AKDB in München zu Gast um sich über die AKDB-Verfahren für die Lohn- und Gehaltsabrechnung, das Personalwirtschaftssystem OK.PWS sowie Serviceleistungen mit maßgeschneiderten Lösungen für die gesamte Personalarbeit zu informieren. Auch im Personalbereich kümmert sich die AKDB um optimale Unterstützung, indem sie innovative und zuverlässige Software-Lösungen anbietet. So können sich Unternehmen und Verwaltungen ganz auf ihre Kerntätigkeiten konzentrieren.

Die Besucher hatten Gelegenheit, sich mit Referenten, Fachkollegen und AKDB-Mitarbeitern auszutauschen. Auf der Tagesordnung standen aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich Personalwirtschaft, besonders das schwierige Thema Personalgewinnung im öffentlichen Bereich.

AKDB-Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth ging in seiner Eröffnungsrede auf die zunehmende Bedeutung des Personalmanagements vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein. Die AKDB nehme die Probleme von Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen ganz besonders ernst, nicht zuletzt, weil sie selbst als großer zukunftsicherer Arbeitgeber für über 700 Mitarbeiter in ganz Bayern verantwortlich ist.

Neben vielen Vorträgen und dem attraktiven Fachforum berichteten Anwender aus ihrer Praxis. Besondere Beachtung fand der Vortrag von Hartmut Buck, Manager am Fraunhofer-Institut IAIO, über zentrale Herausforderungen für das Personalmanagement. Neben höheren Investitionen in die Ausbildung junger Menschen könne die Einbindung älterer hervorragend ausgebildeter und motivierter Mitarbeiter dem Nachwuchsmangel entgegenwirken. □



## Die neue AKDB ...

... wird auch 2009 so bleiben, wie sie ist: konsequent innovativ!

Aber wir wissen: Die inzwischen 37-jährige Erfolgsgeschichte ist nur mit Ihnen möglich - unseren Kunden und Partnern. Wir nehmen unser Motto wörtlich: „Software, die dem Menschen dient!“ Die Systeme und Lösungen der OK-Produktfamilie entlasten Verwaltungen und kommen damit allen Bürgern zugute.

AKDB - ein Garant für Ihre moderne und effiziente Verwaltung.

AKDB

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

### Genossenschaftsverband Bayern:

## Keine Panik wegen Datenklau bei Kontonummern

Es bestehe kein Grund zur Panik wegen des Datenklaus bei Kontonummern. Gleichwohl sei Grund zur Vorsicht gegeben. Das sagte der Präsident der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Stephan Götzl, angesichts der Berichterstattung der aktuellen „Wirtschaftswoche“, nach der 21 Millionen Bankdaten in die Hände von Betrügern geraten seien.

Verantwortlich dafür seien, so die Wirtschaftswoche, unseriös arbeitende Call-Center. Grundsätzlich, so Götzl, könne Kontoinhabern nur geraten werden, möglichst die Bankverbindungsdaten nicht ohne Weiteres an Dritte und schon gar nicht an unbekannte Anrufer weiterzugeben. So könne jeder selbst zum Schutz seiner Kontodaten erheblich beitragen. Zudem sei es wichtig, die Kontoauszüge regelmäßig zu kontrollieren.

Wer ungerechtfertigte oder betrügerische Abbuchungen auf dem Konto feststellt, solle, so der Rat Götzls, das möglichst schnell der Hausbank melden. Diese könne dann das Geld zurückbuchen. □

## Gesetzesreform spart Kosten, Wege und Papier

Ab 1. Januar 2009 in Standesämtern mehr Transparenz und Service für die Bürger

Eine große Reform steht zu Jahresbeginn für die deutschen Standesämter an. Am 1. Januar 2009 tritt das „Gesetz zur Reform des Personenstandsrechts“ in Kraft. Darauf verweist der Bundesverband der Deutschen Standesbeamten und Standesbeamten e.V. (BDS) in einer Pressemitteilung. Die digitale Datenverarbeitung, so heißt es, spare Millionen Seiten Papier

Das Personenstandsrecht wird den heutigen Erfordernissen einer modernen Verwaltung angepasst: die registrierten Daten werden im Standesamt digital verarbeitet und gespeichert, Arbeitsabläufe gestrafft und Vorschriften bürgernäher gestaltet. Langfristig sollen auch Kosten verringert werden.

### Verkürzte Verwaltungswege

Kernpunkt der Reform ist die ausschließliche elektronische Speicherung der Beurkundung von Geburten, Eheschließungen, Lebenspartnerschaften und Sterbefällen und der damit verbundene Verzicht auf gedruckte Register. Auch bei den Mitteilungen zwischen den Standesämtern, weiteren Behörden und Gerichten sollen die Daten künftig elektronisch laufen. Dies erspart langfristig Millionen Papierseiten pro Jahr. Durch entsprechende, abgesicherte Vernetzung sollen Urkunden zwischen den Standesämtern elektronisch angefordert und versandt werden

### Deutscher Landkreistag:

## Internet-Plattform zu Dienstleistungsrichtlinie

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat eine Internet-Plattform zur Europäischen Dienstleistungsrichtlinie und zum Einheitlichen Ansprechpartner freigeschaltet. Unter [www.einheitlicher-ansprechpartner.info](http://www.einheitlicher-ansprechpartner.info) sind Grundlagendokumente, Positionspapier, Arbeitshilfen sowie kommunale Praxisbeispiele abrufbar. DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) sagte: „Wir möchten mit dieser Internetpräsenz nochmals das kommunale Engagement in Fragen des Einheitlichen Ansprechpartners bekräftigen und deutlich machen, dass die Landkreise bereit sind, diese Funktion zu übernehmen.“

Es sei die logische, wirtschaftsfreundlichste und kostengünstigste Variante, die Kommunen mit dieser Aufgabe zu betrauen. Bereits jetzt sei die kommunale Ebene in etlichen Bereichen Einheitlicher Ansprechpartner im Sinne der Richtlinie. Bei den Kommunen liege ohnehin die Mehrzahl der Genehmigungszuständigkeiten gebündelt vor. Nur so könne verhindert werden, dass zusätzliche Bürokratie aufgebaut werden müsse. „Die Landkreise spielen aufgrund ihrer Bündelungsfunktion für unterschiedliche Verwaltungsdienste bereits jetzt diese

können.

### Mehr Zuständigkeit vor Ort

Etliche Zuständigkeiten wurden ortsnahe verlagert. So können Personenstandsfälle von Deutschen im Ausland künftig vom Wohnsitzstandesamt beurkundet werden. Bisher war dafür das Standesamt I in Berlin zentral für das ganze Bundesgebiet zuständig.

Kliniken und Heime müssen, Bestattungsfirmen können ab 1. Januar 2009 die Geburten bzw. Sterbefälle schriftlich anzeigen. Bisher war dies öffentlichen Einrichtungen vorbehalten, was in vielen Fällen die persönliche Vorsprache von Eltern, Angehörigen oder Bestattern in den Standesämtern notwendig machte. Auch die elektronische Übertragung von Mitteilungen wird ermöglicht.

### Familienbuch überflüssig

Künftig gibt es bei den Standesämtern nur noch Geburten-, Ehe-, Lebenspartnerschafts- und

Sterberegister. Das seit 1958 mitgeführte Familienbuch fällt ersatzlos weg. Sterberegister verbleiben nur noch 30 Jahre, Ehe- und Lebenspartnerschaftsregister 80 Jahre und Geburtenregister 110 Jahre zur Fortführung bei den Standesämtern. Das private „Stammbuch der Familie“ bleibt erhalten.

Ältere Personenstandsbücher und die dazu gehörenden Sammelakten sind ab 2009 den kommunalen und staatlichen Archiven anzubieten. Dies soll zum einen die Standesämter entlasten und andererseits die Forschung für Wissenschaftler und Genealogen erleichtern.

### Mehr Entscheidungsfreiheit

Auf Daten, die nicht entscheidend sind für die standesamtlichen Beurkundungen, wird künftig verzichtet, so auf die Eintragung von Berufen.

Wesentlich mehr Entscheidungskompetenz gibt es künftig für die Standesbeamten und Standesbeamten bei der Berichtigung von fehlerhaften Einträgen in den Personenstandsregistern. Bisher waren hier die meisten Fälle ausschließlich dem Richter am Personenstandsgericht vorbehalten.

### Zum Hintergrund:

Die Europäische Dienstleistungsrichtlinie schreibt vor, alle zur Unternehmensgründung relevanten Verfahren und Genehmigungen über eine Anlaufstelle abzuwickeln. Die Verortung dieses sog. Einheitlichen Ansprechpartners ist nach wie vor in der Mehrzahl der Bundesländer nicht entschieden. Nach derzeitigem Kenntnisstand streben die Länder Bayern, Rheinland-Pfalz, Bremen sowie Niedersachsen eine kommunale Anbindung des Einheitlichen Ansprechpartners an. □

„Die Übertragung von weite- rer Verantwortung und Zuständigkeit ‚nach unten‘ zu den Standesämtern zeigt eindrucksvoll die hohe Wertschätzung, die unsere Kolleginnen und Kollegen beim Gesetzgeber genießen“, stellt BDS-Präsident Jürgen Büsow zufrieden fest.

Vor allem freut ihn, dass im Reformgesetz ein zentraler Punkt unverrückbar geblieben ist: die unabhängige Stellung der Standesbeamten und Standesbeamtinnen als Urkundsbeamte. Sie bleiben bei der Erfüllung ihrer urkundlichen Aufgaben weiterhin weisungsfrei. Ihnen sind wie bisher nur durch die Anordnungsbefugnisse der Gerichte Grenzen gesetzt.

### Unabhängige Stellung

Jürgen Büsow sagt dazu: „Die unabhängige Stellung der Standesbeamtinnen und Standesbeamten sichert die Qualität der Arbeit und trägt auch künftig entscheidend zum eigenverantwortlichen und verantwortungsvollen Handeln bei.“

In diesen Wochen bereiten sich die Standesbeamtinnen und Standesbeamten zusammen mit den weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Standesämter intensiv auf die Verwirklichung des Reformgesetzes zum Jahresende 2008 vor. In kurzer Zeit muss für reibungslose Abläufe gesorgt werden.

### Enormer Zeitdruck

Zwar ist das erneuerte Personenstandsgesetz (PStG) bereits vor über 21 Monaten, am 23. Februar 2007, veröffentlicht worden. Die Ausführungsverordnung mit weiteren fachlichen und vor allem technischen Regelungen passierte aber erst am 7. November 2008 den Bundesrat.

Inzwischen bereiten ehrenamtliche Fachberater und die Verbandsakademie ihre Kolleginnen und Kollegen auf die neue Rechtsmaterie vor.

### Reformvorschläge von Bundesverband und Landesverbänden

Als Einrichtung der Praxis für die Praxis haben sich der Bundesverband und die Landesfachverbände auch bei der Erarbeitung des Reformvorhabens eingebracht. „Etliche unserer Vorschläge zu Personenstandsgesetz und -verordnung wurden positiv berücksichtigt“, berichtet Verbandspräsident Jürgen Büsow.

In den meisten Bundesländern wurde die Tätigkeit der Standesbeamtinnen und Standesbeamten grundsätzlich dem gehobenen Verwaltungsdienst zugeordnet. Umso mehr bedauert er, dass in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen diese Kernforderung des Bundesverbandes

## XKirchen-Nachricht

Datenübermittlung an die Kirche für adKOMM-Anwender jetzt per OSCI

Die Speicherung personenbezogener Daten über alle im Bereich einer Meldebehörde registrierten Einwohner erfolgt in den kommunalen Melderegistern. Das Melderechtsrahmengesetz (MRRG) bestimmt, dass durch die Meldebehörde personenbezogene Daten an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften zu übermitteln sind. Bislang erfolgte die Datenübermittlung der Meldebehörden an die römisch-katholische Kirche auf einem Datenträger.

Die monatlich zu erstellende Übermittlungsdatei wird per Knopfdruck in der adKOMM Einwohnerversoftware erzeugt und aufgrund einer neuen Übermittlungsform per OSCI als sog. „XKirchen-Nachricht“ generiert. Der Versand dieser Nachricht erfolgt über das Kommunale Serviceportal adKOMM KSP.

Bei adKOMM KSP handelt es sich um eine Kommunikationsplattform, die von der adKOMM Software GmbH auf Basis der Governikus-Technologie der Firma Bremen Online Services (bos) entwickelt und im Jahr 2007 als Governikus-kompatibles Produkt ausgezeichnet wurde.

Im Oktober 2007 fiel der Startschuss für das Projekt. Der Testbetrieb konnte im April 2008 erfolgreich beginnen. Nachdem einen Monat später die ersten Nachrichten bei den Pilotgemeinden abgeholt wurden, stand dem Echtbetrieb ab Juni 2008 nichts mehr im Wege.

Seit einigen Monaten können somit die regelmäßigen Datenübermittlungen an die römisch-katholische Kirche in Bayern papierlos erfolgen.

Weitere Informationen: [www.adkomm.de](http://www.adkomm.de). □

nicht berücksichtigt worden ist.

### Religiöse Gemeinschaften nicht mehr berücksichtigt

Hinsichtlich des Reformgesetzes sei es, so Büsow, aus Sicht der Praktiker unverständlich, dass künftig in die Register nur noch Religionsgemeinschaften eingetragen werden dürfen, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind. Religiöse Gemeinschaften, die diesen Status nicht besitzen, wie zum Beispiel aus dem Islam, können dadurch in Zukunft nicht mehr in den Personenstandsregistern und den entsprechenden Urkunden berücksichtigt werden. Dies werde bei den betroffenen Bürgern wohl kaum auf Verständnis stoßen.

Bei den Lebenspartnerschaften können die Bundesländer aufgrund der Föderalismusreform zwar weiterhin selbstständig über die Organisationsform in ihrem Bereich entscheiden. Bis auf Baden-Württemberg und Thüringen sowie bislang noch Bayern ist diese Aufgabe nun überall den Standesbeamtinnen und Standesbeamten übertragen worden.

### Bayern schließt sich Bund an

In Bayern hat das Ergebnis der Landtagswahl ein Umdenken gebracht. Der Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP sieht vor, dass hier in Zukunft die Lebenspartnerschaften auch bei den Standesämtern geschlossen werden können, was bisher nur bei den Notaren möglich ist. Die landesrechtlichen Regelungen

sollen in Bayern an das Bundesrecht angepasst werden.

### Start etappenweise

Die Föderalismusreform hat dazu geführt, dass das Kernstück der Gesetzesreform, die ausschließlich elektronische Speicherung der Registerbeurkundungen, nicht flächendeckend zum 1. Januar 2009 im Bundesgebiet verwirklicht werden kann.

Durch eine sogenannte Öffnungsklausel im neuen PStG haben die Länder die Möglichkeit, zentrale Personenstandsregister auf Landesebene einzurichten. Die komplexen Entscheidungsprozesse und vielfältige organisatorische, technische und finanzielle Auswirkungen, sind dazu in fast allen Bundesländern noch nicht abgeschlossen.

Nur in Hessen und im Saarland, wo kommunale Gebietsrechenzentren die Initiative ergriffen haben, wird das Reformvorhaben teilweise umgesetzt und in etlichen Städten und Gemeinden ab 1. Januar 2009 nur noch elektronisch beurkundet.

### Übergänge fließend

Eines steht jedenfalls fest: Am 31. Dezember 2013 ist die vom Bundesgesetzgeber eingeräumte Übergangsfrist zu Ende. Bis dahin müssen die Maßnahmen getroffen sein, um Geburten, Eheschließungen, Lebenspartnerschaften und Sterbefälle ausschließlich elektronisch zu beurkunden und auch die weiteren Reformziele des Personenstandsrechts zu erfüllen. □

## E-PLUS GRUPPE

BASE e-plus+ simyo gyyıldız vvbemobile

## Typisch E-PLUS GRUPPE: schon wieder ganz vorn.

Dem Markt voraus zu sein hat bei uns Tradition. Weil wir nicht nur uns, sondern auch den Mobilfunk immer wieder neu erfinden. Zum Beispiel mit der ersten Flatrate. Oder den ersten Tarifen speziell für Geschäftskunden. Das macht uns nicht nur stolz, sondern verweist die Konkurrenz auch im Unternehmenswachstum auf die hinteren Plätze.

Landratsamt Bamberg:

## Jahresabschluss mit Doppik

Der Landkreis Bamberg hat einen weiteren wichtigen Schritt bei der Einführung der Doppik erfolgreich vollzogen: Im August 2008 wurde für das abgelaufene Haushaltsjahr 2007 der erste doppische Jahresabschluss erstellt und damit das Drei-Komponenten-System der Doppik mit Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Vermögensrechnung (Bilanz) komplettiert. Dieser Abschluss wurde nun im November 2008 bereits durch den Bayer. Kommunalen Prüfungsverband überörtlich geprüft und akzeptiert. „Auch diese Herausforderung haben wir ohne externe Beratung zügig gemeistert. Ich bin wirklich stolz auf meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmererei, aber auch sehr dankbar für die tatkräftige Unterstützung durch die AKDB“, lobt Landrat Dr. Günther Denzler.

Der erste doppische Jahresabschluss 2007, der auf der Website des Landkreises ([www.landkreis-bamberg.de](http://www.landkreis-bamberg.de)) veröffentlicht ist, hebt sich schon durch sein Äußeres stark von der bisherigen kamerale Jahresrechnung ab. Er birgt nicht nur die reinen Zahlen, sondern erläutert im Anhang

ein wichtiges Hilfsmittel für die künftigen politischen Entscheidungen dar.

### Vergleich der Eröffnungsbilanz mit der Schlussbilanz

Ein Blick auf den Vergleich der Eröffnungsbilanz



Landrat Dr. Günther Denzler ließ sich von Kreisämter Klaus Motschenbacher den ersten doppischen Jahresabschluss erläutern. Mit auf dem Bild (v.l.): stellv. Kämmerer Armin Schmittner und Haushaltssachbearbeiter Bernhard Schmitt vom Doppik-Team der Kämmererei.

die einzelnen Posten des Abschlusses und die Planabweichungen. Insoweit brachte die Vorlage des Jahresabschlusses mehr Information und Transparenz, wozu in erster Linie die in der Kameralistik überhaupt nicht vorhandene Bilanz wesentlich beitrug. Positiv ist zu vermerken, dass nun nicht nur die Verschuldung dargestellt wird, sondern insgesamt das Vermögen und wie es finanziert ist. Eine mittelfristige Betrachtung der Bilanzen und ihrer Kennzahlen stellt

2007 zeigt die Veränderungen während des Jahres, bedingt durch das wirtschaftliche Ergebnis des Jahres 2007 und Berichtigungen der Eröffnungsbilanz. So beträgt die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2007 rund 125 Mio. € und damit 7,5 Mio. € mehr als zu Jahresbeginn.

Seit 1. Januar 2008 sind überdies mit dem Zweckverband Berufsschulen und dem Regionalen Planungsverband Oberfranken-West nunmehr alle vom Landratsamt Bamberg verwalteten kom-

munalen Körperschaften auf die doppische Buchführung umgestellt. Im bevorstehenden dritten Jahr seit Einführung der Doppik im Rechnungswesen des Landkreises werden sich die Umstellungseffekte weitgehend eingeleistet haben, so dass Themen wie Kennzahlen und Ziele, sowie die Kosten- und Leistungsrechnung vertieft behandelt werden können.

### Harter Umstieg

Ein kurzer Rückblick: Im Dezember des Jahres 2004 hat der Kreistag des Landkreises einen einstimmigen Beschluss zur Einführung des Ressourcenverbrauchskonzeptes und weiterer betriebswirtschaftlicher Elemente gefasst. 2005 wurden sämtliche Vermögensgegenstände erfasst und bewertet. Beginnend ab dem Jahr 2006 wurde der beim Landratsamt mitverwaltete Zweckverband Tierkörperbeseitigung Nordbayern auf das doppische Rechnungswesen umgestellt. Dies diente dem Landkreis als Lernprojekt. Nachdem im selben Jahr die Vorbereitungen wie Organisationsumstellung,

Haushaltsstruktur und Softwarebeschaffung erledigt wurden, erfolgte ein „harter“ Umstieg auf die Doppik zum 1. Januar 2007 für den Landkreis. Im März 2007 hat der Kreistag den ersten doppischen Haushalt verabschiedet. Die Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2007 wurde im November 2007 vom Bayer. Kommunalen Prüfungsverband überörtlich überprüft. Der Kreistag hat sie am 17. Dezember 2007 festgestellt. „Und nun ist auch noch der Jahresabschluss in trockenen Tüchern“, freut sich Denzler. „All das in dieser Geschwindigkeit hat meines Wissens noch keine Kommune in Bayern geschafft.“

### Höhere Anforderungen

Und wie lautet die Bilanz des Landrates zum Thema Doppik? „Das Erstellen eines doppischen Jahresabschlusses stellt höhere Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist zeitaufwändiger als die bisherigen kamerale Jahresrechnungen; der Zugewinn an Transparenz wiegt dies jedoch mehr als auf. Als politischer Entscheidungsträger fühle ich mich besser informiert als vorher. Die Doppik erleichtert es uns, die Zukunft nachhaltig zu gestalten.“

## Kritische Infrastrukturen sind kaum geschützt

Umfrage zu Cybersecurity unter Brancheninsidern ergibt ernüchternde Bilanz

Kritische Infrastrukturen sind zu wenig gegen Cyberattacken geschützt, so das Ergebnis einer Umfrage, die Secure Computing zwischen August und September 2008 in den USA, Kanada und Europa durchgeführt hat. Für die Studie wurden Sicherheitsexperten und Brancheninsider von Versorgungsbetrieben, Öl- und Gasunternehmen, Finanzdienstleistern, der öffentlichen Verwaltung sowie Telekommunikations- und Transportunternehmen befragt. Die Ergebnisse der Umfrage wurden von IDC Energy Insights im Auftrag von Secure Computing ausgewertet.

Über die Hälfte der Experten geht davon aus, dass die meisten kritischen Infrastrukturen trotz gesetzlicher Vorschriften und Regulierungen für Angriffe aus dem Internet anfällig sind. Rick Nicholson, VP of Research bei IDC Energy Insights erklärt: „Die meisten Versorgungsunternehmen glauben, sie seien mit relevanten Standards konform. Tatsächlich aber ist es für sie noch ein langer Weg, bis sie für alle Cyberattacken ausreichend gerüstet sind.“

### Auf Angriffe nicht genügend vorbereitet

Über die Hälfte der Studienteilnehmer geht außerdem davon aus, dass Versorgungsbetriebe, Öl- und Gasunternehmen, Telekommunikations- und Chemieunternehmen, Notdienste, das Postwesen und der Versandhandel nicht auf Angriffe aus dem Internet vorbereitet sind.

Drei von vier Experten glauben, dass die meisten IT-Infrastrukturen im Postwesen, dem Versandhandel und bei Transportunternehmen nicht ausreichend gegen Internetattacken geschützt sind. Finanzdienstleister gelten zwar als vorbereitet, knapp 40 Prozent der Befragten bezweifeln aber, dass sie sich wirklich gegen Cyberangriffe verteidigen können. Der Energiesektor gilt als am meisten gefährdet: 33 Prozent der Befragten halten ihn für die bevorzugte Zielscheibe; 30 Prozent gaben an, die Branche sei am anfälligsten für Cyberattacken; 42 Prozent sind überzeugt, dass hier die größten Schäden angerichtet werden können.

### Opfer der Sparmaßnahmen

Häufig fällt die IT-Sicherheit Sparmaßnahmen zum Opfer – das glauben 29 Prozent der Ex-

perten - gefolgt von Gleichgültigkeit, Bürokratie und internen Problemen. Während die Cyberpiraten immer raffiniertere Methoden anwenden, nimmt der Schutz der kritischen Infrastrukturen kontinuierlich ab. IDC Energy Insights hat drei Trends identifiziert:

### Drei Trends

► Zusammenschaltung von Netzwerken: 62 Prozent der Befragten Nordamerikaner gaben an, ihre Kontrollsysteme seien bereits direkt mit einem IP-basierten Netzwerk oder dem Internet verbunden.

► Verbreitung intelligenter Grids: Der Einsatz von intelligenten Messgeräten, Sensoren und hochmodernen Kommunikationsnetzwerken gefährdet die IT-Infrastruktur, wenn IT-Security nicht integraler Bestandteil der Projekte ist.

► Zwang zur Kostensenkung: Es werden zunehmend kostengünstige IT-Plattformen von der Stange eingeführt. Diese sind jedoch anfälliger für Attacken.

### Empfehlungen

IDC Energy Insights empfiehlt den Unternehmen ein 4-Punkte-Programm:

► Laufende Überprüfung auf Schwachstellen  
 ► Genaues Monitoring von Netzwerkautomatisierungs- und -kontrollsystemen  
 ► Ein Unternehmensansatz, der IT- und Betriebsumgebung umfasst  
 ► Über regulatorische Compliance hinausdenken

Ein **Whitepaper** von IDC Energy Insights kann abgerufen werden unter [www.securecomputing.com/cybersecurity](http://www.securecomputing.com/cybersecurity).

**Weitere Informationen:** [www.securecomputing.com/pdf/IDC-EnergyCybersecurity.pdf](http://www.securecomputing.com/pdf/IDC-EnergyCybersecurity.pdf).

## Auskunft bei erfahrenen Kollegen einholen

Gemeinde Seevetal und CC e-gov GmbH schließen Kooperationsvertrag

Eine erfolgreiche Zusammenarbeit hat Früchte getragen: Die Gemeinde Seevetal ist nicht nur ein langjähriger Anwender von ALLRIS, sondern sie hat insbesondere im Rahmen des Projekts „Kommunalpolitik mobil“ zahlreiche Anregungen zur Weiterentwicklung des Verfahrens eingebracht.

Seit November 2006 beziehen die Mitglieder des Rates ihre Sitzungsunterlagen ausschließlich aus dem Internet. Einladungen, Vorlagen und Niederschriften für die Kommunalpolitiker der Gemeinde werden jetzt nicht mehr als Papierunterlage gefertigt. Das bisherige Drucksacheverfahren wurde damit abgeschafft. Ein Postversand erfolgt nicht mehr. Alle Mandatsträger sind mit Notebooks und Internetzugang ausgestattet worden, um ein papierloses Arbeiten zu ermöglichen.

Alle Beteiligten sind zufrieden. Mit der Umstellung konnte die Qualität der Zuarbeit für die Gremien maßgeblich verbessert werden, zudem wurden im Sitzungsdienst Einsparungen in Höhe von 30% realisiert.

Davon profitieren nun auch zunehmend Kommunen außerhalb des Landkreises Harburg. Nun haben auch Verwaltungen aus Süddeutschland intensives Interesse an diesem beispielgebenden Projekt bekundet. Auf der Basis des vor Kurzem geschlossenen Kooperationsvertrages stehen die bei der Gemeinde Seevetal gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen anderen Kommunen zur Verfügung: neben der Vorstellung des Projektes bei kommunalen Fachmessen stehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde gerne auch anderen ALLRIS-Anwendern beratend zur Seite.

Die CC e-gov GmbH ist Hersteller des Ratsinformationssystems ALLRIS®, das als eines der leistungsfähigsten Systeme seiner Art bundesweit bei rund 300 Kommunalverwaltungen im Einsatz ist. Mit CC DMS® bietet die CC e-gov GmbH zudem ein modernes Dokumentenmanagementsystem mit besonderer Ausprägung für die öffentliche Verwaltung an.

**Weitere Informationen zum Projekt „Kommunalpolitik mobil“:** <http://egovernment.seevetal.de>.

CC e-gov GmbH  
[www.cc-egov.de](http://www.cc-egov.de)



**ALLRIS®**  
 Sitzungsdienst  
 Ratsinformationssystem

**CC DMS®**  
 Dokumentenmanagement  
 Elektronische Archivierung

Datenschutzrechtlich  
 zertifizierte Software!

ALLRIS® - ULD Gütesiegel 5-8/2004, gültig bis 12-10-2009  
 CC DMS® - ULD Gütesiegel 3-8/2005, gültig bis 28-08-2007



Tel. 040 - 22 71 99 0

[www.cc-egov.de](http://www.cc-egov.de)  
[info@cc-egov.de](mailto:info@cc-egov.de)

Jubiläum anderer Art:

## 25 Jahre Computervirus

Fast 4 Millionen Deutsche wurden Opfer von Computer- und Internet-Kriminalität

Vor 25 Jahren, am 10. November 1983, stellte der US-Forscher Fred Cohen an der University of Southern California den ersten Computervirus vor. Auf dieses Jubiläum anderer Art weist der Hightech-Verband BITKOM hin. „Das kriminelle Potenzial, das Cohens Entdeckung entfalten würde, war damals nicht absehbar. Die Nachfolger des ersten Virus haben zu einer Massenepidemie geführt“, sagt BITKOM-Präsident Prof. Dieter Kempf. Nach einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des BITKOM sind fast 4 Millionen Deutsche bereits Opfer von Computer-Kriminalität geworden. Sieben Prozent aller Computernutzer ab 14 Jahre haben einen finanziellen Schaden durch Viren, bei Online-Auktionen oder Online-Banking erlitten.

Ein Virus ist ein Programm, das in einem anderen Programm - dem so genannten Wirtsprogramm - einen Code auf dem PC ablegt. Kommt das Wirtsprogramm zur Ausführung, kann der Virus aktiv werden. Er löscht oder ändert Daten, stört Arbeitsabläufe, lässt den PC abstürzen oder verbreitet sich. Viren können etwa durch eMails oder durch Datenträger wie Speicherkarten und USB-Sticks auf andere Rechner übertragen werden.

**Würmer, Trojaner, Spyware**

Mit dem Internet haben sich Anzahl und Vielfalt der Viren in den vergangenen Jahren spürbar erhöht. Heute werden PC-Benutzer auch mit anderer schädlicher Software wie Würmern, Trojanern oder Spyware konfrontiert. Im Jahr 2000 infizierte der „I love you“-Wurm innerhalb kürzester Zeit Millionen Rechner. „Das Motiv hinter den Internet-Angriffen hat sich verändert: Ging es anfangs darum, Aufsehen zu erregen, so wollen heute Kriminelle persönliche Daten ausspähen, um sich finan-

ziell zu bereichern“, sagt Kempf. Dennoch gehören Sicherheitsprogramme für viele noch nicht zum Standard. Fast jeder fünfte Computernutzer hat kein Virenschutzprogramm installiert. Lediglich 67 Prozent nutzen eine Firewall. „Die Zahlen sind alarmierend. Wer ohne Sicherheitsprogramme im Internet surft, bringt sich und andere in Gefahr“, so Kempf.

**Sicherheitsmaßnahmen**

BITKOM nennt in Zusammenarbeit mit „Deutschland sicher im Netz e.V.“ die wichtigsten Sicherheitsmaßnahmen für Computer-Nutzer:

► **Firewall und Anti-Virusprogramm installieren**

Eine gute Sicherheitsausstattung ist entscheidend. Ein Anti-Viren-Programm und eine Firewall, die den PC vor schädlichen Dateien aus dem Netz schützen, müssen vor der ersten Web-Sitzung installiert werden.

► **Regelmäßig Updates von Betriebssystem und Anwendungen durchführen**

Jeder Computernutzer sollte

regelmäßig Updates installieren. Schon beim ersten Surfen mit einem neuen Computer sollten die aktuellsten Software-Versionen heruntergeladen werden. Meist kann bei der Konfiguration von Betriebssystemen und Anwendungen ein regelmäßiges, automatisches Suchen und Installieren von Updates eingestellt werden.

► **Niemals Zugangsdaten herausgeben oder unverschlüsselt auf dem PC speichern**

Mitarbeiter von Banken, Online-Händlern etc. fragen nie per eMail oder Telefon nach Zugangsdaten wie PINs oder TANs. Auch auf Verlangen sollten keine Kennwörter herausgegeben werden. Außerdem sollten keine Zugangsdaten wie Passwörter in Klartext auf dem PC gespeichert werden. Besser nutzt man spezielle Passwortmanager, die die Zugangsdaten verschlüsseln.

► **Bei der Übertragung von persönlichen Daten auf verschlüsselte Netzwerkverbindungen achten**

Persönliche Informationen wie Kreditkarten-Nummern, PINs und TANs sollten nur eingege-

ben werden, wenn eine verschlüsselte Verbindung zu einer authentifizierten Webseite vorliegt. Bei einer verschlüsselten Verbindung steht in der Adressleiste im Browser nicht „http://“ sondern „https://“ vor der eigentlichen Adresse. Weiterhin ist ein Schlosssymbol erkennbar. Echte Websites können heute zudem verstärkt durch so genannte Extended Validation Zertifikate erkannt werden. Diese sind eine Art digitales Prüfsiegel für Website-Betreiber. Greifen Surfer mit aktuellen Webbrowsern auf die Seiten zertifizierter Organisationen zu, wird die Browserzeile grün hinterlegt.

► **Mit persönlichen Daten bewusst umgehen**

Die meisten Menschen haben heute zahlreiche digitale Identitäten: als Kunde beim Online-Banking oder bei Online-Shops, als Nutzer von Internet-Marktplätzen oder als Teilnehmer von Communities und Foren. In all diesen Fällen ist ein überlegter Umgang mit persönlichen Daten gefragt, insbesondere wenn diese für Dritte frei einsehbar sind. Auch sollte die private E-Mail-Adresse nicht allzu freizügig herausgegeben werden.

**Weitere Tipps für den Schutz des Computers unter: [www.sicher-im-netz.de](http://www.sicher-im-netz.de)**

**Tagung zu Elektronischem Personalausweis und Internet-Sicherheit:**

## Aktuelle Entwicklungen bei intelligenten Chipkarten

Welche neuen Sicherheitsfunktionen bringt der elektronische Personalausweis? Wie lassen sich Identitäten mittels SmartCards im Internet sicher überprüfen? Welche Rolle spielen digitale Identitäten in Zukunft beim Handy? Diese und weitere Fragen zu elektronischen Ausweisen diskutieren Experten aus Forschung, Wirtschaft und Behörden beim SmartCard-Workshop des Fraunhofer SIT, der am dritten und vierten Februar 2009 in Darmstadt stattfindet. Neben aktuellen Ergebnissen aus Forschung und Entwicklung beschäftigt sich die Veranstaltung auch mit möglichen Angriffen auf SmartCard-Chips und der internationalen Standardisierung von Sicherheitsprotokollen für die zukünftigen Anwendungen.

„In Zukunft werden wir ein und denselben Ausweis ganz unterschiedlich nutzen können – bei der Ausweiskontrolle am Flughafen ebenso wie beim

für den Internet-Einkauf und andere personenbezogene Dienste nutzen können. Deshalb besitzt der ePA neuartige Sicherheitsfunktionen, die Online-Be-

## Erster Förderbescheid für den Breitbandausbau

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Hessel gratulierte der Gemeinde Kalchreuth

Den ersten Zuwendungsbescheid für die Erschließung des Gemeindegebiets mit schnellem Internet erhielt die Gemeinde Kalchreuth von der Regierung von Mittelfranken. „Das ist eine gute Nachricht für die Versorgung ländlicher Gebiete mit Breitbandinternet. Ich gratuliere der Gemeinde Kalchreuth zum ersten Förderbescheid für den Ausbau von Breitbandinternet“, erklärte dazu Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel.

Die Europäische Kommission hat die notwendige Genehmigung des bayerischen Breitbandförderprogramms erst vor Kurzem erteilt. Die Fördermittel werden vom Bayerischen Wirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt. „Für die Unternehmen ist der Austausch hoher Datenmengen über das Internet zur unverzichtbaren Standortvoraussetzung geworden. Wir unterstützen vor allem mittelständische Betriebe im harten Wettbewerb, indem wir moderne Breitbandinfrastrukturen gerade in ländlichen Regionen fördern“, so Hessel.

In Kalchreuth werden neben Privathaushalten auch Gewerbebetriebe von der schnellen Internetanbindung profitieren. „Das zeigt, dass wir in Bayern mit unserem Schwerpunkt auf der Förderung von Gewerbegebieten richtig liegen“, so Hessel. „Die Staatsregierung liefert mit ihrem Förderprogramm einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Unternehmen.“

Mit der Förderung unterstützt der Freistaat Kommunen, die bisher von schnellen Internetzugängen abgeschnitten waren. Insgesamt stehen hierfür 19 Millionen Euro zur Verfügung. Anträge können bei den Bezirksregierungen gestellt werden. Weitere Informationen zur Förderung und zum Thema Breitband in Bayern können unter [www.breitband.bayern.de](http://www.breitband.bayern.de) abgerufen werden. □

ungewöhnliche Angriffsmöglichkeiten informieren Prof. Dr. Werner Schindler vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und Michael Kasper vom Fraunhofer SIT in ihrem Vortrag „Seitenkanalanalysen von hardware- und softwarebasierten Sicherheitsmodulen“.

Weitere Informationen und das vollständige Programm sowie die Anmelde-Unterlagen gibt es im Internet unter [www.smartcard-workshop.de](http://www.smartcard-workshop.de), die Teilnahme kostet 580 Euro. □

**Gute Nachrichten für Bayreuths Autofahrer:**

## Beim Umzug kein neues Kfz-Kennzeichen

Stadt und Landkreis Bayreuth bieten im Rahmen eines Pilotprojektes einen neuen Service, der Geld spart

Wer seinen Wohnsitz von der Stadt in den Landkreis verlegt oder umgekehrt, der benötigt ab sofort kein neues Autokennzeichen mehr - ein neuer Service, der nicht nur Zeit, sondern auch bares Geld spart. Die AKDB liefert die nötige Software dafür.

Wie Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl und Landrat Hermann Hübner mitteilen, beteiligen sich Stadt und Landkreis Bayreuth an einem Pilotprojekt, das auf der Basis einer Ausnahmegenehmigung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums diesen neuen Service ermöglicht. Für Fahrzeuge mit dem Ortskennzeichen BT kann so bei einem Umzug des Fahrzeughalters auf die sonst notwendige Umkennzeichnung verzichtet werden. Das bereits vorhandene BT-Kennzeichen darf stattdessen auch nach dem Wechsel des Wohnsitzes weiterverwendet werden.

Die neue Regelung gilt zunächst nur für zugelassene Fahrzeuge. Selbstverständlich können sich Fahrzeughalter auch weiterhin bei einem Wohnortwechsel auf Wunsch ein neues Kennzeichen ihres Zulassungsbereichs zuteilen lassen. Bei einem Umzug von Stadt oder Landkreis Bayreuth in einen anderen Zulassungsbezirk - zum Beispiel Kulmbach - muss auch weiterhin eine Umkennzeichnung des Fahrzeugs erfolgen. Die Zulassungsbehörden von Stadt und Landkreis bitten zudem zu beachten, dass trotz der neuen Regelung Fahrzeughalter ihr Gefährt bei einem Umzug nach wie vor in der Zulassungsstelle ummelden müssen: Fahrzeugpapiere, gültige Abgas-(AU) sowie Hauptuntersuchungsbescheinigungen (HU) und eine neue Versicherungsbestätigung (früher Doppelkarte) müssen vorgelegt werden.

**Verwaltungsvereinfachung**

Landrat Hübner und OB Dr. Hohl sehen in dem neuen Zulassungsverfahren ein echtes Stück Verwaltungsvereinfachung: „Stadt und Landkreis haben hier an einem Strang gezogen. Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet das neue Verfahren Zeit- und Geldersparnis“. Denn bisher mussten Autobesitzer bei einem Umzug zwischen Stadt und Landkreis jeweils neue Kennzeichen anschaffen. Dass sie sich die Kosten hierfür und das Ummontieren der Schilder künftig sparen können, wurde durch entsprechende Softwarelösungen der AKDB ermöglicht. Die AKDB ist führender kommunaler Softwareanbieter und betreibt in Bayreuth eine erfolgreiche Geschäftsstelle.

**Über die AKDB**

Mit über 35 Jahren Erfahrung in Erstellung und Produktion kommunaler Branchensoftware steht die AKDB für Kompetenz und Qualität. Als marktführendes Softwarehaus gehören zu den primären Aufgaben der AKDB die Entwicklung, Pflege und der Vertrieb hochqualifizierter und effizienter Softwarelösungen für nahezu alle Fachbereiche der Städte, Kreise und Gemeinden. □

## Fünf Schritte zum energieeffizienten Büro

Behörden können die Stromkosten für IT deutlich senken

Für viele Behörden und Unternehmen ist die Senkung der Energiekosten ein wichtiges Thema. Mit energieeffizienten IT-Geräten können sie hier schnell Erfolge erzielen. Die Initiative Energie-Effizienz der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) zeigt in fünf Schritten, wie Unternehmen und öffentliche Einrichtungen bis zu 75 Prozent ihrer Stromkosten für Informationstechnik (IT) einsparen können, wenn sie veraltete Geräte durch energieeffiziente ersetzen und diese intelligent nutzen.

**1.** Nicht überdimensionieren: Vor der Beschaffung neuer Bürogeräte ist genau zu überlegen, welche Ausstattung und Leistung tatsächlich benötigt wird: Geräte, die für den Arbeitssalltag überdimensioniert sind, verursachen unnötige Stromkosten. So ist beispielsweise für gängige Office-Anwendungen kein stromintensiver High-End-PC nötig.

**2.** Mehrfach sparen mit Multifunktionsgeräten: Prüfen Sie, ob sich die Funktionen einzelner Geräte wie Kopierer, Drucker, Scanner oder Fax in einem Multifunktionsgerät zusammenfassen lassen, um den Stand-by-Stromverbrauch mehrerer Einzelgeräte zu vermeiden. Denn gerade diese Geräte verursachen die höchsten Stromkosten während der Betriebsbereitschaft.

**3.** Energieeffizienz als Beschaffungskriterium: Mit jedem neuen Gerät werden die Betriebskosten für die nächsten Jahre festgelegt. Bei gleicher Ausstattung weisen Bürogeräte oftmals erhebliche Unterschiede im Stromverbrauch auf. Er kann sich zum Beispiel bei PCs mit vergleichbarer Ausstattung und Leistung um 50 Prozent und mehr unterscheiden. Es lohnt sich also, den Stromverbrauch als Kriterium bei der Beschaffung zu berücksichtigen.

**4.** Geräte energieeffizient nutzen: Auch die Nutzung der Geräte im Büroalltag ist ausschlaggebend für die Betriebsko-

sten. Die Energiespareinstellungen sollten bedarfsgerecht konfiguriert sein. Die einfachste Sparmaßnahme: Bildschirmschoner deaktivieren und stattdessen den Energiesparmodus des Monitors verwenden.

**5.** Richtig abschalten: Auch scheinbar ausgeschaltete Geräte sind häufig nicht vollständig vom Stromnetz getrennt und verbrauchen noch Strom. Mit einer abschaltbaren Steckdosenleiste lassen sich diese unnötigen Energiekosten vermeiden.

Die Initiative EnergieEffizienz stellt Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen für jeden Schritt die passenden Informationen bereit: Aus der Datenbank „Office-TopTen“ lassen sich schnell die wirtschaftlichsten Bürogeräte nach eigenen Suchkriterien herausfiltern. Ein detaillierter Leitfaden zeigt Schritt für Schritt, wie Energieeffizienzkriterien in Ausschreibungen eingebunden werden und ein Ratgeber gibt Tipps zur energieeffizienten Nutzung der Geräte.

Die Angebote sind Bestandteil der bundesweiten Initiative EnergieEffizienz, die von der dena und den Unternehmen E.ON Energie AG, EnBW AG, RWE Energy AG sowie Vattenfall Europe AG getragen und durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gefördert wird.

**Alle Angebote stehen im Internet unter: [www.office-topten.de](http://www.office-topten.de)** □



Einkauf im Internet oder bei der Online-Abgabe der Steuererklärung“, sagt Workshop-Organisator Ulrich Waldmann vom Fraunhofer SIT. „Für Unternehmen, Behörden und jeden einzelnen Bürger ergeben sich daraus große Vorteile, denn die staatliche Kartenausgabe ermöglicht Sicherheit auf höchstem Niveau einschließlich des gegenseitigen Nachweises eindeutiger Identitäten.“ Höhepunkt der Veranstaltung ist die Verleihung des Fraunhofer SIT-SmartCard-Preises, der am dritten Februar im Rahmen einer Feierstunde vergeben wird. Der SIT-SmartCard Workshop ist die größte Entwicklerkonferenz für SmartCards in Deutschland.

**ePA für Internet-Einkauf**

Ab November 2010 soll der elektronische Personalausweis (ePA) den bisherigen Personalausweis ablösen. Die Bürger sollen den neuen Ausweis auch

trug verhindern und den Datenschutz im Internet erhöhen. Wie diese Mechanismen funktionieren und welche Anwendungsmöglichkeiten sich daraus für Bürger, Behörden und Unternehmen ergeben, schildert Michael Herfert vom Fraunhofer SIT in seinem Vortrag „Neue Anwendungskonzepte für eID“. Wie der elektronische Reisepass soll auch der kommende Personalausweis per Funk ausgelesen werden. Wie trotz der drahtlosen Verbindung die Sicherheit gewahrt bleibt und sich sogar Signatur-PINs sicher übertragen lassen, erklärt Dr. Kim Nguyen von der Bundesdruckerei in Berlin.

**eCard-Strategien**

Weiterer Schwerpunkt des SmartCard-Workshops sind die eCard-Strategien in Deutschland, Österreich und Europa. Darüber referiert u.a. Prof. Dr. Reinhard Posch, der Chief Info-

## Ländliche Entwicklung Oberfranken:

## Vorbildliche Sanierung und Renovierung

Eigentümer zwölf oberfränkischer Anwesen ausgezeichnet  
Vorbilder für Dorfentwicklung

Im prachtvollen Konventbau der Schule der Dorf- und Flurentwicklung in Klosterlangheim wurden vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken Eigentümer der zwölf Anwesen des Bezirkes geehrt, die sich - ganz im Dienste der Dorferneuerung - besonders durch die vorbildliche Sanierung, Renovierung und liebevolle Neugestaltung ihrer privaten Anwesen verdient gemacht haben.

Helmut Vordran und Elke Röder von der „Oberen Mühle“ in Rattelsdorf (Landkreis Bamberg) sowie Ralf und Angela Pistor in Hegnabrunn (Landkreis Kulmbach) wurden geehrt für die Umnutzung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden. Die Familien Kohlmann und Penzel/Zöberlein (beide aus Pretzfeld, Landkreis Forchheim) wurden jeweils für eine hervorragende Generalsanierung von Holzlegern prämiert.

Das Ehepaar Dr. Reichel aus Schönfeld bei Hollfeld (Landkreis Wunsiedel), die Eheleute Wolfrum aus Tiefengrün (Landkreis Hof) sowie das Ehepaar Eismann aus Melkendorf (Landkreis Bamberg) waren besonders engagiert bei der Sanierung von Wohngebäuden. Eine dorfge-rechte Hofgestaltung führte Jutta und Kurt Wunderlich in Selb/Spielberg (Landkreis Wunsiedel) durch.

Die Hakenhofanlage mit einem Wohnstallhaus und Scheunengebäude befindet sich am Anger des Dorfes. Der schmale Hofraum wurde mit vorhandenem Pflastermaterial neu gestaltet. Entlang des Grundstückzaunes wurde Platz für einen Grünstreifen gelassen. Im Zufahrtbereich zur Scheune ist das Pflaster mit breiten Fugen verlegt worden. Im hinteren Hofbereich ließ sich auch ein Sitzplatz mit guter Aufenthaltsqualität integrieren. Auf der ehemaligen Mistgrube ist ein schöner Steingarten angelegt. Trockenmauern umgrenzen die Anlage. Beim eigentlichen Hauszugang wurden große alte Granitsteinplatten wieder verlegt. Mit der gelungenen Außenbereichsgestaltung hat das im Bundeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden - unser Dorf hat Zukunft“ preisgekrönte Dorf einen weiteren Glanzpunkt gesetzt. Gleich vier Preisträger gab es

in der Kategorie „Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden“: Neben Rosa und Dr. Alfred Schelter aus Tschirn (Landkreis Kronach), Sonja und Manuel Jakob aus Osseck am Wald (Landkreis Hof) sowie Karin und Horst Reichel aus Reicholdsgrün (Landkreis Wunsiedel) nahmen

www.der-flexible-Raum.de  
Container · Raummodule · Hallensysteme

hier auch die einzigen Prämiierten aus dem Landkreis Lichtenfels die Ehrung entgegen: Roswitha und Bernhard Hofmann aus Unterneuses.

Die große Ortsbild prägende und unter Denkmalschutz stehende Hofanlage liegt am Einmündungsbereich der Pferdfelder Straße, die im Rahmen der Dorferneuerung ausgebaut wurde. Die Hofstelle ist etwa zweihundert Jahre alt. Das Wohngebäude, das in den 60er Jahren mit Baustoffen wie einer Kunststoffverkleidung und einflügeligen Fenstern modernisiert worden war, ist das Elternhaus des Eigentümers.

Eine kleine Naturkatastrophe und die beginnende Dorferneuerung in Unterneuses waren der Anlass, die 40 Jahre alten Veränderungen zu beseitigen und den ursprünglichen Zustand der Hofanlage wieder herzustellen. Dies ist in besonderer Weise gelungen und so haben die Eigentümer einen wertvollen Beitrag zur dörflichen Kultur und Lebensweise für Unterneuses geleistet.

Nachdem Dr. Christiane Schilling vom Amt für Ländliche Entwicklung die einzelnen Leistungen an der Großleinwand präsentiert hatte, wurden die Preisträger aufgerufen und erhielten als Zeichen der Anerkennung für

ihre Verdienste ein Geschenk sowie eine von der Porzellanfachschule Selb gestaltete Porzellanplakette.

Wie der Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Oberfranken, Anton Hepple, hervorhob, sei diese Auszeichnung privater Restaurierungsmaßnahmen, die seit 2000 zum fünften Mal im zweijährigen Turnus stattfindet, eine Wertschätzung und ein Dank für das gute Beispiel, mit dem die geehrten Personen vorangingen. Solche Vorbilder seien im Hinblick auf eine

erneuerung könne nur dann zum Erfolg führen, wenn solche lebenswerten privaten Restaurierungsmaßnahmen ausgeführt werden, so Hepple. Abgesehen von der finanziellen Förderung hätten die Geehrten über viele Jahre Engagement, Geld, kreative Ideen und vor allem eine Menge Eigenleistung bei der Sanierung ihrer Anwesen eingebracht.

Die Lichtenfelser Bürgermeisterin Dr. Bianca Fischer zitierte den früheren englischen Staatsmann Thomas Morus: „Aus der Tradition wird das Feuer mitgenommen, nicht die Asche.“ Eine derart liebevolle Sanierung von Bauwerken sei „gelebte Verfassung“ im Sinne der grundgesetzlich verankerten Verantwortung für das Eigentum.

Der Stellvertretende Vorsitzende des oberfränkischen Bezirksverbandes des Bayerischen Gemeindetages, Albert Rubel, erinnerte seinerseits an die Bausünden der 70er Jahre, als so manches Haus dem modernen Zeitgeist geopfert wurde. Auch Brigitte Sesselmann von der Bayerischen Architektenkammer bemängelte, dass neue Häuser nur allzu oft ein trauriges Bild abgeben und kaum noch Bezug zur dörflichen Baukultur hätten. Die heutige Bauweise sei nicht generell zu verteufeln, jedoch appellierte sie an den gesunden Menschenverstand der Bauherren. Die Preisträger, so Sesselmann, hätten eines gemeinsam: „Sie geben den Nachkommen ein Stück Vergangenheit weiter.“ **DK**

Entwicklung der Dörfer und der Sicherung einer guten Zukunft für den ländlichen Raum wichtiger und vor allem wesentlich hilfreicher als ein erhobener Zeigefinger.

Öffentliche Maßnahmen wie ein neu gestalteter Dorfplatz mögen sinnvoll sein, doch eine Dorf-



Modularer Systembau: Die neue Schulkantine der Gutenbergschule in Wiesbaden.

GRAEFF Container & Hallenbau GmbH:

## Neue Wege bei der Fassadenverkleidung

Die Mannheimer GRAEFF Container & Hallenbau GmbH hat für die Stadt Wiesbaden eine Schulkantine errichtet, die der Versorgung eines Teils der etwa 1.350 Schüler der Gutenbergschule dient. Das Gebäude ist im modularen Systembau, auf der Basis des GRAEFF-Containerpavillons 3001 plus, errichtet. Die bauliche Besonderheit ist eine vorgehängte Klinkerfassade, um den Annex äußerlich an das bestehende, denkmalgeschützte Hauptgebäude anzugleichen.

GRAEFF kann auf eine eindrucksvolle Liste an Schulbauten im gesamten Bundesgebiet verweisen. Jetzt kam der Kantenanbau für die Gutenbergschule in Wiesbaden hinzu, einem Gymnasium mit derzeit etwa 1.350 Schülern. Der Komplex ist für die Versorgung von 70 Schülern ausgelegt, die am Nachmittag Unterricht haben oder Hausaufgabenhilfe in Anspruch nehmen wollen. Die Infrastruktur des Komplexes, mit einer Ausgabeküche, mit den erforderlichen Sicherheitseinbauten und ausreichend dimensioniertem Schallschutz sowie sicheren Zugangs- und Sanitärbereichen wurde von GRAEFF auf der Vorgabe der ausschreibenden Behörde umgesetzt. Mit einer vorgehängten Klinkerfassade ist dafür gesorgt, dass der Anbau mit dem Hauptgebäude der Schule harmonisiert, einem denkmalgeschützten Jugendstilbau aus dem frühen 20. Jahrhundert. Die vorgehängte Fassade dient jedoch nicht nur der Optik, sie ist gleichzeitig ein bedeutender Faktor der Wärme-

dämmung der Schulkantine.

„Dieses Gebäude ist ein weiterer Beleg dafür, dass modulares Bauen nicht gleichbedeutend ist mit eintöniger Architektur“, so Heinrich Graeff, der Geschäftsführer des Mannheimer Unternehmens. „Wir haben die Erfahrung, auf unterschiedliche Anforderungen unserer Kunden zielgerichtet, wirtschaftlich und ästhetisch überzeugend einzugehen. Das ist der Vorteil unseres modularen Systems.“

### Das Unternehmen

Die Graeff Container- und Hallenbau GmbH, Mannheim, entwickelt und produziert seit über 40 Jahren mobile Raumlösungen und hochwertige Fertiggebäude. Das Unternehmen setzt dabei auf modulare und kostengünstige Raumsysteme. Die umfangreiche Produktpalette reicht vom schlichten Baucontainer, dem Gastro-Pavillon und dem repräsentativen Ausstellungs-Glaspalast bis hin zu Großraumlagern.

### Stadt Landshut:

## Baugenehmigungsverfahren schneller denn je

OB Hans Rampf: „Ein großer Schritt zu mehr Bürgerfreundlichkeit“

Die durchschnittliche Verfahrensdauer bei Baugenehmigungen in der Stadt Landshut ist seit Amtsantritt von Oberbürgermeister Hans Rampf deutlich von 90 Tage auf unter 14 Tage verringert worden. „Mein Ziel, auch im Bereich der Baugenehmigungen mehr Bürgerfreundlichkeit und eine umfassende, deutlich unbürokratischere und schnellere Bearbeitung zu ermöglichen, haben wir in puncto Bearbeitungszeit nun sogar noch deutlich verbessern können.“, so Hans Rampf.

Dadurch könne das positive Investitionsklima durch noch mehr Transparenz und die Investitionssicherheit nachhaltig gesteigert werden. Die Stadt Landshut hat in den vergangenen Jahren immer wieder hervorragende Beurteilungen von Fachzeitschriften erhalten, wenn es um Wachstum, Infrastruktur und Kaufkraft ging. Die Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen, dient nun maßgeblich dazu, die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Stadt zu festigen.

### Optimierte Abläufe

Die Reduzierung der Verfahrensdauer wurde möglich, weil die beteiligten Ämter im Zuge der von Oberbürgermeister Hans Rampf initiierten laufenden Verwaltungsmodernisierung umstrukturiert und die Arbeitsabläufe optimiert wurden. Das hat dabei keinerlei Einfluss auf die gewohnte Qualität der Bearbeitung, mehr Personal wur-

de dadurch auch nicht nötig. Alle Verwaltungsabläufe in diesem Bereich werden nunmehr im sogenannten Parallelverfahren im Amt für Bauaufsicht und Wohnungswesen durchgeführt. So entfielen beispielsweise die jeweiligen Zeiten des Wartens auf den Rücklauf eines Antrags. Durch die parallele Bearbeitung kann so auch auf unvollständige Bauanträge sofort reagiert werden, da der jeweilige Sachbearbeiter nun von Anfang an mit jedem Fall betraut ist.

Des Weiteren wurden Sachkompetenzen gehoben und eine wöchentlich stattfindende Bauantragsbesprechung im Amt für Bauaufsicht und Wohnungswesen eingeführt. Bürger, die einen Antrag stellen wollen, können nun durch formlose Anfragen schon vor dem Einreichen ihres Antrags aus einer Hand Informationen über die Zulässigkeit des Vorhabens erhalten und notwendige Änderungen in ihren Bauantrag einarbeiten. **□**

### Leighton Areal in Würzburg:

## Startschuss für internationalen Ideenwettbewerb

Die Stadt Würzburg lobt einen offenen, internationalen 2-stufigen städtebaulich-landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb für die zukünftige Entwicklung des „Leighton Areals“ aus. Der Konvisionsausschuss der Stadt Würzburg hat am 10.12.2008 mit Beschluss der Auslobung den Startschuss dazu gegeben. Damit kann das Verfahren nun mit der EU-weiten Veröffentlichung beginnen.

Die Entwicklung des 134,5 ha großen Geländes stellt für die Stadt Würzburg eine große Herausforderung für die zukünftige städtebauliche Entwicklung dar. Es soll ein attraktives neues Stadtquartier mit vielfältigen Wohnformen, hochwertigen Arbeitsplatzangeboten, umfangreichen Grünflächen, zentralen Einrichtungen und sozialer Infrastruktur entstehen, das die Bedeutung der Stadt Würzburg als Wohnstandort stärkt und zum Image als Wissens- und Arbeitsstandort beiträgt.

Ein wesentlicher Impuls liegt in der Erweiterungplanung der Universität auf das Gelände, welche ein wichtiger Baustein der zukünftigen Nutzungen darstellt. Der Wettbewerb findet daher in enger Abstimmung mit dem Freistaat Bayern, vertreten

durch das staatliche Bauamt Würzburg statt.

Ziel des Wettbewerbs ist es, ein robustes, langfristig tragfähiges und in Abschnitten umsetzbares städtebauliches Konzept für das Areal zu finden. Es werden dafür zukunftsweisende und gestalterisch hochwertige Antworten erwartet.

Nun ist der Weg frei für Arbeitsgemeinschaften aus Architekten/Stadtplanern und Landschaftsarchitekten, Ideen und Perspektiven zu entwickeln. Die Stadt hat 13 renommierte Büros aufgefordert, an dem Verfahren teilzunehmen.

Es sind nun auch explizit alle lokalen und regionalen Entwurfsteams gefragt, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen und ihre Kompetenz einzubringen. **□**

### Bayerische Ingenieurekammer-Bau:

## Kritik an Preisdumping bei Gutachten

Die Bayerische Ingenieurekammer-Bau hat das Drücken der Ingenieurhonorare durch Gemeinden verurteilt: „Noch immer vergeben Bauverwaltungen Aufträge für Gutachten zu Niedrigpreisen, die ein sorgfältiges Arbeiten kaum ermöglichen“, kritisierte Kammerpräsident Dr.-Ing. Heinrich Schroeter in München. Damit nähmen die Verantwortlichen in den Rathäusern die Risiken eines Billig-Gutachtens bewusst in Kauf.

Ihm seien Aufträge von Bauverwaltungen bekannt, bei denen Bauingenieure auf einen Stundenlohn von etwa fünf Euro kämen, sagte Schroeter: „Da stellt sich schon die Frage, welche Leistung man für dieses Geld erwarten kann und welche Verantwortung im Falle eines Unglücks der Auftraggeber trägt.“

Schroeter forderte alle Gemeinden und Eigentümer von Gebäuden auf, Gutachten ausschließlich von qualifizierten Prüfern erstellen zu lassen. Listen mit Ansprechpartnern gibt es unter anderem bei der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau in München.

Nach dem Einsturz der Eislaufhalle in Bad Reichenhall hatte das bayerische Innenministerium zusammen mit einer Expertengruppe im September 2006 ein Schriftstück mit Empfehlungen

für die Überprüfung der Standsicherheit von Gebäuden erarbeitet. „Das Papier richtet sich an Eigentümer und Verfügungsberechtigte von Immobilien“, so Schroeter. Zu dieser Expertengruppe zählte auch die Bayerische Ingenieurekammer-Bau, die daraufhin Listen mit qualifizierten Tragwerksplanern, wie die Prüfer genannt werden, erstellte. Fachkundige Personen sind z. B. Bauingenieure, die mindestens fünf Jahre Erfahrung mit der Aufstellung von Standsicherheitsnachweisen, mit technischer Bauleitung und vergleichbaren Tätigkeiten haben.

Nach der Bayerischen Bauordnung sind bauliche Anlagen u. a. so in stand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit und natürliche Lebensgrundlagen, nicht gefährdet werden. **□**



### KOMMUNALES BAUEN – WIRTSCHAFTLICH MIT GRAEFF

Kindergärten, Schulen oder Sporthallen, Bauhöfe oder Feuerwehrhäuser – GRAEFF bietet für jedes kommunale Bauvorhaben eine wirtschaftliche und architektonisch überzeugende Lösung.

Aus unseren variablen, funktionalen Hallen- und Pavillonmodulen entwickeln unsere Planer genau das auf Ihren Bedarf zugeschnittene Gebäude.

Lassen Sie sich beraten!

GRAEFF Container- und Hallenbau GmbH | Ruhrorter Straße 2-4 | D-68219 Mannheim  
Telefon 0621/84 444 | Fax 0621/84 44 555 | www.graeff-gmbh.de

ARGE Ländlicher Raum:

## Für eine aktive Zivilgesellschaft

Dokumentation des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin

„Der Ländliche Raum braucht eine aktive Zivilgesellschaft – zu Rolle und Aufgabe der ARGE Ländlicher Raum“ lautet der Titel einer von der Arbeitsgemeinschaft herausgegebenen Dokumentation über eine Veranstaltung im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin. Einleitend stellt der Sprecher der ARGE Ländlicher Raum, Dr. Ing. Holger Magel, darin fest, dass ein „neu ausbalanciertes Zusammenspiel zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgern“ angestrebt werde. Man treffe sich auf geistiger Augenhöhe mit maßgeblichen Proponenten der Bürgergesellschaft aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik und betreibe letztlich Realpolitik.

Das Tagungsthema aus Sicht der Landkreise beleuchtete der Landrat des Werra-Meißner-Kreises, Hessen, Stefan G. Reuß. Die Situation der schrumpfenden und wachsenden Regionen in Deutschland stelle die ländlichen Räume vor besondere Herausforderungen.

Daher habe auch die öffentliche Hand einen erheblichen Handlungsauftrag. Zuvor gelte es natürlich, die öffentliche Infrastruktur aufrecht zu erhalten und dies bei rückgängigen Einwohnerzahlen auch finanzierbar zu gestalten. Stadt- und insbesondere Dorferneuerung seien dabei als wesentliche Zukunftsaufgaben zu betrachten.

Erforderlich sei in diesem Zusammenhang ein klares und strukturiertes Flächenmanagement – damit verbunden auch die Gestaltung des Rückbaus von Leerständen sowie die Erfassung und Prognostizierung der sich abzeichnenden Situation in den Dörfern und Städten. Im Werra-Meißner-Kreis habe man bereits ein sog. Leerstandskataster entwickelt.

Um die Attraktivität und Lebensqualität als Wohnstandort zu sichern, sei der Ausbau der sozialen Infrastruktur notwendig, betonte Reuß. Es werde erfor-

derlich sein, öffentliche Liegenschaften mehrdimensional zu nutzen. Mehrgenerationenhäuser oder Schulen könnten als Begegnungsorten dienen.

### ÖPNV und Finanzausgleich

„In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, Schulungsplanung und Bildungsplanung so zu verzahnen, dass sie auch mit den weiteren Aspekten der Sozialplanung einhergehen“, meinte der Landrat. Darum müsse auch der öffentliche Personennahverkehr im ländlichen Raum gestärkt werden. Ebenso sei die Finanzausgleichs-problematik ein zu diskutierendes Thema: „Statt der Verschärfung der Situation durch das jetzt vorhandene System des kommunalen Finanzausgleiches, mit dem durch Schlüsselzuweisungen pro Kopf entsprechende finanzielle Zuwendungen in die ländlichen Räume fließen, muss eine deutlichere Unterstützung des ländlichen Raumes vorgenommen werden“, forderte Reuß.

Der Einbau eines demografischen Indikators in den kommunalen Finanzausgleich sei daher unabdingbar, um auch dem verfassungsrechtlichen Anspruch der Schaffung gleicher Lebens-

verhältnisse gerecht zu werden.

„Aus meiner Sicht ist die demografische Entwicklung im ländlichen Raum nicht nur geprägt von Pessimismus, sondern hat zahlreiche optimistische Ansätze“, resümierte der Politiker. Es böten sich Chancen und Perspektiven, auch bei rückläufiger Bevölkerungszahl den ländlichen Raum zu stärken und ihn zu einem attraktiven Wohnstandort zu gestalten. Dabei seien nahezu alle Lebensbereiche betroffen und sollten entsprechend beleuchtet werden.

### zulassen, sich einlassen, vertrauen

Aus Sicht der Gemeinden wies Michael Pelzer, 1. Bürgermeister von Weyarn, darauf hin, dass das Problem auf dem Weg zur Zivilgesellschaft häufig darin bestehe, „dass die Politiker, aber auch viele Behörden nicht bereit sind, folgende drei Worte zu bedenken: zulassen, sich einlassen und vertrauen“.

„Wenn es uns nicht gelingt, als Kommunalpolitiker genauso wie in den anderen Bereichen der

Politik, das Bild des Politikers zu verändern, werden wir den Weg in die Zivilgesellschaft nicht schaffen“, prognostizierte das Gemeindeoberhaupt. Man müsse wegkommen „vom Bild des Machers, der alles im Griff hat“. Vielmehr müssten Gemeinde, Landkreis und Land sich zu einer professionellen Entwicklungsagentur formen. Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich Menschen frei entwickeln könnten, sollten gemeinschaftlich vereinbart werden, forderte Pelzer. Dann seien die Menschen auch in der Lage, tatsächlich ihre eigenen Dinge zu regeln.

### Voraussetzung für lebendige Demokratie

Zivilgesellschaft sei nicht nur nötig für den ländlichen Raum, „sondern weil sie Voraussetzung ist für lebendige Demokratie, für die Rückgewinnung des Vertrauens der Menschen in Demokratie“, fuhr Pelzer fort. Hier gehe es wieder um das Zutrauen der Politiker, „dass die Menschen in der Lage sind, ihre Dinge, da, wo sie zu Hause sind, selber zu regeln“. „Wenn wir diese Erkenntnis in der Politik und in den Behörden durchsetzen, sind wir einen ganzen Schritt weiter auf dem Weg zur Zivilgesellschaft“, zeigte sich der Bürgermeister überzeugt. **DK**

Bodenpreise in Bayern:

## Leichter Rückgang

Die Preise für Acker- und Grünland sind nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Gemeinden interessant und wichtig, etwa wenn sie Gewerbegebiete, Sportflächen, Verkehrswege oder auch neue Siedlungsgebiete ausweisen wollen. Das Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt hat jetzt die Preisentwicklung in Bayern auf Grundlage der Kaufpreissammlung des Landesamtes für Statistik erfasst und festgestellt, dass nach einem kräftigen Preisschub im Jahr 2006 die Kaufpreise für landwirtschaftliche Flächen im Jahr 2007 wieder leicht zurückgegangen sind.

Die Käufer von Acker- und Grünland mussten 3,55 Prozent weniger bezahlen als im Vorjahr. Beim Verkauf von Acker- und Grünland wurde in Bayern im Jahr 2007 ein Durchschnittspreis von 23 431 Euro je Hektar (ha) erzielt, das sind 863 Euro weniger als ein Jahr zuvor. Bezogen auf die Ertragsmesszahl (EMZ), dient der Bewertung der Bodengüte, betrug der Preis 504 Euro je 100 EMZ.

Für die Entspannung bei den Bodenpreisen dürfte vor allem ein größeres Angebot an Flächen gesorgt haben. Denn der Umfang der verkauften Fläche ist deutlich gestiegen. Während im Jahr 2006 nur 5569 ha den Eigentümern wechselten, nahmen die Verkäufe im Jahr 2007 um 13 Prozent auf 6307 ha zu. Pro Verkaufsfall wurden im Schnitt 1,52 ha übertragen.

Gliedert man alle Verkaufsfälle in Bayern nach der Ertragsmesszahl (in 100 je ha Fläche), ergibt sich für das Jahr 2007 folgende Verteilung: unter 30 EMZ: 15 398 Euro je ha; von 30 bis unter 40: 17 394 Euro je ha; von 40 bis unter 50: 20 996 Euro je ha; von 50 bis unter 60: 29 004 Euro je ha; ab 60 und mehr: 33 705 Euro je ha.

Neben der Bodengüte spielt auch die Größe der jeweils veräußerten Fläche eine wichtige Rolle. Für das Jahr 2007 ist ein eindeutiger Trend erkennbar: Für größere Flächen werden auch höhere Hektarpreise bezahlt. Die Käufer sind offenbar bereit, für große Flächen, die sich mit modernen Maschinen effektiv bewirtschaften lassen, einen Aufpreis zu bezahlen. **dhg.**

### Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherrieble (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 42 vom 01.01.2008

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH &amp; Co. KG

Gutenbergsstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Mittelstands-Union München:

## Für schnelle Entlastung der Mittelschicht

Mittelstands-Union München für schnelle Entlastung der Mittelschicht in Deutschland wird zurzeit diskutiert, mit welchen Maßnahmen die Bundesregierung angesichts des Konjunkturschwungs im Jahre 2009 reagieren sollte. Die Mittelstands-Union der CSU München (MU) hat dazu eine klare Position. „Die Reduzierung der Steuerbelastung muss Vorrang vor staatlichen Ausgabenprogrammen haben, denn diese kann schnell umgesetzt und unmittelbar wirksam werden“, erklärt Thomas Schmatz, Bezirksvorsitzender MU München.

Nach Einschätzung der MU München blicken die Münchner Bürger und Unternehmer angesichts der Finanzmarktkrise und ihrer realwirtschaftlichen Folgen überwiegend pessimistisch in das Jahr 2009. Insgesamt wird sich der konjunkturelle Abschwung im Jahre 2009 verschärfen und auch den Münchner Arbeitsmarkt erfassen. Die SPD im Bund lehnt schnelle Steuersenkungen grundsätzlich ab.

Die Union ist in dieser Frage gespalten. Teile der Union wollen das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht aufgeben bzw. eine Steuerentlastung erst ab 2010 anstreben. Nach Ansicht der MU München steht jedoch eine schnelle Steuerentlastung nicht im Widerspruch zum Ziel der Haushaltskonsolidierung. „Eine Senkung der Steuerbelastung bereits ab Januar 2009 steigert das Wachstum, womit sie sich zumindest teilweise selbst finanziert. Darüber hinaus würden die Mehrbelastungen, die aufgrund der sogenannten kalten Progression entstanden sind, an die Bürger zurückgegeben“, betont Thomas Schmatz.

Auch kritische Befürchtungen, eine Steuerentlastung hätte nur eine erhöhte Ersparnisbildung der Bürger zur Folge, seien zu oberflächlich. „Wenn dies so eintritt, würden zusätzliche Ersparnisse dem Kapitalmarkt zur Ver-

fügung stehen und damit das Kreditangebot erhöhen. Dies wirkt sich wiederum positiv auf Investitionen und Konsum aus, so Schmatz. Zudem betont die MU München, dass eine Steuersenkung im Gegensatz zu punktuellen Ausgabenprogrammen langfristig wirkt und das Wachstum der deutschen Wirtschaft somit über die derzeitige Rezession hinaus steigern würde.

### Wachstum fördern!

Die MU München fordert daher die für München zuständigen Bundestagsabgeordneten der Union auf, sich vom Widerstand der SPD nicht beirren zu lassen. „Jetzt sei der richtige Moment, um Konjunktur und Wachstum zu fördern. Daher müssten die Mittelschicht durch die Senkung der Einkommensteuer sowie die unteren Einkommensgruppen durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge entlastet werden. Zudem sollte über eine Senkung der Mehrwertsteuer nachgedacht werden. Andere Europäische Länder hätten es vorge-macht und werden zeitnah mit Steuerentlastungen sogar noch vor Weihnachten reagieren.“

„Deutschland kann es sich nicht leisten, beim Thema Steuerentlastung Schlusslicht in Europa zu sein“, so Schmatz. **□**

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl:

## Ausschreibungsregeln lockern!

„Die Finanzmarktkrise und die zu erwartende Rezession wirken sich nicht nur auf die bayerische Wirtschaft, sondern auch auf die Gemeinden, Märkte und Städte aus. Die Kommunen als größte öffentliche Auftraggeber sollten deshalb in die Lage versetzt werden, geplante Investitionen schneller verwirklichen zu können. Dazu sollten das Vergaberecht kurzfristig vereinfacht und die Wertgrenzen deutlich angehoben werden, damit die Kommunen schnell und mittelstandsfreundlich Leistungen vergeben können“, schrieb Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl in einem Brief an Wirtschaftsminister Martin Zeil. „Angesichts der Regeldichte im Vergaberecht wäre es ein Schritt in die richtige Richtung, dem öffentlichen Auftragswesen durch die Beschränkung auf Mindeststandards mehr Flexibilität bei Investitionen zu ermöglichen.“

Im einzelnen schlägt Brandl vor,

- eine beschränkte Ausschreibung ohne vorherige öffentliche Bekanntmachung bis zu einem Auftragswert von 1 Million Euro im Baubereich nach kurzfristiger Aufforderung einer beschränkten Zahl von (regionalen) Unternehmen und einem schnell vorzunehmenden Wirtschaftlichkeitsvergleich zu ermöglichen sowie
- freihändige Vergaben ohne förmliche Verfahren bis zu einem Auftragswert von 100.000 Euro im Baubereich ohne weitere Einzelbegründung zuzulassen.

Gegebenenfalls könnten diese Lockerungen des Vergaberechts zeitlich befristet werden. Brandl: „Kein Unternehmer muss Wettbewerbsverzerrungen befürchten. Aus dem unmittelbar geltenden europarechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz, dem Diskriminierungsverbot und dem Wettbewerbsprinzip sowie aufgrund der allgemeinen Haushaltsgrundsätze ergeben sich ohnehin für die Kommunen Verpflichtungen zu einem fairen Verfahren. Wir gehen vielmehr davon aus, dass mit einer solchen Flexibilisierung der Vergabevorschriften die Städte, Märkte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, schneller und unbürokratischer in ihre Infrastruktur zu investieren und damit zur Konjunkturbelebung beizutragen.“ **□**

## Gründächer senken Feinstaub um ein Fünftel

Pflanzenblätter und poröses Substrat filtern Staub aus der Luft

Wien - Mit den ersten kalten Tagen, an denen die Heizungen in Betrieb gehen, beginnt auch die jährliche Feinstaub-Saison. „Im Kampf gegen diesen Staub spielen Gründächer eine wichtige Rolle“, sagt Gerold Steinbauer vom Verband für Bauwerksbegrünung <http://www.gruendach.at>, im Gespräch mit presstext.

Die Pflanzen wie auch ihr poröser Substratuntergrund filtern den für den Menschen schädlichen Staub und binden ihn, langfristig könnte dadurch eine Reduktion um 20 Prozent erreicht werden.

Dass Pflanzen Abgase filtern, ist lange bekannt. Studien des deutschen Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zeigen, dass über innerstädtischen Parks oder Alleenstraßen weniger Staub auftritt. Das gleiche Filterprinzip ge-

schieht auch bei Gründächern. Der Feinstaub setzt sich auf Gräsern, Büschen und Grün ab und wird vom Regen in den Boden gewaschen, wo er den Pflanzen als Dünger wertvolle Dienste leistet. Auch das auf Gründächern eingesetzte Substrat - in der Regel eine Mischung aus Ziegelsplitt, Sande und Komposten - kann durch seine kleinen Poren Feinstaub aufnehmen und verarbeitet diesen. „Bei glatten Dächern wird der Staub hingegen mit dem nächsten Wind wieder hochge-

wirbelt“, so Steinbauer.

Das Potential für Gründächer ist hoch, genutzt wird es noch wenig. „Täglich wird eine riesige nutzlose Fläche von unbegrünten Dächern gebaut“, kritisiert Steinbauer. Dabei liegen für ihn die Vorteile eines Gründachs auf der Hand: „Auf lange Sicht rentiert sich ein begrüntes Dach auch ökonomisch, denn es kann die Lebensdauer einer Dachabdichtung sogar verdoppeln.“ Daneben sei ein Gründach durch seine Funktion als Wasserspeicher und durch den zeitverzögerten Wasserabfluss auch ein wirksames Mittel gegen Überschwemmungen.

Feinstaub-Experte Manfred Neuberger vom Institut für Umwelthygiene der Medizinischen Universität Wien bestätigt die staubbindende Wirkung von Gründächern. Sie sei im Sommer am stärksten, da hier die meisten Pflanzen Blätter tragen. Zur Senkung der Feinstaubkonzentration sei die Verhinderung seiner Entstehung vorrangig, es bedürfe jedoch auch Maßnahmen zur Bindung des bereits existierenden Staubs.

Feinstaub entsteht bei allen Verbrennungsprozessen in Industrie, Haushalt und Straßenverkehr. Gefährlich ist er deshalb, da seine Partikel ungefiltert in die Lunge gelangen und unter anderem Allergien, Asthma, Atemwegsbeschwerden und Lungenkrebs begünstigen. EU-weit gilt ein jährlicher Feinstaub-Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter, den die Politik in Bedarfsfall durch Maßnahmen zur Reduktion des Straßenverkehrs oder durch Tempolimits zu erreichen versucht. **□**



OB Gabriele Bauer (Mitte) beim Besichtigungstermin. □

Landesgartenschau Rosenheim:

## Gewinn für Mensch und Umwelt

Mit den bayerischen Gartenschauen gelingt es, die Natur in die Stadt zu holen. Ihre Förderung lohnt sich gleich mehrfach. Mit diesen Worten übergab Umweltminister Dr. Markus Söder den Förderbescheid für die Landesgartenschau 2010 unter dem Motto 'Inn-Spirationen' an die Stadt Rosenheim.

Vom Umweltministerium gibt es bis zu 3,6 Millionen Euro, zusätzlich bis zu 900.000 Euro von der EU. Söder: „Gartenschauen können in kurzer Zeit viel bewegen: Stadtsanierung, Flächenrecycling und neue Grün- und Erholungsflächen verbessern dauerhaft die innerstädtische Lebensqualität. Zugleich sorgen sie für einen wirtschaftlichen Schub in der Region.“ Die Landesgartenschau in Rosenheim bietet laut Söder die Gelegenheit, Angenehmes mit Nützlichem zu verbinden und so den Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen: Im Bereich des Ausstellungsgeländes werden die Hochwasserschutz-Deiche an der Mangfall für 2,6 Millionen Euro saniert bzw. neu gebaut. Künftig lädt der Deich Gartenschaubesucher zum Flanieren ein, die Rückhalteflächen vor dem Deich bieten Heimat für Tiere und Pflanzen.

Die Gartenschau bietet nach Söders Worten die Chance, den Bezug der Altstadt zu den Flüssen Mangfall und Inn zu verbessern. Rosenheim erhält dadurch ein neues Profil als 'Stadt am Fluss'.

### „Natur in der Stadt“

Seit 1980 hat die Staatsregierung für Gartenschauen über 50 Millionen Euro bereit gestellt. Durch die 21 Landesgartenschauen und Regionalschauen „Natur in der Stadt“ wurden zusammen 3.760.000 Quadratmeter Grün- und Erholungsflächen geschaffen. Mit rund 24 Millionen Besuchern gehören die Gartenschauen in Bayern zu den er-

folgreichsten Veranstaltungen. „Ein Riesengewinn für Mensch und Umwelt“, so der Minister.

Mittlerweile wurde die erste Mangfallbrücke für die Landesgartenschau fertig gestellt. Somit steht die erste von acht Brücken und Stegen. Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer besuchte die Baustelle und war begeistert: „Die erste Brücke für die Landesgartenschau 2010 - das ist wirklich ein großes Ereignis und ein großer Meilenstein bei den Bauarbeiten. Da wird deutlich, es geht voran in Riesenschritten!“, betonte sie. Außerdem zeigte sich die Ratshauschefin höchst interessiert an den technischen Ausführungen der Brückenkonstruktion.

### Die erste Brücke steht

Auf 80 Metern spannt sich die Brücke nun zwischen dem Auwald und dem Innspitz über die Mangfall. Um die teils über 20 Meter langen Brückenteile sicher an ihre Position zu bringen, wurden zwei Schwerlastkräne benötigt. Für die Montage der letzten drei Teile war ein 500 Tonnen Autokran nötig, denn die Mittelstücke über der Mangfall wogen bis zu 28 Tonnen.

### Holz und Edelstahl

Besonders erfreut war die OB über eine Gruppe von Rosenheimer Holztechnik-Studenten, die voller Interesse das Einsetzen der Brücke verfolgten. Da Rosenheim stolz auf seinen Ruf als „Holzstadt“ ist, wurde bereits in der Planung sehr viel Wert darauf

Oberes Werntal:

## Modellprojekt FLIZ abgeschlossen

Niederwerrn. Der Abschluss des Modellprojektes FLIZ (Flächenmanagement in interkommunaler Zusammenarbeit) ist zugleich ein Aufbruch. Schließlich wurde erkannt, dass es in den neun Gemeinden der Allianz Oberes Werntal (Lkr. Schweinfurt) 250 Hektar innerörtliche Baulflächen gibt, und das bei einem Baulandbedarf von nur 25 Hektar bis 2020. Jetzt heißt die Aufgabe: Diese Baulücken und Leerstände weiterzuentwickeln, damit die Ortskerne nicht ausbluten.

Neubaugebiete und damit Landverbrauch werden bei solchen Zahlen überflüssig. Daher war auch das bayerische Umweltministerium mit 40.000 Euro Hauptgeldgeber für das ein- einhalb Jahre dauernde Modellprojekt FLIZ, schließlich muss das „Bündnis von Flächensparen“ auch in interkommunaler Zusammenarbeit vorangetrieben werden. Denn pro Tag wurden 2007 in Bayern 16,1 Hektar Land verbraucht, wusste Ministerialrätin Christina von Seckendorff bei der FLIZ-Abschlussveranstaltung in Niederwerrn zu berichten.

Das Anliegen war, in der Werntal-Allianz übertragbare Ergebnisse, Methoden und Handlungspläne im Hinblick auf die Siedlungspolitik zu entwickeln. Denn ausgestorbene Dorfkern gibt es überall in Bayern, mit allen Folgen für die Infrastruktur.

Die Werntalgemeinden untersuchten mit Hilfe des Ingenieurbüros Baader Konzept GmbH (Gunzenhausen) ihre innerörtlichen Baupotenziale, die in eine zentrale Datenbank mündeten: 2500 Flächen wurden erfasst, insgesamt 250 Hektar an Innenentwicklungsmöglichkeiten erkannt. 1432 klassische Baulücken gibt es, was 125 Hektar bebaubaren Grund darstellt. Zudem wurden 619 leere Hofstellen oder solche mit Restnutzung gezählt sowie 102 leere Wohngebäude.

Dass sich wider alle Befürchtungen ein direktes Ansprechen der Eigentümer lohnt, macht das Ergebnis der von diesen ausgefüllten Fragebögen (60 Prozent Rücklauf) deutlich: So sind von den 1432 innerörtlichen Bau-

gelegt, dass vor allem die Mangfallbrücken aus einer Kombination aus Holz und Edelstahl gebaut werden. „Umso schöner, wenn der Holztechnik-Nachwuchs an unseren Brücken Interesse zeigt“, fand Gabriele Bauer.

Zwei weitere Brücken über den Hammerbach folgen im Januar. Bis Ende Februar 2009 wird die Mangfallbrücke, die über den Inntrassen als Aussichtsplattform endet, gebaut. Als letztes wird die Brücke in Höhe des Freibades eingesetzt. □

platzbesitzern aktuell 236 verkaufsbereit, von 127 leeren Hofstellen- sowie 102 leeren Wohnhauseigentümern wollen sofort 48 verkaufen. Schon allein damit wäre der Bedarf für Bauwillige gestillt, erläuterte Dr. Frank Molder. Was in den Allianzgemeinden bereits zur gemeinsamen Leitlinie des prinzipiellen Vorrangs von Innen- vor Außenentwicklung führte.

Diese Potenzialerhebung sowie die Eigentümerbefragung kann in anderen bayerischen Kommunen mit wenigen Mitteln nachvollzogen werden, die Datenbank wird vom Landesamt für Umwelt zur Verfügung gestellt, erläuterte Projektleiter Claus Hensold vom Landesamt für Umwelt. Weiterer Nachklang des FLIZ-Projektes: Elf der 42 Ortsteile der Allianzgemeinden erhalten eine vom Amt für Ländliche Entwicklung (ALE) geförderte Rahmenplanung für ihre Altorte.

### Massiv klotzen, nicht kleckern!

Genau diese ministerien- und behördenübergreifende Arbeit beim FLIZ-Projekt (Umwelt-, Innen-, Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium) soll den Blick für die Möglichkeiten, aber auch die vielfältigen Probleme der Innenentwicklung schärfen. Namentlich nannte Landrat Harald Leitner als Hemmnis „die glorreiche Bayerische Bauordnung mit ihren höchst hinderlichen, ideenvernichtenden Vorschriften“. Vehement forderte er vom bayerischen Finanzministerium für den ländlichen Raum: „Da gehört massiv geklotzt, nicht gekleckert.“

Was den Landverbrauch angeht, so werde in Bayern mit zweierlei Maß gemessen: zwischen Oberzentren wie Würzburg, wo sich ein Ikea-Möbelhaus niederlassen könne, und dem flachen Land, wo solche Bauten nicht möglich seien. Auf diese Weise gelange der ländliche Raum noch mehr ins Hintertreffen.

CSU-Landtagsabgeordneter Gerhard Eck, Besitzer eines Planungsbüros, hieb in die gleiche Kerbe. Erschwernisse müssten ausgeräumt, zudem sollte Raum



Innenentwicklung vor Außenentwicklung heißt das Motto für (von links): Peter Neubert (Bergheimfeld), Peter Seifert (Niederwerrn), Edeltraud Baumgartl (Werneck), Ministerialrätin Christina von Seckendorff (Umweltministerium), Claus Hensold (Landesamt für Umwelt), Arthur Arnold (Euerbach), (zweite Reihe) Ruth Hanna Gube (Geldersheim), Allianzmanagerin Eva Braksiek, (dritte Reihe) Siegfried Erhard (Oerlenbach), Peter Pfister (Waigolshausen), (vierte Reihe) Reinhold Stahl (Poppenhausen) und Günther Jakob (Wasserlosen). Text und Bild: Silvia Eidel

Bamberg:

## BDA-Preis für neue Tribüne im Volksparkstadion

Bund Deutscher Architekten prämiert 2,8 Mio.-Projekt

Großartiger Erfolg für die neue Tribüne im Volksparkstadion. Der Bund Deutscher Architekten hat den im September offiziell eingeweihten Bau aus fast 70 eingereichten Projekten ausgewählt und mit dem „BDA-Preis: Auslobung guter Bauten in Franken 2008“ prämiert. Die Preisverleihung fand in Würzburg statt.

Oberbürgermeister Andreas Starke und Bürgermeister Werner Hipelius, Leiter der städti-

schon Projektgruppe „Volkspark“, gratulierten Architekt Christoph Gatz zu der Auszeichnung. Dieser zeigte sich ebenfalls hoch erfreut. „Dies zeigt, dass auch unter schwierigen Rahmenbedingungen gute Architektur, in diesem Fall unter besonderer Gewichtung des Themas Alt und Neu, entstehen kann“, sagte Gatz.

### Moderne Sport-Architektur

„Es ist immer schön, wenn man von Fachleuten Lob erhält, insbesondere wenn es sich um den renommiertesten deutschen Architekten-Berufsverband handelt“, fügte Bürgermeister Hipelius hinzu. „Schon bei der Einweihung konnte man sehen, dass die neue Tribüne das historische Eingangsgebäude sehr gelungen mit moderner Sport-Architektur verbindet.“

### 1000 Sitzplätze

Die Kosten für das Gebäude betragen 2,8 Millionen Euro. Der Eigenanteil der Stadt Bamberg belief sich auf 2,1 Millionen Euro. Die neue Tribüne mit 1.000 Sitzplätzen ist auf mehreren Ebenen mit zahlreichen Funktionsräumen sowie modernen Umkleiden, Duschen und Toilettenanlagen ausgestattet. □



Eine Marke der Daimler AG



## Seine Größe: Kleine Gassen.

Der neue Mercedes-Benz Unimog U20.

Kompakt, wendig und günstig in Anschaffung und Unterhalt: Gerade, wenn's eng wird, zeigt er seine wahre Größe. Mit bis zu 9,3 t zulässiges Gesamtgewicht, einem Radstand von nur 2,70 m und einem Wendekreis von nur 12,60 m macht der Unimog U20 jeden Weg frei. Eine Räumbreite von 2,50 m und Feuchtsalztechnik mit 1,4 m<sup>3</sup> Streuvolumen ermöglichen große Räumschleifen. Jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: [www.mercedes-benz.com/neuer-U20](http://www.mercedes-benz.com/neuer-U20)

Mercedes-Benz

Euregio Inntal in Nussdorf am Inn:

## Fokus auf EU-Förderprogramme

**Grenzüberschreitende Regionen und Kooperationen stellen ein wichtiges Instrument der Regionalentwicklung dar. Durch eine Zusammenarbeit über Grenzen hinweg entstehen in vielfältiger Art und Weise ein Mehrwert und neue positive Ansätze. Einer dieser Vorteile ist die Chance, Fördermittel aus verschiedenen EU-Töpfen zu erlangen. Bei einer Informationsveranstaltung der Euregio Inntal in Nussdorf am Inn gaben die Experten Sigrid Hilger vom Land Tirol und David Lindemann vom Europabüro des Deutschen Landkreistages detailliert Auskunft.**

Nach einer kurzen Begrüßung des Nussdorfer Bürgermeisters Josef Oberauer erinnerte der Präsident der Euregio Inntal - Chiemsee - Kaisergebirge - Mangfalltal, Bruckmühls Bürgermeister Franz Xaver Heinritzi, an die vielen Freundschaften, die durch die Euregio entstanden seien. Auch die Regionalentwicklung habe einen hohen Stellenwert erhalten. Europa biete Chancen, so Heinritzi. Angesichts der bevorstehenden Europawahl in einem halben Jahr forderte er die Anwesenden auf, dies noch mehr in den Vordergrund zu stellen.

### INTERREG-Programm

In ihrem Impulsreferat ging Sigrid Hilger, Abteilung Raum-

ordnung und Statistik des Landes Tirol, auf die EU-Regional- und Strukturförderungen im Rahmen des Programms INTERREG ein, und hier ganz besonders auf die Möglichkeiten des Programms INTERREG IVA Bayern-Österreich 2007 bis 2013, das den Grenzraum der Euregio Inntal betrifft.

### Anstoßfinanzierung

Um Geld von der EU zu bekommen, muss Hilger zufolge ein Projekt bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Wichtig sei zudem, dass das Vorhaben einen Mehrwert für alle Seiten bringe. Die wirtschaftliche Unterstützung der EU sei als Anstoßfinanzierung gedacht. Nach Möglichkeit solle sich ein Projekt

irgendwann selber tragen. Die Projektlaufzeit betrage deshalb lediglich drei Jahre. Der Grundfördersatz beläuft sich auf 50 Prozent, bei hochwertigen Projekten sind bis zu 70 Prozent möglich.

Mit ihrer Regionalpolitik will die Europäische Union den Zusammenhalt der Gemeinschaft sowie die Wettbewerbsfähigkeit in einer globalen Welt fördern. Ein Beispiel sind die Leader-Programme, die bereits viele Gemeinden im Landkreis nutzen, beispielsweise für die Entwicklung der Eggstätt-Hemhofer Seenplatte.

### Kompakte Information

David Lindemann vom Europabüro des Deutschen Landkreistages in Brüssel schilderte seinerseits die umfangreichen Aufgaben des Büros in der belgischen Hauptstadt, informierte kompakt und übersichtlich über kommunalrelevante Förderprogramme der EU und gab allgemeine Hinweise zur gelungenen Antragstellung.

Insgesamt gibt es laut Lindemann über 200 Förderprogramme, davon wurde eine kommunalrelevante Auswahl von knapp 30 Programmen getroffen. Die Programme nennen kommunale Gebietskörperschaften oder in ihrem Zuständigkeitsbereich liegende Einrichtungen als Antragsberechtigte.

### Europa für Bürger

Lindemann forderte die Anwesenden auf, bei jedem Vorhaben zu schauen, ob es Förderprogramme gibt. Die EU biete unabhängig von der grenznahen Zusammenarbeit noch zahlreiche weitere Unterstützungsmöglichkeiten an. Um das Zusammenwachsen Europas zu unterstützen, sei das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ das wichtigste für die kommunale Ebene. Dazu gehörten Gemeinde-, Städte- und Landkreispartnerschaften, die in Bayern sehr rege wahrgenommen würden.

Das von 2007 bis 2013 laufen-

de Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ mit einem Volumen von 215 Mio. Euro habe zum Ziel, dem Bürger die Möglichkeit zur Interaktion und zur Partizipation am Aufbau eines stärker zusammenwachsenden Europas zu geben und so europäische Identität zu stiften. Der Fokus richte sich darüber hinaus auf die Förderung des gegenseitigen Verstehens europäischer Bürger. Dabei gelte es, ihre kulturelle Diversität zu achten und zu würdigen sowie zum interkulturellen Dialog beizutragen.

### LIFE-Projekt

Fördermittel gibt es Lindemann zufolge außerdem für Jugendmaßnahmen, kulturelle Projekte grenzüberschreitender Kulturvereine, den europaweiten Austausch von Auszubildenden und Ausbildern, Aktionsprogramme für Gesundheit oder den Natur- und Umweltschutz. Ein Beispiel ist hier das LIFE-Projekt, das unter anderem die Renaturierungsmaßnahmen im Rosenheimer Stammbeckenmoor unterstützt. Besonders aufmerksam machte Lindemann auf den Kleinprojektefonds der Euregio. Aus ihm können Vorhaben mit bis zu 25.000 Euro unterstützt werden.

### Suche nach Projektpartner

Die Europäische Union fördert nicht nur Kommunen, auch Verbände wie beispielsweise aus dem Bereich Sport oder ein Kreisjugendring können Anträge stellen. Ein in der anschließenden Diskussion angesprochenes Problem ist die Partnersuche. Da nur grenzüberschreitende Projekte unterstützt werden, bot das Büro der Euregio in Kufstein Hilfe bei der Suche nach einem Projektpartner im europäischen Ausland an. Unterstützung gibt es in diesen Fällen auch beim Sachgebiet Wirtschaftsförderung am Landratsamt Rosenheim.

Im Anschluss nutzten die zahlreichen Teilnehmer die Gelegenheit zum intensiven Wissensaustausch mit den Referenten. Dabei wurden neben allgemeinen Anfragen zu den Förderprogrammen auch konkrete Projekte besprochen und diskutiert. **DK**

### VHS und Historischer Verein Memmingen:

## Allgäuer Dialekte zwischen den Mundarten

**Am Freitag, 23. Januar 2009 laden Volkshochschule und Historischer Verein Memmingen zu einer Vortragsveranstaltung mit Dr. Manfred Renn ins Memminger Antonierhaus ein.**

Der renommierte Mundartforscher der Universität Augsburg hat für den „Sprachatlas von Bayerisch-Schwaben“ die Befragungen im Allgäu durchgeführt, Kartierungen und Interpretationen vorgenommen und ein „Allgäuer Dialektbuch“ verfasst.

### „Verbaierung“

In seinem Vortrag wird er nicht nur in die Vielfalt der All-

gäuer Dialekte mit ihren schwäbischen und alemannischen Elementen einführen, sondern auch auf ihre zunehmende „Verbaierung“ eingehen. Begleitend zu den Ausführungen von Dr. Renn werden ausgewählte Texte aus der Feder von Memminger Mundartdichtern gelesen. Die Veranstaltung im Memminger Antoniersaal beginnt um 19.30 Uhr. Der Eintritt beträgt 5 € (für Mitglieder des Historischen Vereins 3 €). **DK**

Aus Anlass des Jubiläums „Inngolstädter Krippenweg – 10 Jahre“ erscheint auch das Buch „Ein Kind geboren“, das den Reichtum der Krippenstadt Inngolstadt erstmals in einem Bildband abdruckt und Inngolstädter Krippen aus drei Jahrhunderten beschreibt. Es wird herausgegeben vom Katholischen Stadtdiakonat, unterstützt von der Stadt Inngolstadt. Zu seinen Autoren gehört neben anderen auch der Redakteur des Bayerischen Rundfunks Gerald Huber, der als Krippenspezialist seines Senders gilt. **DK**



## VR-Bank unterstützt Klassensätze der Stadtbücherei

**Freude in der Stadtbücherei! Eine großzügige Spende der VR-Bank Würzburg ermöglichte der Stadtbücherei den Ausbau ihres Klassensatzangebotes für Schulen. „Klassensatzkisten“ enthalten einen Buchtitel in Klassenstärke, darüber hinaus Unterrichtsmaterial, ergänzende Kindersachbücher und - wenn möglich - auch Audio-CDs und DVDs. Für die Grundschulen gibt es jetzt neu: „Der Buchstabenfresser“ von Paul Maar, „Hexe Lilli feiert Geburtstag“ von Knister, „Fernsehgeschichten vom Franz“ von Christine Nöstlinger, „Das Monster im Klassenzimmer“ von Manfred Mai und „Die Zeitdetektive - Geheimnis um Tutanchamun“ von Fabian Lenk. Ältere Schülerinnen und Schüler können in „Die Wolke“ von Gudrun Pausewang und „Die Welle“ von Morton Rhue schmökern. Speziell für leseschwache Jugendliche eignet sich der Titel „Merk doch keiner, wenn ich schwänze“ von Annette Weber. Ausführliche Informationen zu Inhalt und Ausleihe der Klassensätze im Internet: [www.stadtbuecherei-wuerzburg.de](http://www.stadtbuecherei-wuerzburg.de)**

**Auf dem Bild freuen sich mit Elmar Fischer von der VR-Bank Würzburg, Dr. Hannelore Vogt und Angelika Riedel von der Stadtbücherei mit Schülern der Klasse 7a/M der Hauptschule Kleinrinderfeld über die neuen Klassensätze.** **DK**

### Hallertauer Landräte:

## Blickpunkt Tourismus

**Über die Entwicklung weiterer touristischer Angebote der Arbeitsgemeinschaft „Hopfenland Hallertau“ diskutierten kürzlich die Hallertauer Landräte in Pfaffenhofen. Zu der Besprechung konnte Landkreischef Josef Schäch seine Kollegen Dr. Hubert Faltermeier, Kelheim, Michael Schwaiger, Freising und stellvertretenden Landrat Peter Dreier aus Landshut begrüßen.**

Auf der Tagesordnung standen neben einem Rückblick auf die Aktivitäten des Jahres 2008 vor allem die Schwerpunkte der Aktionen im nächsten Jahr. Darüber hinaus wurden intensive überörtliche Marketingmaßnahmen ins Auge gefasst. „Wir wollen die erfolgreiche Zusammenarbeit der letzten Jahre fortsetzen, intensivieren und ausweiten“, betonte Schäch.

### Höherer Bekanntheitsgrad

Die Landräte dankten insbesondere den Mitarbeitern der ARGE Hopfenland Hallertau für die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre. Der Bekanntheitsgrad des Hopfenlandes Hallertau sei vor allem durch die intensiv koordinierten Marketingaktivitäten, Messeauftritte und gemeinsamen Aktionen, wie etwa die Präsentationen auf der Grünen Woche in Berlin oder dem Zentralen Landwirtschaftsfest in München, stark gestiegen und fördere so auch den Wirtschaftsstandort der Region.

Zwischen den Hallertauer

Landkreisen gebe es eine „vertrauensvolle und gut abgestimmte Zusammenarbeit“. Neben den bewährten Angeboten, die sich auf die „Kernkompetenz Hopfen“ konzentrieren und der traditionell guten Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband und vielen weiteren touristischen Dienstleistern will man im nächsten Jahr vor allem weitere Entwicklungspotenziale wie das Thema „Radfahren“ aufgreifen. Dazu wurde heuer bereits die „Inntal-Tour“ im Landkreis Pfaffenhofen gänzlich neu beschildert und optimiert. Geplant ist auch die Verbesserung weiterer Radwege.

### Professionalisierung

Außerdem ist daran gedacht, den Internetauftritt zu überarbeiten sowie die Bereiche überregionale Kommunikation und Marketing zu stärken. Hierzu sei es ratsam, die Arbeit weiter zu professionalisieren und sich möglicherweise mit einer touristischen Fachkraft personell zu verstärken. **DK**

### Rat der Europäischen Metropolregion Nürnberg:

## Neue Freizeit- und Tourismus-Karte geplant

Der Rat der Europäischen Metropolregion Nürnberg hat die Einführung einer Freizeit- und Tourismus-Metropolcard beschlossen. Bereits in zahlreichen anderen Regionen existieren diese Karten und erfreuen sich großer Beliebtheit bei einheimischen und fremden Gästen. In Kombination mit den öffentlichen Verkehrsmitteln soll ab Ende 2009 ein attraktives Angebot zur Erkundung von Freizeit- und touristischen Zielen in der Metropolregion vorliegen.

Das Projekt wird durch erfahrene Touristikexperten und dem Forum Tourismus der Metropolregion begleitet. Die Federführung des Lenkungsausschusses liegt bei Landrat Matthias Diebl. „Ich freue mich ganz besonders, dass der Landkreis hier die Möglichkeit hat, sich in das Projekt der Metropolregion unmittelbar mit einbringen zu können“, so der Landkreischef. **DK**

## „Memminger Freiheitspreis 1525“ für Reiner Kunze

Seit dem Jahr 2005 wird der „Memminger Freiheitspreis 1525“ für Verdienste um Freiheit, Recht und Gerechtigkeit zuerkannt. Nach der ersten Preisvergabe an den ehemaligen ungarische Außenminister Dr. Gyula Horn wird es im Jahr 2009 einen zweiten Preisträger geben. Die mit 15.000 Euro dotierte Auszeichnung wird am 20. März 2009 von Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger an den Schriftsteller Dr. phil. h.c. Reiner Kunze verliehen. Die Laudatio hält der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Horst Köhler. Mit der Erinnerung an das Bauernkriegsjahr 1525 soll das Erbe der in Memmingen von den aufständischen Bauern verfassten zwölf Bauernartikel wachgehalten werden. Dieser Forderungskatalog gilt heute als erste Formulierung von Grund- und Menschenrechten auf deutschem Boden. **DK**

## Inngolstädter Krippenweg 2008

**Binnen eines Jahrzehnts hat sich der Inngolstädter Krippenweg zu einem der jährlichen Höhepunkte im Leben jedes bayerischen Krippenfreundes entwickelt. Seine elfte Ausgabe wurde Ende November in der Franziskanerkirche im Rahmen einer Vesper durch den früheren Erzbischof von München und Freising Friedrich Kardinal Wetter eröffnet.**

Beim ersten Krippenweg 1998 war noch nicht abzusehen gewesen, dass aus dem zarten Pflänzchen eine respektable Veranstaltung würde, die auf Interesse und Begeisterung bei vielen Einheimischen und Gästen der Stadt stößt. Tausende Besucher haben in den vergangenen Jahren die alten und neuen Krippen in den Inngolstädter Kirchen und die nun traditionell dazugehörige große Ausstellung von besonderen Krippenkunstwerken in der Spitalkirche besucht. Sehr rasch hat der Inngolstädter Krippenweg Aufsehen erregt und wurde in überregionalen Publikationen, wie der führenden Schweizer Krippenzeitschrift als vorbildhaft herausgestellt.

Insgesamt 32 Kirchen, Klöster oder Institutionen beteiligen sich am heurigen Krippenweg. Darunter das Münster Zur Schönen Unserer Lieben Frau, das seit dem 18. Jahrhundert die größte Weihnachtskrippe der Stadt besitzt.

Eine andere herausragende Krippe ist die barocke Jahreskrippe des Klosters St. Johann im Gnadenthal, die über 160 reich gekleidete Figuren verfügt. Gleich gegenüber auf der anderen Straßenseite, in der Franziskanerbasilika, steht in der Loreto kapelle die 150 Figuren umfassende Krippe mit Figuren aus der ersten Hälfte des 20. Jahr-

hunderts. Die evangelische St. Matthäuskirche zeigt eine Krippe mit 40 Figuren aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Ein Kernstück des Inngolstädter Krippenwegs ist immer die Ausstellung in der Spitalkirche am Rathausplatz, weil dort – im Gegensatz zu den Krippen in den Kirchen, die immer gleich bleiben – eine alljährlich veränderte Ausstellung von besonderen Krippenschätzen gezeigt wird. Sie steht heuer unter dem Schwerpunktthema „Tiere in der Krippe“.

Zu sehen sind Tierplastiken berühmter Krippenkünstler aus drei Jahrhunderten aus der Sammlung eines Inngolstädter Privatmannes. Ebenfalls ihren Platz in der Spitalkirche haben kostbare Exponate aus dem Inngolstädter Kloster St. Johann im Gnadenthal und der Benediktinerabtei Scheyern. Daneben sind auch Krippen aus weiteren Inngolstädter Privatnachtskrippen zu sehen, darunter eine Krippe aus Sandtonfiguren aus der französischen Partnerstadt Grasse. Ein besonderes Glanzlicht setzt heuer die rund 200 Jahre alte neapolitanische Krippe aus Vöhningen bei Ulm, die über Vermittlung der Abtei Scheyern für den diesjährigen Krippenweg nach Inngolstadt geholt werden konnte.

Zum Krippenweg werden an allen Samstagen vor Weihnachten

Landkreis Fürth:

## Impulse für ein neues Miteinander

Familienkonferenz in Obermichelbach – Guter Platz im „Engagementatlas 2009“

Bei der 2. Familienkonferenz des Landkreises Fürth in Obermichelbach beschäftigten sich die Teilnehmer unter anderem mit dem sehr starken ehrenamtlichen Engagement der Landkreisbürger. Ziel der Konferenz, die den Titel „Jung sein, alt sein, zusammen sein“ trug, war es, Impulse für ein neues Miteinander zu setzen.

Zu dem wichtigen Bereich ehrenamtlichen Engagements zählt ein Projekt, das die soziale Betreuung pflegebedürftiger Menschen durch Schüler zum Thema hat. Landrat Matthias Dießl unterstützt als Vorsitzender des Präventionsvereins 1-2-3 e.V. dieses Unterfangen ausdrücklich. Der Verein, selbstständig und ehrenamtlich organisiert, will Maßnahmen im Bereich der Prävention im Landkreis Fürth anregen, unterstützen und mitgestalten. Der Gedanke der Prävention soll in die Lebensbereiche von Kindern, Jugendlichen und Familien, sowie in die in diesem Bereich tätigen Institutionen hineingetragen werden.

### Präventionsgedanke

Langfristiges Ziel ist es, Lebensweisen und Lebensbedingungen zu stärken, die einer gesunden Entwicklung förderlich sind und damit krankmachenden Lösungsversuchen vorzubeugen. Der Verein wurde im September 1998 gegründet. Mitwirkende sind u. a. die großen Wohlfahrtsverbände, Landkreiskommunen, Polizei, Jugendverbände und Schulen.

Dass das bürgerschaftliche Engagement der Bevölkerung im Landkreis Fürth überdurchschnittlich hoch ist, beweist eine aktuelle Studie des Meinungsforschungsinstituts Prognos AG: Im „Engagementatlas 2009“ rangiert der Landkreis Fürth in der zweithöchsten von fünf Kategorien.

In der Umfrage wurden 44.000 Menschen ab 16 Jahren in 439 Landkreisen und kreisfreien Städten detailliert befragt, in welchem Umfang sie sich ehrenamtlich und unentgeltlich engagieren oder sich eine unentgeltliche Tätigkeit vorstellen können. Dabei stellte sich heraus, dass die Bereitschaft der Einwohnerinnen und Einwohner im Landkreis Fürth über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt. Zusammen mit 139 anderen Regionen verfügt der mittelfränkische

sche Landkreis über einen hohen Anteil engagierter Bürger und besitzt zugleich ein überdurchschnittliches Potenzial für zukünftiges Engagement.

### Freiwilliges Engagement

Wie die Untersuchung zudem aufzeigte, sind bundesweit 34 % aller Personen über 16 Jahre bürgerschaftlich engagiert – überdurchschnittlich dabei die Gruppe der 30- bis 55-Jährigen. Das freiwillige Engagement findet besonders häufig in den Bereichen Sport, Freizeit und Geselligkeit, Kinder und Jugendarbeit sowie Kirche und Religion statt. Im Bereich Politik und Interessenvertretung, Engagement für ältere Bürger sowie Umwelt- und Tierschutz sind dagegen jeweils nur unter 5 % der Bevölkerung engagiert. 17% der aktiven Bürger halten es für möglich, ihre Aktivitäten auszuweiten – 10 % wollen sie reduzieren. Auch unter den derzeit nicht Engagierten können 9 % es sich bestimmen, 28 % vielleicht vorstellen, sich in Zukunft freiwillig einzubringen. Im Fürther Landkreis liegt das Potenzial für ein zukünftiges Engagement bei 31 Prozent. Ein hoher Prozentsatz – laut Prognos-Studie zwischen 40 und 50 Prozent der Landkreisbürger – üben bereits eine ehrenamtliche Tätigkeit aus.

### Stadt-Land-Gefälle

Bürgerschaftlich tätige Menschen wenden im Bundesdurchschnitt monatlich 16,2 Stunden für ihre freiwillig geleistete „Arbeit“ auf. Die gesamten, jährlich in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden belaufen sich demzufolge auf über 4,6 Mrd. Stunden pro Jahr. Im Vergleich zu den bezahlten Erwerbstätigenstunden leisten Bürgerschaftlich Engagierten damit 7,5% der Gesamtarbeitsstunden in Deutschland.

Der Anteil engagierter Personen in der Bevölkerung schwankt

regional stark. Die südlichen Länder sind aktiver als die nördlichen. Besonders auffällig ist das West-Ost- sowie Stadt-Land-Gefälle. Regional reichen die Engagementquoten von unter 20 % (z. B. Berlin, Uckermark-Barnim) bis zu über 50 % (Ostthessen, Lüneburg, Franken). In ländlichen Landkreisen ist das Engagement zumeist höher als in Agglomerationsräumen und Kernstädten. Fast linear sinkt die Engagementquote mit zunehmender Ortsgröße ab.

### Ost-West-Gegensatz

Wie die Untersuchung weiter belegt, beeinflussen eine große Anzahl an Familien mit Kindern, wenig Single-Haushalte sowie eine hohe Geburtenrate das bürgerschaftliche Engagement überaus positiv. Eine lückenhafte Betreuungssituation von Kindern und Jugendlichen vermehrt die Bereitschaft zum Engagement. Zudem fördert eine hohe Kirchenbindung der Bürger einer Region das Klima bürgerschaftlichen Engagements. Hier wird der Ost-West-Gegensatz besonders deutlich.

### Anerkennungskultur schaffen

Fazit: Für Kommunen und Länder sowie alle gesellschaftlichen Institutionen kommt es künftig darauf an, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Wichtig ist dabei zunächst, eine Anerkennungskultur für Engagement zu schaffen, die heute vielfach noch wenig ausgeprägt ist. Mehr denn je sind öffentliche und private Institutionen sowie Unternehmen gefordert, die notwendige Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements aktiv zu unterstützen.

Im Landkreis Fürth engagieren sich Landrat Dießl zufolge viele Bürger in Vereinen. Manche nutzen auch die Möglichkeit des projektbezogenen Engagements für einen bestimmten und abgegrenzten Zeitraum. „Ob projektbezogen oder dauerhaft – wir wollen das hohe Potenzial der Landkreisbürger nutzen“, so der Landkreischef. **DK**

Innenminister Joachim Herrmann:

## Verdiente Markterhebung für Ruhstorf a. d. Rott

„Die Verleihung des Prädikats Markt ist eine Art ‚Verdienstmedaille‘. Sie ist die sichtbare Anerkennung für alle Leistungen, die die Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung mit Gemeinderat und Bürgermeister für ihre Gemeinde erbracht haben. Ich freue mich sagen zu können: Die Gemeinde Ruhstorf a. d. Rott hat die Markterhebung in jeder Hinsicht verdient. Sie ist eine starke Gemeinde im ländlichen Raum mit attraktiven Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnissen“, sagte Innenminister Joachim Herrmann anlässlich der Überreichung der Markterhebungsurkunde an Bürgermeister Erich Hallhuber. Damit wird Ruhstorf a. d. Rott im Landkreis Passau Bayerns 386. Markt.

Bislang dürfen sich von den 2056 bayerischen Gemeinden 315 Stadt und 385 Markt nennen. Zuletzt wurde der Gemeinde Kaufering im Landkreis Landsberg am Lech in Oberbayern am 11. September das Prädikat „Markt“ verliehen.

Die Gemeinde Ruhstorf a. d. Rott ist eine Wachstumsgemeinde und übertrifft das Leistungsangebot einer „normalen“ Gemeinde deutlich. Die Gemeinde verfügt nicht nur über alle nötigen Einrichtungen der Daseinsvorsorge,

über ein gut ausgebautes Straßennetz, eine zeitgemäße Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie über drei Kindergärten und ein offenes Jugendzentrum. Sie leistet auch attraktive Angebote, die über die Gemeindegrenzen hinauswirken.

### Attraktive Angebote

Überörtliche Bedeutung kommt insbesondere der Niederbayernhalle mit einer Kapazität von bis zu 3.000 Besuchern zu. Die

Gemeinde veranstaltet hier u.a. regional bedeutsame Messen. Das Frei- und Hallenbad mit Sauna und angeschlossenen Sporteinrichtungen übersteigt ebenfalls den für eine Gemeinde in der Größe Ruhstorfs üblichen Standard. Das Freibad wird von bis zu 3.500 Besuchern am Tag, auch aus Passau genutzt.

Ruhstorf hat zudem neben zwei Grundschulen die erste Grund- und Musikschule Bayerns mit rund 400 Schülern eingerichtet, deren Einzugsbereich weit über die Gemeinde hinaus geht. Ruhstorf a. d. Rott ist schließlich auch bedeutsamer Wirtschaftsstandort für Niederbayern, insbesondere im Bereich Elektrotechnik und Maschinenbau. Insgesamt bietet die Gemeinde fast 3.200 Arbeitsplätze. Das Pendler-saldo ist mit plus 812 außergewöhnlich positiv und zeigt die herausragende Stellung Ruhstorfs für das Umland. **□**

GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...

„Au Mann, war das ein Achterbahn-Jahr! Von den höchsten Höhen wurde die Weltwirtschaft in tiefste Tiefen gestürzt. Und heute haben wir vollkommen andere Rahmenbedingungen als noch am Jahresanfang.“ Mein Chef, der Bürgermeister, brütet über seiner diesjährigen Neujahrsbotschaft für die Heimatzeitung und macht sich so seine Gedanken zur Jahres-Bilanz.



zungsbesitzer, die vor lauter Preis-Höchstständen nicht wussten, ob sie diesen Winter durchheizen können. Aktuell hat sich der Heizölpreis glatt halbiert und auch die Tanke kann man wieder ansteuern, ohne sein persönliches Armutsrisiko zu steigern. In bester Erinnerung sind noch die erbitterten Kämpfe zwischen Kommunen und privaten Entsorgern um das Altpapier. Man zerterte sich vor Gericht, doch ehe die endgültigen Urteile gefällt sind, rasen die Papierpreise so in den Keller, dass jeder froh ist, wenn den Mist ein anderer holt. Da sind halt Spekulationsblasen geplatzt, die nichts mit dem realen Wert der Dinge zu tun haben.

Natürlich sind die globalen Probleme auf den Finanz- und neuerdings Gütermärkten mindestens eine Nummer zu groß für einen kleinen Bürgermeister aus der Provinz. Aber kalt lassen einen die Umwälzungen des Herbstes nicht. Ob dieser September 2008 wohl mal als „Schwarzer September“ in die Finanzgeschichte eingehen wird? Einfache Leute wie ich brauchen einprägsame Daten, Wendepunkte. Und für mich ist seit dem Zusammenbruch von Lehman Bro-

thers am 15. September einfach alles anders als zu Jahresbeginn erwartet.

## Gedanken zur Jahres-Bilanz

Was waren wir in der ersten Jahreshälfte alle optimistisch: Die Wirtschaft florierte, die Börse haussierte und die Steuertöpfe scheinen schier überzuquellen. Klamme Kämmerer waren nur noch Gegenstand von Erzählungen, die mit „weißt du noch damals ...“ eingeleitet wurden. Der Bundesfinanzminister warf mit dem Geld nur so um sich, jede erdenkliche soziale Wohltat wurde durchgewinkt und trotzdem schon der schuldenfreie Bundeshaushalt errechnet. Die Arbeitslosenquote sollte so niedrig wie nie seit der Wiedervereinigung sein. Und jetzt? So mancher Herr der Kommunalfinanzen bestellt wieder Rotstifte en gros mit Blick auf die Gewerbesteuererwartungen, der Bundesfinanzminister wirft zwar immer noch mit Geld um sich, der schuldenfreie Haushalt ist aber außer Sichtweite gerückt und die Arbeitslosenzahlen werden schneller alte Höhen erklimmen, als sie in den letzten Jahren abgeschmolzen werden konnten. Finanzkrise ist das Wort des Jahres!

Und dennoch: Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass wir allesamt nur – wenn gleich etwas unsanft – auf den Boden der Normalität zurückgeholt werden. Was haben wir uns Mitte des Jahres über hohe Benzinpreise aufgeregt und wie verzweifelt waren Ölhei-

A propos realer Wert: Ich als Arbeitnehmerin und konservative Sparkassen-Sparerin merke eigentlich nichts von der Finanzkrise. OK, auf meinem Konto hat sich vor September nicht jede Menge Luftgeld angesammelt, das jetzt futsch ist. Dafür fühle ich mich nicht ärmer als zuvor. Und so scheint es vielen zu gehen, wenn man dieser Tage in die Innenstädte oder auf die Weihnachtsmärkte schaut. Konsum ist angesagt. Auch woanders: Die Londoner Oxford Street – Mekka der Geldigen – verzeichnet Umsatzzunahmen von 20 Prozent. Ob das nur am aktuell ausgesprochenen Verbot von Weihnachtsmusik oder der Umsatzsteuersenkung in Großbritannien liegt?

Mein Chef, der Bürgermeister, ist vor allem von den Prognosen verwirrt. Vor drei Monaten sollte die Wirtschaft 2009 noch um zwei Prozent wachsen, aktuell um zwei Prozent schrumpfen. Abwarten und Tee trinken heißt die Devise, vor allem aber: Sich den Optimismus nicht nehmen lassen. Schließlich wusste schon der Schweizer Schriftsteller Max Frisch auf dem heutigen Kalenderblatt: „Eine Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“

Verehrte Leserin, geehrter Leser – lassen Sie sich von schlechten Vorhersagen nicht die Freude an den Festtagen und die Vorfreude auf das Neue Jahr verderben. Das, was wir nicht beeinflussen können, kommt sowieso und aus dem Rest kann man mit Optimismus und Tatkraft das Beste machen!

Frohe Feiertage und ein erfolgreiches 2009 wünscht Ihnen

ihre Sabriul

Landkreis Amberg-Weizbach:

## Jahrestagung der Heimatpfleger

Bei der Jahrestagung der Heimatpfleger des Landkreises Amberg-Weizbach in Rieden gab Kreisheimatpfleger Dieter Dörner einen Rückblick auf die Aktivitäten im abgelaufenen Jahr. Besonders hob er dabei den Tag des offenen Denkmals unter dem Motto „Vergangenheit aufgedeckt – Archäologie und Bauforschung“ mit rund 3.000 Besuchern bei etwa 20 Objekten hervor.

2009 wird Dörner zufolge dieser Tag unter dem Motto „Historische Orte des Genusses“ stehen. Hierzu gehören nicht nur historische Gasthäuser – auch Kuranlagen, Parks, Bäder, Theater usw. bieten Genuss. Auch die Bevölkerung sei aufgefordert, Ideen einzubringen. Ansprechpartner ist der Heimatpfleger oder die Gemeinde.

Dörner verwies auf den rechtzeitig zum Weihnachtsfest erschienenen Band 31 der Sammlung heimatkundlicher Beiträge des Heimatkundlichen Kreises Amberg-Weizbach. Dieser beinhaltet wieder eine breite Palette zur Heimatgeschichte.

Weniger erfreulich sei hingegen, dass dem zu Beginn des Jahres gemeinsam mit der Volkshochschule initiierten Kulturnetzwerk der erhoffte Erfolg versagt blieb. Nach Meinung potenzieller Teilnehmer ist die Handhabung zu kompliziert. Das System wird vereinfacht und Anfang 2009 ein neuer Anlauf versucht.

Obschon der Landkreis Amberg-Weizbach mit vielen sehenswerten Kirchen aufwarten hat, mangelt es dem Besucher meist an Informationen zur Bau- und Kunstgeschichte der

tenschlager und das Ehepaar Frank-Merl als Eigentümer denkmalgeschützter Objekte sowie Kreisheimatpfleger Dörner mit den Teilnehmern über Vorgehensweise und Finanzierungstöpfe bei der Restaurierung denkmalgeschützter Gebäude.

Dabei äußerten sich die Betroffenen durchweg positiv über die Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege und der von dort gewährten Unterstützung. Barbara Rubenbauer machte als Vertreterin der Unteren Denkmalschutzbehörde am Landratsamt deutlich, dass Eigentümer erhaltenswerter Gebäude oft die Auflagen der Denkmalschutzbehörde als Argument mangelnder Bereitschaft zur Restaurierung vorschoben.

Im Anschluss an die Diskussion führte Frau Merl durch das von ihr und ihrem Ehemann vorbildlich restaurierte Hammerherrenschloss Vilswörth, erläuterte die Zusammenarbeit mit den Handwerkern und die Restaurierungstechniken und sprach zu dem über mancherlei aufgetretene Überraschungen. Nochmals vor der Entscheidung stehend, würde die Familie in Zusammenarbeit mit dem Architekten und dem Amt für Denkmalpflege den bereits gegangenen Weg wieder einschlagen. Gleiches gilt auch für Familie Lautenschlager, Eigentümer des Klosterrietherhauses in Ensdorf. **DK**

Eine besondere Liebeserklärung:

## „Landschaften im Licht“

Landrat Leo Schrell und Oberbürgermeister Frank Kunz würdigen Initiative der Fotogruppe der VHS Dillingen

Dillingen (jdt). Als eine „einmalige Dokumentation unserer Heimat und rundum gelungenes Werk“ feierten Landrat Leo Schrell und der Dillinger Oberbürgermeister Frank Kunz in ihrer gemeinsamen Einladung die Vorstellung des Bildbandes „Landschaften im Licht - Der Landkreis Dillingen“. Herausgegeben wurde die mit über 270 hervorragenden Fotos ausgestattete ungewöhnliche „Liebeserklärung an die Heimat“ im Eigenverlag des Landkreises Dillingen.

Große Anerkennung galt der Fotogruppe der Volkshochschule Dillingen mit ihrem Vorsitzenden Wolfgang Elster. In zweijähriger Vorbereitung hatten 15 Fotografen rund 2500 Aufnahmen in allen vier Jahreszeiten gefertigt, das Rohmaterial für die dann bildbandreife Auswahl. Verbunden war die Vorstellung der „Landschaften im Licht“ mit der Eröffnung einer Ausstellung von über 80 großformatigen Bildern im Stadtsaal Dillingen und dem Start der „Dillinger Fototage“.

### Künstlerische Qualität

Landrat Schrell betonte vor zahlreichen Ehrengästen, die brillanten Fotos verdeutlichten „den geographischen Reichtum unserer Region, weil Landschaftsvielfalt von Donautal, Donauried, Schwäbischer Alp im Norden und tertiärem Hügelland im Süden faszinierend ins Bild gerückt wird“. Die hohe fototechnische und künstlerische Qualität der in den Band aufgenommenen Aufnahmen beruhe

auf einer strengen Auswahl.

Dankesworte widmete Schrell auch den rund 40 Sponsoren, darunter Kommunen und Firmen, die die Idee von einer fotografischen Laudatio auf die heimische Region unterstützt hätten.

Ebenso wie Landrat Schrell lobte Oberbürgermeister Kunz den Leiter der Fotogruppe, Wolfgang Elster, und seine Mitstreiter für die Aufnahmen von höchster fotografischer Qualität. Die Stadt Dillingen werde, so Kunz, den schönen Bildband in Zukunft Gästen und Freunden der Stadt als besonderes Geschenk übergeben. Gewürdigt wurde von den Rednern das Engagement des Ideengebers Ludwig Reisner.

### „Traum verwirklicht“

Der Schriftsteller Erich Pawlu hob in seiner Laudatio auf den Bildband die bleibende Aussagekraft der Fotos hervor. Sie seien ein Ansporn, sich auf die Entdeckungsreise durch die Heimat zu machen. Wolfgang Elster verdeutlichte, der Bildband sei ein



Von links: Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl, Landrat Leo Schrell, der Leiter der VHS-Fotogruppe Dillingen, Wolfgang Elster, Oberbürgermeister Frank Kunz, Schriftsteller Erich Pawlu.

Höhepunkt der Vereinsgeschichte und die Verwirklichung eines „Traumes“.

Das Loblied der Heimat stimmten in den Begleittexten Werner Bosch, Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl, Kurt L. Hoff, Martin

Königsdorfer, Peter von Neubeck, Erich Pawlu, Kreisheimatpfleger Alois Sailer und Petra Stoll an.

Angeboten wird der Bildband im örtlichen Buchhandel und im Landratsamt Dillingen zum Preis von 29,50 Euro.

## Gemeinsame Erklärung von Schaidinger und Weber

Oberbürgermeister Hans Schaidinger und Bürgermeister Gerhard Weber wollen nicht in den derzeit amtierenden CSU-Kreisvorstand kooptiert werden. Es mache keinen Sinn, kurz vor Ablauf der Amtszeit des gegenwärtigen Kreisvorstandes diesem für das letzte Vierteljahr noch als beratende Mitglieder ohne Stimmrecht anzugehören, betonen die beiden Bürgermeister. Der CSU-Kreisvorstand Regensburg-Stadt müsse sich in der gegenwärtigen personellen Zusammensetzung seiner Verantwortung für die seit Jahrzehnten schlechtesten Wahlergebnisse der CSU bei der Kommunalwahl und der Landtags- und Bezirkswahl 2008 stellen. Schaidinger und Weber seien nicht bereit, als Feigenblatt für das Versagen anderer zu dienen. Für eine spätere Mitarbeit in diesem Gremium verlangen beide weiter, dass sich der CSU-Kreisvorstand eindeutig von destruktiven Elementen distanzieren und dass er - wie Presseberichten zu entnehmen ist - erneute Manipulationsversuche bei Mitgliederbewegungen im Vorfeld der anstehenden parteiinternen Wahlen unterbindet.

Sofern der CSU-Kreisvorsitzende, Dr. Franz Rieger ernsthaft die Gräben in der Regensburger CSU überwinden und parteiintern Frieden schaffen wolle, dann könne er sich der Unterstützung von Schaidinger und Weber sicher sein, erklären die beiden Politiker. Sobald Rieger die Voraussetzungen dafür geschaffen habe, würden sie eine Rückkehr in den CSU-Kreisvorstand bei den regulären Neuwahlen im März 2009 nicht ausschließen.

E.ON Bayern-Mitarbeiter:

## Mit viel „Weihnachts-Energie“ zum Chartstürmer

Regensburg (obx) - Im Dienst geben sie jeden Tag alles dafür, dass die Stromversorgung in Bayern sicher funktioniert – und jetzt zu Weihnachten in mehreren Millionen bayerischen Haushalten Lichterketten und Schwibbögen leuchten: die Mitarbeiter von Bayerns größtem regionalen Stromversorger E.ON Bayern. Für Weihnachten standen einige Beschäftigte jetzt wochenlang zusätzlich „unter Strom“.

Gemeinsam mit den ganz Großen der Musikbranche haben E.ON-Mitarbeiter eine eigene Winter- und Weihnachts-CD aufgenommen, die es im internen Verkauf bereits zum absoluten Chartstürmer gebracht hat. Auch im Radio machen die Sangeskünstler des Energieversorgers derzeit Karriere: Viele bayerische Rundfunkstationen spielen die Lieder bereits rauf und runter.

Auf der Suche nach Musikern mit Talent und Herzblut fanden sich 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des bayerischen Energieversorgers. Mehrere Monate übten sie im Tonstudio und unter Profi-Bedingungen für den großen Tag: die Aufnahme von zehn Liedern gemeinsam mit den Stars.

Begleitet und unterstützt wurden die E.ON Bayern-Musiker von der Sängerin Elli Erl mit einer neuen Version von White Christmas, dem Sänger Volkan Baydar (Orange Blue) und dem italienischen Streichensemble Solis String Quartet, die sich auch durch die enge Zusammenarbeit mit dem Welttenor Andrea Bocelli einen Namen gemacht haben.

Das Ergebnis kann sich hören lassen: Zehn Lieder umfasst die CD, die den Titel „10 Stars for Christmas“ trägt. Das musikalische Spektrum ist groß. „Sänger, Instrumentalisten und Komponisten haben die CD zu einem unverwechselbaren und persönlichen Meisterwerk geformt“, so E.ON-Sprecher Josef Schönhammer. Die Eigenkompositionen „Christmas in Hawaii“ von Tilo

Preißer und „Ich bin so froh“ von Christine Fürnrohr sind die weihnachtlichen Geheimtipps auf der Schreibe. Absoluter Favorit vieler Käufer ist der Song „Do they know it's Christmas“, in dem sich alle an dem Projekt beteiligten Musiker wiederfinden. Gemixt und abgemischt wurde das Weihnachts-Werk der E.ON-Mitarbeiter in New York: von dem bekannten, auch international erfolgreichen Musikproduzenten Maya Shing und Christian Lohr.

### Für soziale Zwecke

In den Mitarbeitershops ist die Scheibe innerhalb weniger Tage zum Verkaufsschlager avanciert: Mehrere hundert Exemplare gehen jeden Tag über die Ladentheke. Käufer tun gleichzeitig noch etwas Gutes: Von jeder verkauften CD spendet E.ON Bayern fünf Euro für einen sozialen Zweck. Was auch zum großen Erfolg der CD beiträgt: Musiksender dürfen die Lieder ohne Lizenzgebühren ins Programm aufnehmen.

Aufgrund des großen Erfolgs im Unternehmen hat E.ON Bayern sich jetzt sogar entschlossen, die Weihnachts-CD auch an Nicht-Mitarbeiter des Unternehmens zu verkaufen. Unter www.eon-bayern.com kann die CD dann für einen Gesamtpreis von rund 15 Euro (inkl. Versand) erworben werden. „Auch hiervon spendet E.ON Bayern fünf Euro für einen sozialen Zweck“, betont Unternehmenssprecher Schönhammer.

### Vorschau auf GZ 1/2

In unserer Ausgabe Nr. 1/2, die am 15. Januar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Umweltschutz
- Abfallwirtschaft und Recycling
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- Fremdenverkehr in Bayern

## LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

### Absperrpfosten

**Knödler**  
Hugo Knödler GmbH  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@hugo-knoedler.de  
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Abzeichen

**Koch**  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
WWW.FAHNEN-KOCH.DE  
eMail info@fahnen-koch.de

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache**  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

### Aussenmöblierung

**BECK**  
• Abfallbehälter  
• Absperrpfosten  
• Fahrradständer  
• Sitzbänke u.a.  
Möblierung für Aussen  
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN  
Telefon 0 71 95/69 33 00 · Fax 0 71 95/69 33 33  
www.beck-aussenmoeblierung.de

### Fahnenmasten/Fahnen

**Koch**  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
WWW.FAHNEN-KOCH.DE  
eMail info@fahnen-koch.de

### Fahnenmasten/Fahnen

**Knödler**  
Hugo Knödler GmbH  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@hugo-knoedler.de  
Internet: www.hugo-knoedler.de

### Fahradabstellanlagen



### Kindergarteneinrichtungen

**eibe** Produktion + Vertrieb GmbH & Co.  
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen  
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199  
E-Mail [elbe@elbe.de](mailto:elbe@elbe.de) • [www.elbe.net](http://www.elbe.net)  
Entdecke die Welt des Spielens!

### Schacht-Ausrüstungen

**Hailo**  
Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme  
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger  
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:  
**Telefon (089) 749 949 74**

### Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

**eibe** Produktion + Vertrieb GmbH & Co.  
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen  
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199  
E-Mail [elbe@elbe.de](mailto:elbe@elbe.de) • [www.elbe.net](http://www.elbe.net)  
Entdecke die Welt des Spielens!

### Sportgeräte

**BENZ**  
Grüniger Straße 1-3 · 71364 Winnenden  
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · [info@benz-sport.de](mailto:info@benz-sport.de)  
[www.benz-sport.de](http://www.benz-sport.de)

**Inserieren bringt Erfolg!**  
[www.bayerische-gemeindezeitung.de](http://www.bayerische-gemeindezeitung.de)

### Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

**Gmeiner** Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!  
Gmeiner GmbH  
Daimlerstraße 18  
92533 Wernberg-Köblitz  
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49  
E-Mail: [info@gmeiner-online.de](mailto:info@gmeiner-online.de)  
[www.gmeiner-online.de](http://www.gmeiner-online.de)

### Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**  
[www.orion-bausysteme.de](http://www.orion-bausysteme.de)

### Wasserzähler

**HYDROMETER**  
DIE ZUKUNFT ZÄHLT  
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach  
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615  
[www.hydrrometer.de](http://www.hydrrometer.de)

### Weihnachtsbeleuchtung

**deko-jochum**  
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen  
telefon: 09 11 / 69 39 65  
telefax: 09 11 / 69 59 63  
[deko-jochum@t-online.de](mailto:deko-jochum@t-online.de)  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)  
ihr partner für LICHT  
postfach 1141  
90519 oberasbach  
Vertrags-  
handel für **Telitto Star**